Die ökonomische Kausalität des Sozialpatriotismus

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der
Philologisch-historischen Abteilung
der hohen
Philosophischen Fakultät
der
Universität Basel
vorgelegt von

MAUSA ZARCHI aus Wilkomir (Litauen)

1928

Die ökonomische Kausalität des Sozialpatriotismus

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Philologisch-historischen Abteilung

der hohen

Philosophischen Fakultät

der

Universität Basel

vorgelegt von

MAUSA ZARCHI aus Wilkomir (Litauen)

STRASBOURG
Imprimerie du Nouveau Journal de Strasbourg.
1928

Genehmigt von der philologisch-historischen Abteilung der philosophischen Fakultät auf Antrag der Herren Prof. Dr. Robert Michels als Referenten und Prof. Dr. Stephan Bauer als Korreferenten.

Basel, den 21. Mai 1927.

Prof. Dr. Paul Häberlin
Dekan

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meinem lieben Onkel

in Dankbarkeit zugeeignet

Inhaltsverzeichnis.

VORWORT 5

1. Die politische Arbeiterbewegung in Deutschland bis zum Ausbruch des Weltkrieges 9

2. Die deutsche Sozialdemokratie im Internationalen Verbande 37

3. Das Produzenteninteresse der Arbeiterklasse am Imperialismus 51

4. Die Sozialpolitik 65

5. Die Gewerkschaften 75

6. Schlussbetrachtungen 120

Literatur-Verzeichnis. 125

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546714_0066

Vorwort.

Am 4. August 1914 wurde dem Reichstag das Schauspiel geboten, dass die sozialdemokratische Fraktion zusammen mit den bürgerlichen Parteien den Kriegskrediten zustimmte. Sie brachte sich dadurch mit sich selbst in Widerspruch. Ein Regierungssystem, das bis dahin grundsätzlich bekämpft worden war, wurde nun unterstützt. Die «gute, altbewährte» negierende Stellung dem Staate gegenüber, wurde mit einem Schlage auf den Kopf gestellt. Die Zuversicht in die Prinzipienfestigkeit der deutschen Sozialdemokratie war bei Bebel noch 1910 ausser Zweifel. Er war es, der den Badensern auf dem Parteitag zu Magdeburg bei der Diskussion der Budgetfrage die stolzen Worte zurief: «Wenn 1912 das europäische Kriegsgewitter ausbricht, da stehen wir ganz wo anders, als ihr in Baden.» Wie ist nun diese scheinbar so überraschende Stellungnahme zu erklären? Die Motive, die 1870/71 einen Teil der Vertreter der Arbeiterschaft im norddeutschen Reichstag veranlasste, für die Kriegskredite zu stimmen, können in diesem Falle nicht geltend gemacht werden. Während damals Frankreich als Angreifer aufgefasst und über die wahren Ursachen des Krieges im Dunkeln getappt wurde, war man 1914 über die Gründe des Kriegsausbruches vollkommen informiert, von der Unhaltbarkeit des Kriteriums von Angriffs- und Verteidigungskriegen ganz abgesehen.

Als der Krieg auszubrechen drohte, war die Haltung der gesamten deutschen, sozialdemokratischen Parteipresse demselben gegenüber durchaus eindeutig, verneinend, verdammend. Die Vaterländische Regierung wurde als Störenfried bezeichnet. Oesterreich habe, mit der Unterstützung Deutschlands, den Krieg provoziert. Es läge in der Macht Deutschlands, denselben zu verhindern. Kein Tropfen Blut der deutschen Soldaten sollte für den Machtkitzel der österreichischen Machthaber vergossen werden, u. d. m. Als aber die Kriegserklärung trotz aller Drohungen und Proteste erfolgte, da fand man die deutsche Sozialdemokratie in einem ganz andern Lager, als man sie, ihren in die Welt geschleuderten Aufrufen nach, zu suchen gehabt hätte.

Im Moment, da seitens der Sozialdemokratie die Kriegskredite votiert wurden, schlug die Geburtsstunde des Sozialpatriotismus. Dies bedeutete, dass die Gesinnung, der auf internationalem Boden fussenden Sozialdemokratie in Patriotismus umgeschlagen habe. Die Bezeichnung Sozialpatriotismus soll den Widerspruch, der in der Verschmelzung von Sozialismus und Patriotismus liegt, kennzeichnen.

Die Ursachen des Sozialpatriotismus lagen wohl tiefer, als mancherseits geglaubt wurde, und waren nicht allein in der Schuld der Führer zu suchen. Die Kausalität desselben ist in ökonomischen sowohl als in nichtökonomischen Faktoren begründet. In welchem Verhältnis die beiden Faktorenkomplexe zueinander stehen, ist schwer zu bestimmen. Jedenfalls spielte das ökonomische Moment eine ausschlaggebende Rolle. Unter den nichtökonomischen Faktoren sind zu nennen:

1. Die Eigenart des deutschen Geistes, dem die Staatsnegierung von Grund aus fremd ist.
2. Die Kriegspsychose, die nicht hoch genug einzuschätzen ist.
3. Die soziale Zusammensetzung der Partei, die zum Teil aus nicht proletarischen Elementen bestand.
4. Die Verwurzelung der Führer mit der Parteiorganisation, welche sie nicht dem Radikalismus opfern wollten.

Unter den ökonomischen Faktoren sind folgende aufzuzählen:

1. Das Produzenteninteresse der Arbeiterklasse an der Expansion des einheimischen Kapitals.
2. Die umfassende Sozialpolitik.
3. Die Gewerkschaften.

Die vorliegende Arbeit hat die Aufgabe, allein die ökonomische Kausalität des Sozialpatriotismus zu untersuchen.

Der sogenannte Imperialismus hat nicht nur die Entwickelung der Arbeiterbewegung ermöglicht, sondern auch die grösste Wirkung auf die ideologische Gestaltung derselben ausgeübt. Daher führte der wirtschaftliche Aufschwung, den Deutschland vor dem Kriege erlebte, zu einer Revision des Ideengehaltes der Arbeiterbewegung; durch diese wiederum kam es zu einem Riss innerhalb derselben. Es wird im weitern zu zeigen versucht, wie die Arbeiterbewegung schon seit ihrer Entstehung an innerem Widerspruch krankte. Inwieweit der Reformismus die Partei be-

herrschte, wurde in hohem Masse unterschätzt. Erst nach Klärung der Entstehung und des Wesens des Reformismus, dessen konsequente Folge der Sozialpatriotismus ist, wird zur Untersuchung der ökonomischen Kausalität desselben übergegangen.

Es ist mir eine besondere Freude, an dieser Stelle meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Robert Michels, dessen Anregung die vorliegende Arbeit ihre Entstehung verdankt und der mir die wertvollste Hilfe im Seminar und durch persönliche Ratschläge zuteil werden liess, meinen tiefsten Dank auszusprechen.

Ebenfalls bin ich dem Parteiarchiv der S. P. D. Berlin, das mir seine Bibliothek zur Verfügung stellte, wie auch dem Reichsarbeitsministerium, für das mir zugestellte Material über die Sozialversicherung Deutschlands, zu Dank verpflichtet.

I. ABSCHNITT.

Die politische Arbeiterbewegung in Deutschland bis zum Ausbruch des Weltkrieges.

«Die Geschichte der gewerkschaftlichen Bewegung spiegelt die Geschichte der kapitalistischen Entwicklung wieder». [1]) In der Wechselwirkung dieser Erscheinungen aber, ist das Primäre die Entwicklung der wirtschaftlichen, nämlich der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Erst durch den Uebergang der feudalen Wirtschaftsordnung in eine bürgerliche, durch die Entstehung der Maschine, der Fabrik, haben sich die besitzlosen Arbeiter, die Proletarier herausgebildet, welche eine Arbeiterbewegung im heutigen Sinne ermöglichen. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, lassen sich die Momente, die den steten Entwicklungslauf der Arbeiterbewegung bestimmen, leicht herausfinden. Die Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland wirkte bestimmend auf jene der Arbeiterbewegung ein. Man könnte auch den Baur'schen Satz umdrehen und sagen: Die Geschichte der kapitalistischen Entwicklung spiegelt die Geschichte der gewerkschaftlichen Bewegung wieder.

Die Verschiedenheit in der Entfaltung der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern hängt zweifelsohne, ausser von den verschiedenen nationalen, ethnographischen u. a. Eigenschaften, am meisten von der Verschiedenheit der Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus in Bezug auf Zeit, Form, usw. ab. [2])

Die Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland soll hier soweit geschildert werden, als unbedingt notwendig ist, um die Strömungen, die sich innerhalb der Partei bildeten, kennen zu lernen. Erst auf Grund dieser Vorarbeiten ist es möglich, die Kausalität des Sozialpatriotismus grundlegend zu untersuchen. Erst dann wird es klar, wieso und warum die politische Arbeiterbewegung in Deutschland zu dieser taktischen Einstellung gelangte. Erst dann ist die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Weltkriege als konsequente Folge der Strömungen, die in ihr vorherrschten, zu erkennen.

---

[1]) O. Bauer. Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, S. 593. E. Bernstein. Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus, S. 219.

[2]) Vgl. O. Bauer, a. a. O. S. 535.

In den Prosperitätsperioden der 40er Jahre, da die Maschine anfing sich durchzusetzen, ist auch das erste Anzeichen einer Arbeiterbewegung in Deutschland zu verzeichnen. Mit dem kommunistischen Manifest von K. Marx und F. Engels, das im Jahr 1848 als Manifest des geheimen Bundes der Kommunisten veröffentlicht wurde, kann von einer modernen Arbeiterbewegung in Europa und vor allem in Deutschland gesprochen werden. [1]) Die Einigung Deutschlands, welche unumgänglich für die Entwicklung des Kapitalismus war, nahm einige Jahrzehnte in Anspruch. Dadurch wurde die vollkommene Entfaltung des Kapitalismus hinausgeschoben und so kam auch die Arbeiterbewegung ins Stocken.

Als die Einigung Deutschlands bevorstand, erkannte Lassalle die Macht, die die Arbeitermassen erlangen können und gründete daher im Jahre 1863 den ersten deutschen Arbeiterverein. Eine Einigung mit Marx konnte wegen verschiedenen theoretischen, wie auch persönlichen Differenzen nicht zustande kommen. Die schnelle und allgemeine Ausbreitung, die Lassalle von dem Verein erhoffte, blieb aus. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein zählte trotz aller Mühe, die Lassalle ihm zuwendete, nur 4000 Mitglieder. Durch den Tod Lassalles 1864 wurde dem Arbeiterverein sein Gründer und unübertrefflicher Agitator entrissen. Von weiterer Ausbreitung konnte daher vorläufig keine Rede sein.

Die Marx'schen Ideen fanden aber nach und nach auch in Deutschland Anhang und so musste die Arbeiterbewegung daselbst gespalten werden. Im Jahr 1868 wurde auch in Gotha der Verband der deutschen Arbeitervereine, welcher politisch ganz in den Fusstapfen der Liberalen wandelte, als selbständige Arbeiterorganisation erklärt. Er bekannte sich zu den Dogmen der ersten Arbeiter-Internationale, welche ganz auf marxistischen Ideen beruhten. Hiermit wurde die erste marxistische Arbeiterpartei auf deutschem Boden, als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, gegründet. Sie bekam den Namen «die Eisenacher». W. Liebknecht und A. Bebel waren die Führer der Bewegung, welche theoretisch von London aus dirigiert wurde. Die beiden Arbeiterparteien, «Lassalleaner» und «Eisenacher» hörten nicht auf, sich fortwährend zu befehden. Um aber zur Macht zu gelangen, mussten die Streitigkeiten innerhalb der Partei aufhören.

[1]) A. Labriola. Zum Gedenktag des kommunistischen Manifests, S. 1.

Es dauerte 12 Jahre, bis die Parteien soweit waren, dass eine Einigung zu Gotha ermöglicht werden konnte. [1])

Erst im Jahre 1875 wurde die sozialistische Arbeiterpartei in Deutschland gegründet, in der sich «Lassalleaner» und «Eisenacher» vereinigten. Das angenommene Programm wurde von den beiden «Alten» in London auf das Heftigste kritisiert. Die Gedankengänge Lassalles machten sich in dem neu aufgenommenen Programm zu breit. Der Kern der Meinungsverschiedenheiten der lassalleanischen und marx'schen Gedanken wurzelt hauptsächlich in ihrer Stellung zum Staate.[2]) Während Lassalle auf dem Boden staatsbejahender Philosophie fussend und hauptsächlich unter dem Einfluss Hegels stehend, den Staat für die Verwirklichung des Sozialismus entschieden in Anspruch nimmt, gelang es Marx, sich vom Banne Hegels, dessen eifriger Nachfolger er in der Jugend war, zu befreien. Marx negierte den Staat und nur mit der Vernichtung desselben versprach er sich die Verwirklichung des Sozialismus. In dem Vereinigungsprogramm aber fanden die Lassalleanischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe Aufnahme. Auf diesen Punkt fiel auch hauptsächlich die marx'sche Kritik. [3])

In den 70er Jahren mit der Entwicklung des Kapitalismus, mit dem Aufwachen und Aufblühen der wirtschaftlich rückständigen Länder, mit dem Entstehen von grossen Nationalstaaten, prallten die Interessen der verschiedenen Staaten aufeinander. Um sich zu erhalten, umgab man sich mit einer Schutzzollmauer, die nicht selten prohibitiv wirkte. Man zielte nicht auf die Entwicklung des Kapitalismus schlechthin, sondern nur auf jene des eigenen Kapitalismus, der eigenen Industrie, der eigenen nationalen Expansionskraft. Von Freihandel konnte keine Rede mehr sein. Die List'schen

---

[1]) Warum es 12 Jahre brauchte, liegt weniger in prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten als im Führermoment. Die Führer konnten sich nicht einigen über die Herrschaft in der zu gründenden Partei. Inwieweit das Führermoment bei den Lassalleanern eine Rolle spielte, zeigt die Lassalleanische Organisationsform. Vgl. A. Bebel. Aus meinem Leben. Bd. II.

[2]) «Jenen Staat, den Lassalle anrief, wollte er (Marx) zerstören. Der Untertanenglaube der Lassalle'ischen Sekte an den Staat habe noch das Gothaerprogramm 1575 verpestet.» Lenz, F. Staat und Marxismus, S. 5.

[3]) Vgl. den Brief von Marx an Bebel. «Aus meinem Leben», Bd. II, S. 322.

Gedanken von den «nationalen Produktivkräften» siegten auf der ganzen Linie. Bei dieser Entwicklung wurde es auch der Sozialdemokratie immer schwerer, sich der Wandlung der Zeit zu entziehen. Sie musste sich an die Verhältnisse der Zeit anzupassen suchen.

An Hand der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland wird untersucht, ob und inwieweit es ihr gelungen ist, ihre ursprüngliche Idee von der Vaterlandslosigkeit des Proletariats, die mit der Idee der Negierung des Staates aufs Engste zusammenhängt, aufrechtzuerhalten. Dabei sind aber die wirklichen Ideen und Stimmungen, die die Bewegung beherrschten, von denjenigen der offiziellen Resolutionen scharf zu trennen. Eine neue, lebendige, die Bewegung bereits durchdringende Ideologie kann offiziell oft lange Zeit nicht zur Geltung gebracht werden. Der Sozialpatriotismus liefert dafür den charakteristischsten Beweis. Es wird daher auch hier bei der Schilderung der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie in ideologischer Richtung versucht, die wirklichen Stimmungen von den offiziellen auseinanderzuhalten, die ersteren aus den letzteren herauszuschälen. In erster Linie kommt die prinzipielle Einstellung der Sozialdemokratie zum Militarismus und in diesem Zusammenhang auch ihre Haltung im Reichstag zur Budgetfrage in Betracht. Was die Frage des Militarismus anbetrifft, so wurde schon im Jahr 1868 auf dem 5. Kongress der deutschen Arbeitervereine in Nürnberg gegen das stehende Heer eine Resolution angenommen.[1]) Es ist nicht uninteressant, die Motive, womit diese Resolution begründet wurde, kennen zu lernen:

1. Entziehung eines grossen Teiles der Bevölkerung aus der Produktion.
2. Erhöhung der Steuerlasten und Staatsschulden.
3. Dynastische Kriege nach aussen und Unterdrückung von Recht und Freiheit nach innen.

Wenn damals von dynastischen Kriegen gesprochen wurde, so ist dies, marxistisch gedacht, nicht ganz einwandfrei. Vom Imperialismus und dem sich auf ihn stützenden Militarismus wusste man damals noch wenig. Soweit war der Blick noch nicht

[1]) Die ersten deutschen Sozialistenkongresse 1865—1875, S. 63. Her. v. der «Frankfurter Volksstimme».

geschärft, um die wirkliche Triebkraft des Militarismus und der Kriege zu erkennen. Folgerichtig wurde das Amendement Kröber angenommen, welches folgendermassen lautet: «Der Vereinstag empfiehlt allen seinen Mitgliedern bei Wahlen von Reichstags- und Landtagsabgeordneten usw. nur solchen Männern ihre Stimme zu geben, welche sich verpflichten, zum Zweck Erhaltung stehender Heere, den Regierungen nimmermehr einen Groschen zu bewilligen».

Im Jahr 1867, bei der Militärgesetzberatung im Norddeutschen Reichstag stimmten daher Bebel und Liebknecht gegen dasselbe, während Schweizer und Genossen dafür stimmten. Bezeichnend und massgebend aber ist die Stellung der «Eisenacher» zum deutsch-französischen Kriege 1870/71. Sie blieben ihrer Ideologie treu und enthielten sich bei der Votierung der Kriegskredite der Stimme. Karl Marx und Engels wünschten den Sieg Deutschlands und die Vernichtung Napoleons III.; ebenso erhoffte man von anderer Seite durch diesen Krieg die Einigung Deutschlands, welche unbedingt notwendig erschien, um eine kräftige Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen.[1])

Auf dem Einigungskongress in Gotha 1875 wurde folgender Punkt in das Programm aufgenommen: «Allgemeine Wehrhaftigkeit, Volkswehr, anstelle der stehenden Heere.» Darauf folgte das Sozialistengesetz und es war den Parteiführern keine Möglichkeit gegeben zum Militarismus offiziell Stellung zu nehmen. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Stellung der Sozialdemokratie dem Militarismus gegenüber eine durchaus verneinende war, wenn sie auch in ihrer theoretischen Begründung nicht ganz einwandfrei erschien.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aber blieb bestehen. Es soll nun ihre Taktik während des Sozialistengesetzes im Besonderen und die Stimmungen und Wandlung innerhalb der Partei im Allgemeinen untersucht werden.

---

[1])«Der Krieg vom Jahr 1871 war bis zum Sturz Napoleons III. fortschrittlich auf Seiten Deutschlands, denn Napoleon III. hatte jahrelang zusammen mit dem Zaren Deutschland unterdrückt, seine feudale Zersplitterung gestützt. Als nun Deutschlands Krieg sich in Plünderung Frankreichs verwandelte (die Annexion Elsass-Lothringens), verurteilten Marx und Engels ihn rücksichtslos.» N. Lenin. Sozialismus und Krieg, S. 9.

Es ist festzustellen, das v o r dem Sozialistengesetz die offizielle Haltung mit der wirklichen Stimmung der sozialdemokratischen Partei Hand in Hand ging. Mit dem Sozialistengesetz entstanden in der Partei Streitigkeiten und taktische Meinungsverschiedenheiten. Es liegt ja auch in der Natur der Sache, dass in dieser Zeit, da eine gründliche Aussprache unmöglich war, eine Reihe prominenter sozialdemokratischer Führer im Exil weilte, den wirklichen Verhältnissen entfremdet, Unstimmigkeiten entstehen mussten. Das Exilleben schafft schon an und für sich eine Stimmung, welche sich in Radikalismus und Intransingenz offenbart. Die Reichstagsfraktion und die im Inlande weilenden Sozialdemokraten mussten sich an die Verhältnisse anzupassen suchen. Man lebte und wirkte unter dem Damoklesschwert des Sozialistengesetzes. Es ist klar, dass sich da die Psyche in entgegengesetzter Richtung ausleben musste. So keimte der Opportunismus auf.

Bei weiterer Untersuchung wird sich herausstellen, dass der Opportunismus in der Epoche des Sozialistengesetzes immer mehr an Boden gewinnt.[1]) Hauptsächlich fängt er an, innerhalb der Partei um sich zu greifen, dank der kapitalistischen Entwicklung und deren Ausmündung in den Imperialismus. Die Grossindustrie ging mit mächtigen Schritten vorwärts, das Kleinbürger- und Handwerkertum auf ihrem Siegeszuge zerschmetternd und zum Proletariat degradierend. Die Arbeitermassen wuchsen an. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen stieg ins Ungeheure und dementsprechend vergrösserte sich auch die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage. So angewachsen, und grosse Massen vertretend, musste die sozialdemokratische Fraktion auch etwas Praktisches zur Verbesserung der Arbeiterlage innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erstreben. Sie versuchte eine wirksame Sozialpolitik zu treiben. Dann suchte Bismarck seine «Zuckerbrötchen» im Reichstag durchzusetzen. Kurz, die Sozialpolitik einerseits und die Beurteilung und Stellung zu der aufkeimenden imperialistischen Politik andererseits, bildeten die Kernfragen, daraus Streitigkeiten innerhalb der Partei aufloderten, die für den Opportunismus ein Anknüpfungspunkt waren.

[1]) Trotzki in «Krieg und Internationale» sieht im Soz. Ges. einen Faktor zur Entstehung des Revisionismus, welcher auf die damalige Generation eingewirkt hatte. Sie war gezwungen, sich anzupassen und ist darum im Geiste der Mässigung aufgewachsen.

Schon in der ersten Periode des Sozialistengesetzes können wir 3 Hauptrichtungen innerhalb der Partei erkennen. Den extrem linken Flügel bilden Most und Hasselmann. Diese gingen so weit, dass sie dem Anarchismus verfielen und der Partei verloren gingen. Zürich kann als die wirklich mässige Linke bezeichnet werden. Das Zentrum dagegen, mit dem rechten Flügel sass in Deutschland und fand in der Reichstagsfraktion, der einzigen offiziellen Vertreterin, seinen Niederschlag. Es ist bezeichnend für die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, dass bei allen Streitigkeiten die Reichstagsfraktion den Anlass dazu gegeben hat. Die Fraktion tendierte immer nach rechts, d. h. sie versuchte die Parteitaktik nach rechts zu stossen. Die Streitigkeiten trugen daher immer das Charakteristikum, dass die Fraktion in ihren Handlungen die Parteibeschlüsse nicht beachtete. Durch die Reichstagsfraktion war der Sozialdemokratie die einzige Möglichkeit gegeben zu handeln. Von direkten Aktionen war keine Rede, weder unter dem Sozialistengesetz, noch später. Und man erkennt und richtet doch nur nach Handlungen. Und nur an ihnen ist zu erkennen, ob und inwieweit das Gesprochene, auf den Parteitagen Angenommene auch in Wirklichkeit umgesetzt werde, inwieweit solche Parteibeschlüsse wirklich als Direktiven bei den Handlungen gegolten haben. Darum ist es auch selbstverständlich, dass gerade die Reichstagsfraktion die «Unheilstifterin» gewesen ist. Es liegt in der Natur einer Gesetzgebungsanstalt, dass sie mit positiven Arbeiten ansteckt. Man ruhte nicht, man wollte mitsprechen, mitarbeiten, und es war schwer, sich auf das prinzipiell rein Negative zu verlegen. So kam es immer wieder, dass die sozialdemokratischen Vertreter, die Grenze, die ihnen durch Partei, Prinzip und Ideologie gegeben war, bei weitem überschritten haben. In diesem Kampf der drei Richtungen siegte offiziell, wie gewöhnlich, die Mitte, welche je nach dem allgemeinen inneren wie äusseren Zustande der internationalen Arbeiterbewegung, bald nach rechts, bald nach links tendierte.

Auf dem ersten Parteikongress unter dem Sozialistengesetz in Wyden, wurden beide äussersten Spitzen abgebrochen. Most und Hasselmann wurden aus der Partei ausgeschlossen. Andrerseits wurde die äusserste Rechte, in der Gestalt Keysers und dessen Begeisterung für Schutzzölle verurteilt. Die Tendenz der Mitte war anfänglich nach links gerichtet. So wurde auf Druck

der intransingenten Richtung nachgegeben und das Programm insoweit revidiert, dass der Kampf, statt mit «allen gesetzlichen Mitteln», «mit allen Mitteln» zu führen sei.

Bezeichnend ist der Fall Keysers. Man muss zugeben, dass industrielle Zölle den sozialdemokratischen Vertretern niemals so unbeliebt waren, als dies den Anschein hatte. Wohl aber kämpften sie immer gegen die Agrarzölle. Es wurde «gegen die Zölle auf notwendige Lebensmittel» die Lanze geführt.[1])

Was die Sozialpolitik Bismarcks anbetrifft, so wurde sie verworfen, nicht aber prinzipiell; man wollte nicht an die Ehrlichkeit und Fähigkeit der Bourgeoisie glauben. Keineswegs aber war man abgeneigt, ernste Reformvorschläge der Regierung zu prüfen, und schüttelte die Vermutung, eine gewaltsame Revolution zu propagieren von sich. Umgekehrt, man predigte, dass durch wirksame Reformen die Revolution vermieden werden könne.[2]) Trotzdem waren in der Partei auch Stimmen, die die Sozialpolitik Bismarcks ernst nahmen und empfahlen, mit ihm gemeinsam zu arbeiten.[3])

Der II. Parteikongress unter dem Sozialistengesetz zu Kopenhaben 1883 brachte in der Taktik keine nennenswerte Aenderung. Die Tendenz nach links blieb aufrechterhalten: «je kräftiger, desto besser», antworteten die deutschen Proletarier, als Blos und Hasenclever den «Sozialdemokrat» zu scharf fanden.

In einer besonderen Resolution wurde beschlossen, Vorschläge für die Verbesserung der ökonomischen Lage des Volkes, die Wahrung der Arbeitsinteressen wahrzunehmen, nicht aber dabei auf die Gesamtheit der sozialistischen Forderungen zu verzichten.[4]) Diese Redewendung ist immer üblich geblieben. Man verlegte sich aber mehr auf deren ersteren Teil, als auf den letzteren. Die allgemeinen, sozialistischen Forderungen, die doch die Verwirklichung des Endzieles darstellen, wurden immer wieder in den Hintergrund verdrängt. An gutem Willen, dies zu verhindern, fehlte es nicht. Immer wieder wurde betont, dass die sozial-

---

[1]) Vgl. Mehring. D. Gesch. d. Sozialismus, 3. Bd., II. T., S. 441.

[2]) Vgl. F. Mehring. D. Gesch. d. Sozialismus, 3. Bd. II. T., S. 441, Ausg. 1897.

[3]) Vgl. F. Mehring. D. Gesch. d. Sozialismus, 3. Bd., II. T., S. 436, Ausg. 1897.

[4]) F. Mehring. D. Gesch. d. Soz., 3. Bd., II. T., S. 454, Ausg. 1897.

demokratischen Abgeordneten sich durch diese kümmerlichen Sozialreformen nicht betören liessen. Sie würden ja dadurch um einiger Silberlinge willen, die unveräusserlichen Rechte des Proletariats verraten haben. Formal hat auch Mehring [1]) Recht, wenn er meint, dass die Sozialreformen Bismarcks keinen Einfluss auf die revolutionäre Arbeiterbewegung der sozialdemokratischen Partei ausgeübt haben. Tatsächlich aber war die staatliche Sozialpolitik vollkommen am Platze. «Das Zuckerbrötchen» hätte die Sozialdemokratie ganz anders aufgenommen, wenn es nicht mit der Peitsche Hand in Hand gegangen wäre. Das Sozialistengesetz verhinderte die gemeinsame Arbeit mit Bismarck. Wie weit sie am Platze war, zeigt der gewaltige Andrang zu den Hilfskassen, die das Krankenkassengesetz zugelassen hatte. So zählten im Jahre 1885 diese Kassen 874.507 Mitglieder, 14mal soviel als sie 5 Jahre früher gezählt hatten. [2]) Es lag auch nicht im Interesse der Parteiführer, dass diese Reformen von «oben» herkamen und ohne jedes Mitarbeiten seitens der Arbeitervertreter ins Leben gerufen wurden.

Die Lebensnotwendigkeit und -Berechtigung des ökonomischen Kampfes innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung fängt an, sich in dieser oder jener Weise durchzusetzen. Der Kapitalismus drängt, seine Expansionskraft wächst, und so strebt er, sowohl nach innen, wie nach aussen seine Kräfte zu konsolidieren. Nach innen, auf dem Gebiete der sozialen Frage, sucht er durch soziale Politik das Proletariat zu beruhigen, wie auch sich dessen Mithilfe für seine äusseren Ziele zu sichern. In den Kreisen des Proletariats fanden diese Gedankengänge genügend Verständnis.

Die Dampfersubventionsfrage gab den Anlass, dass zwischen der Partei und der Mehrheit der Fraktion ein heftiger Kampf entbrannte. Die Rechte hob wieder den Kopf und wollte die Dampfersubvention als zivilisatorische Handlung bewilligen. Aber auch diesmal unterlag die Rechte offiziell. Das Sozialistengesetz war viel zu tief in der deutschen Arbeiterschaft verwurzelt, als dass sie auf Reformen und Mitarbeit der verhassten Bismarck'schen Regierung eingehen wollte. Prinzipiell muss aber hervorgehoben werden, dass die Massen nicht abgeneigt waren, soziale Reformen

---

[1]) F. Mehring. D. Gesch. d. Soz., 3. Bd., II. T., S. 455, Ausg. 1897.
[2]) F. Mehring. D. Gesch. d. Soz., 3. Bd., II. T., S. 468, Ausg. 1897.

von der Regierung anzunehmen und Bewilligungen auf imperialistischem Gebiete zu gewähren. In der Entwicklung der Sozialdemokratie nach dem Sozialistengesetz wird dies noch zur Genüge erkannt werden.

Wie das Jahr 1885 mit dem Streit um die Dampfersubvention begonnen hatte, so endete es mit einer scharfen Polemik zwischen Viereck und Liebknecht über die Bedeutung des Normalarbeitstages. Es wurde schon hier versucht, die Arbeiterfrage ökonomisch zu lösen. Die Gewerkschaftsideologie fängt an zu keimen und findet in dem «Recht auf Arbeit» ihren Niederschlag. Höchberg und Schramm sprangen bei und befürworteten die Kolonialpolitik der Regierung. Der «Sozialdemokrat» hielt der Gewerkschaftsbewegung gegenüber eine strenge Reserve inne, während «das Recht auf Arbeit» ihr allzu ausschliesslich seine Aufmerksamkeit schenkte. Es entstand ein Antagonismus zwischen den beiden Blättern.[1])

Man kann wirklich die Viereck'sche Auflehnung als den ersten Versuch ansehen, die gewerkschaftliche Bewegung von der Vormundschaft der politischen zu befreien, ihr eine selbständige, sich selbst genügende Bedeutung innerhalb der Arbeiterbewegung zuzuerkennen. Wieder unterlag die Rechte offiziell. Der Opportunimus wurde aber keineswegs ganz überwunden. Das Sozialistengesetz hatte das Seinige getan, die Partei zu Intransingenz und Radikalismus zu treiben. Andrerseits war die politische Bewegung viel zu tief eingewurzelt, und die gewerkschaftliche viel zu jung, um der ersteren nicht zu unterliegen. Die Gegenwart aber, wie die Zukunft, gehörte der Gewerkschaftsbewegung. Von unten hervorquillend, im Stillen arbeitend, hat sie die politische Partei untergraben. Bei dem damaligen Stand der Dinge sowohl als für die Zukunft hatte sich die politische Partei wohl oder übel nur auf den ökonomischen Kampf zu verlegen.[2]) Sie gewöhnte sich daran soweit, dass sie das Endziel, die «unveräusserlichen Rechte des Proletariats», ganz in weite Ferne rückte. Doch sie verfehlte nicht, sich revolutionär zu gebärden, noch vermochte sie, sich von der revolutionären Phrase zu befreien, die innere Wandlung auch nach aussen zu proklamieren, bis der Weltkrieg ausbrach.

[1]) F. Mehring. Die Gesch. d. Soz., 3. Bd., S. 498, Ausg. 1897.

[2]) Vgl. Braun. «Die Gewerkschaften vor dem Kriege», S. 245.

Es ist deutlich zu erkennen, wie mit dem Absterben des Sozialistengesetzes die Rechte immer mehr sich erhebt, die Linke immer unruhiger und intransingenter wird, und die entscheidende goldene Mitte, das Zentrum, mehr nach rechts schwenkt. So wird der sogenannte Kampf der Jungen mit den Alten unterdrückt. Die Wortführer der Linksopposition, Wildberger und Werner, wurden auf dem Parteitag zu Erfurt aus der Partei ausgeschlossen. Mit dem Wortführer des rechten Flügels aber, v. Vollmar, welcher 1891 durch eine Rede in München, wo er eine Reihe ketzerischer Gedanken verfocht, viel böses Blut machte in der Partei «wurde eine völlige Verständigung erreicht, da er durchaus kein «Pronunziamento» beabsichtigt hatte». Vollmar predigte nicht mehr und nicht minder, als die Hauptkraft der Partei auf einige praktische Punkte zu konzentrieren, wie Weiterführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes, Sicherung des Koalitionsrechtes und Beseitigung der Lebensmittelzölle. Er meinte, «dem schlechten Willen die Faust, dem guten Willen die offene Hand». Vollkommen mit Recht bemerkt Mehring zu diesem Ausruf: «Schade nur, dass sich von dem guten Willen der herrschenden Klassen auch nach Bismarcks Sturze so verzweifelt wenig erkennen liess».[1]) Selbstverständlich unterliess v. Vollmar nicht, die übliche Redewendung, dass die Endziele der Partei keineswegs aufgegeben werden dürfen.

So ist festzustellen, dass der Reformismus, trotzdem und gerade durch das Sozialistengesetz gestärkt aus demselben hervorging. In einem weiteren Kapitel sollen die Ursachen und Umstände untersucht werden, die sein Aufkommen und seine Stärkung ermöglichten. Es sei nur bemerkt, dass seine Wendung nach rechts so markant war, sein Wesen schon so deutlich sich erkennen liess, dass man im gegnerischen Lager bereits von «kleinbürgerlichem Element innerhalb der Partei, von Eitergeschwüren, von kleinbürgerlichem Possibilismus» sprach. Dass diese Beurteilung nicht unrichtig war, bestätigt die Geschichte der Sozialdemokratie im weiteren Verlauf zur Genüge. Das steht fest, dass sich unter der Anhängerschaft der Sozialdemokratie durchaus nicht nur proletarische, sondern eine stattliche Zahl kleinbürgerlicher, deklassierter Existenzen befanden. Dies wurde innerhalb des

[1]) F. Mehring. Die Gesch. d. Soz., 3. Bd., S. 540, Ausg. 1897.

Parteikreises auch immer offen zugegeben. Es ist auch erwiesen, dass die Sozialdemokratie, um ihre Anhängerschaft nicht zu verlieren, bei allen politischen Handlungen ihrer gedenken musste, und dass der Einfluss derselben, die Rücksichtnahme auf diese zugelaufene Menge, nicht hoch genug anzuschlagen war. Wie gross diese Anhängerschaft war, beweisen folgende Zahlen: Während bei Erlass des Sozialistengesetzes die Sozialdemokratie auf ihrer Wahlfahne 437.158 Stimmen verzeichnete, stieg deren Zahl n a c h dem Sozialistengesetz auf die stattliche Summe von 1.427.298. Es liegt auf der Hand, dass dieser Zulauf unmöglich nur proletarischen Existenzen zuzurechnen war. Es war leider unmöglich, die Grösse der kleinbürgerlichen oder nicht-proletarischen Elemente statistisch genau zu erfassen.

Gleich nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, wo eine offene Aussprache in der Partei ermöglicht wurde, wo die Sozialdemokratischen Kongresse öffentlich und unter lebhafter Beschickung von Delegaten in Deutschland abgehalten wurden, fängt auch der während des Sozialistengesetzes aufkeimende Reformismus an, sich zu rühren und öffentlich um seine Anerkennung und Durchsetzung in der Parteipolitik zu kämpfen.

Trotz der Resolution, die auf dem Parteitag zu Berlin im Jahre 1892 angenommen wurde, wonach das herrschende Militärsystem der kapitalistischen Klassenherrschaft dient, und die Reichstagsfraktion die Militärvorlagen grundsätzlich zu verwerfen hat, wurden die neuen Uniformen im Jahre 1890 und die neuen Kanonen 1894 von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bewilligt. Man ging von dem Standpunkt aus, dass die Soldaten einmal da seien, und darum müssten sie auch gut gekleidet und ausgerüstet werden. Es ist überflüssig viel Worte zu verlieren, um zu beweisen, inwieweit eine solche Haltung in sich selbst widerspruchsvoll ist. Man bemerkt schon hier deutlich genug das Nichtübereinstimmen von Theorie und Praxis. Der Reformismus, welcher in den offiziellen Parteitagen noch nicht die Kraft hatte, sich durchzusetzen, gewann aber in der Praxis immer mehr an Boden. Dieses Merkmal ist im ganzen Verlauf der sozialdemokratischen Entwicklung zu verzeichnen.

Auch in der Budgetfrage versucht der Reformismus einen Vorstoss. So erleben wir auf dem Parteitag in Frankfurt im Jahre 1894 die beiden folgenden Anträge: A n t r a g I gibt den Ländern

bei Bewilligung des Budgets vollkommene Freiheit. Von Vollmar, der diesen Antrag verteidigt, meint: «Es ist eine reine Zweckmässigkeitsfrage, welche nach den örtlich und zeitlich gegebenen Umständen zu beurteilen ist. . . . Man soll nicht mit Feuer spielen, nicht die Dinge auf die Spitze treiben. Man muss sich von der Mechanischen Agitation losreissen, Land und Leute studieren und sich ihnen anpassen».[1]) Hier kam klar zutage, was er bezweckte. Ich möchte diese Bewegung, die so verschiedene Namen und Bezeichnungen erlebt hat, als eine «Los-vom-Prinzip-Bewegung» bezeichnen. Treffender konnte auch von Vollmar den Opportunismus nicht charakterisieren, als dass er einerseits die «Dinge nicht auf die Spitze zu treiben» und andererseits «an Land und Leute sich anzupassen», empfiehlt. Diese zwei charakteristischen Merkmale blieben auch in Wirklichkeit die massgebendsten bei der sozialdemokratischen Politik, von den offiziellen Kundgebungen auf den Parteitagen, wie auf den internationalen Kongressen abgesehen. Diese beiden Merkmale stehen in krassem Gegensatz zur revolutionären Klassenkampfpolitik. Die revolutionäre Taktik beruht ja gerade auf der Zuspitzung der Dinge, da nur dann eine revolutionäre Erhebung des Proletariats möglich ist. Sie will von einer Anpassung an Land und Leute nichts wissen. Umgekehrt, durch einen Kerntrupp, durch den bewusst gewordenen Teil des Proletariats, soll die soziale Revolution durchgeführt werden. Man stösst hier auf die prinzipielle Einstellung dieser beiden Richtungen zur sozialen Revolution überhaupt. Es sei nur bemerkt, dass bei der Erörterung dieser beiden Merkmale die Hauptunterschiede ihrer Richtungen klar hervortreten; ein Beweis, dass sie auch charakteristisch und treffend sind.

Bebel erkannte ganz deutlich die Gefahr, die in der Resolution der Ideologie der Partei drohte, indem er bei der Verteidigung des II. Antrages, welcher in der Bewilligung des Gesamtbudgets ein Vertrauensvotum sieht und daher in der Gesamtabstimmung gegen das Budget zu stimmen empfiehlt, folgendes sagt: «Genossen, lasst nicht den Opportunismus, nicht die Zweckmässigkeit, lasst das Prinzip siegen».

Offen versucht man schon 1894 den Opportunismus als offizielle Parteitaktik durchzusetzen. Man wollte sich auf praktische

[1]) Parteitagsprotokoll 1894, S. 167.

Politik verlegen und grosse Schichten der Bevölkerung für sich gewinnen. Man scheute sich nicht, dadurch auch das ursprüngliche Prinzip, die ursprüngliche Parteiideologie aufzugeben. Wenn Vollmar den Bayrischen Bauernbund für die Sozialdemokratie gewinnen wollte, so vergass er, dass dadurch die Sozialdemokratie aufhörte, Sozialdemokratie in ihrem ursprünglichsten Sinne zu sein, dass davon höchstens die Bezeichnung übrig bleiben würde. Und nicht mit Unrecht rief Auer in der Polemik aus: «Der Bauer, der «Siegl» sagt, kommt auch dazu «Vollmar» zu sagen, in Verkennung dessen, was Vollmar anstrebt, aber niemals wird er dazu kommen «Sozialdemokratie» zu sagen».[1]) Den Bauern als revolutionäres Element mit einziehen zu wollen, heisst das Grundsätzlichste verkennen. Man wollte ganz bewusst auf die Revolutionstaktik verzichten, und das wäre identisch mit der Aufgabe des Klassenkampfes. Das Klassenkampfprinzip der Partei war es, worüber so heiss gestritten wurde. Es galt, diesen Hauptbestandteil der revolutionären Taktik, wie der Ideologie der Sozialdemokratie, ja des Marxismus überhaupt, zu überwinden. Diese scharfe und immer hervorstechende Spitze sollte in der Tat abgebrochen werden, wenn sie auch in der Phrase noch beibehalten werden sollte. Die weitsichtigen und wirklich revolutionären Elemente der Partei sahen voraus, was der Reformismus sei und wozu er führen würde. So Schoenlank, der auf dem Parteitag zu Breslau 1895 bei der Erörterung über die Vorschläge der Agrarfrage zum Parteiprogramm sagte: «Es geht eine Revision der Vorstellungsweise in der Partei vor; wir haben aufgehört, die Partei allein des Industrieproletariats zu sein. Die Sozialdemokratie ist die Partei aller proletarischen Unterdrückten, der Notleidenden aller Schichten».[2]) Er verstand es aber auch, possibilistischen Anschauungen in der Partei energisch entgegenzutreten, indem er auf dem Parteitag zu Stuttgart 1898 anführte: «Verderben wir nicht unsere gute alte Agitation durch eine opportunistische Auffassung, hüten wir uns vor einer Versumpfung, vor einem Aufgeben des Klassenkampfes, ohne den wir nie zur Erreichung des

[1]) Parteitagsprotokoll 1894, S. 185.

[2]) Parteitagsprotokoll 1895, S. 112.

Endzieles kommen, ohne das wir nichts wären als eine kleinbürgerliche Oppositionspartei».[1])

Man machte sich also von dem Reformismus keine Illusionen. Man sah deutlich, was kommen musste, und was auch gekommen war. Noch lebte die ursprüngliche, revolutionäre Ideologie in der Partei. In welch flehendem Ton wird aber der revolutionäre Gedanke verfochten. Man appelliert an die Vernunft, man erinnert immer wieder an das Endziel. Traurig, wie beim Anblick eines immer mehr anschwellenden Wassers, vor dem nichts mehr zu retten ist, klingen die Worte Schoenlanks. Und wirklich verbreitete sich der Reformismus im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts mit einer Stärke, die alles andere wegzureissen drohte. Nichts von dem Alten und Bewährten sollte übrig bleiben. Mit festem Glauben an die Gerechtigkeit ihrer Sache griffen die Reformisten Position um Position an. Ihrer Eigenart nach auf Kleinarbeit und Praxis eingestellt, fingen sie auch mit Kleinarbeit an, die Partei zu unterwühlen. Sie bemühten sich in der Hauptsache, die Partei nicht so sehr beim Phraseologieren als bei ihren wirklichen Handlungen zu beeinflussen. Man muss es zugeben, dass die Wortführer des Reformismus nicht viel auf Manifestationen Wert legten. Sie überliessen gerne den revolutionären Elementen auf den Parteitagen, internationalen Kongressen, das «Säbelrasseln» und fügten sich den Resolutionen, mochten sie noch so revolutionär geklungen haben.[2])

Das Charakteristische ist, dass sie es nie zu einer Spaltung kommen liessen. Sie waren ihrer Macht sicher. Nur auf diese Weise ist es verständlich, dass sich zwischen dem offiziellen Auftreten und dem wirklichen Handeln der Sozialdemokratie eine so tiefe Kluft bilden konnte.

Schritt für Schritt, mit eiserner Konsequenz führte der Reformismus seine Ideologie durch. Er scheute sich nicht, Halt zu machen, oder gar zurückzutreten und kleinlaut zu werden, sobald

[1]) Parteitagsprotokoll 1898, S. 189.

[2]) Hildebrand soll nach einem Bericht der Tagwacht in einer Versammlung am 7. September in Stuttgart gesagt haben: «Ihr könnt beschliessen, was ihr wollt, wir tun, was wir wollen». Auch Auer sollte mal geäussert haben, betr. reformistischer Handlungen: «So etwas tut man, so etwas sagt man nicht». Handbuch d. Sozialdemokratischen Parteitage, Bd. 2, S. 68.

er dies für geboten hielt. Und so wie ein unterirdisches Wasser, immer wühlend und untergrabend, kam er endlich am 4. August 1914 zum Ausbruch. Hier zeigte es sich, wer die Partei unumschränkt beherrschte und ihr seinen Willen aufzwang.

Schon auf dem Parteitag zu Hamburg 1897 wird versucht, eine der Hauptburgen der revolutionären Taktik zu brechen. Schippel, einer der Wortführer des Reformismus, dazu einer der konsequentesten, verlangt, dass nicht immer Militärvorlagen abgelehnt werden sollen. Die ausschlaggebende Rolle spielte dabei das reaktionäre Russland. Diese Rücksichtnahme auf das absolutistische Nachbarland war auch späterhin ein wichtiges Argument, um Militärvorlagen und auch Kriegskredite zu bewilligen. Schippel blieb nicht an der Militärvorlage haften. Er war konsequenter als die übrigen. Offen verfocht er den Standpunkt, dass es bei der Bourgeoisie und dem Proletariat gemeinsame Ziele gebe. Er wurde von den deutschen Industrieproletariern gewählt und wollte vom internationalen Freihandel nichts wissen. Industrieexport und Arbeiterinteressen fallen seiner Meinung nach zusammen. Kann deutlicher und klarer die Akzeptierung des Imperialismus der Arbeiterklasse formuliert und empfohlen werden, als Schippel es getan hat? Das Proletariat solle sich, so gut es gehe, im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung einzurichten suchen. Der Imperialismus habe seine Vorteile auch für die Arbeiterklasse. Hiermit wird die Idee vom Internationalismus der Arbeiterbewegung, die den Hauptkern der sozialistischen Ideologie bildet, ohne welche die Verwirklichung des Endziels nicht denkbar ist, verworfen. Der reformistische Flügel hatte die Arbeiter-Internationale niemals ernst genommen.[1]) Seine Bestrebungen waren darauf gerichtet, die Kompetenz der Internationale auf ein Minimum zu reduzieren und ihre Bedeutung und Wirksamkeit auf die Landesparteien bei ihren wirklichen Handlungen auszuschalten. Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie innerhalb der II. Internationale ist interessant genug, um ihr ein besonderes Kapitel zu widmen.

---

[1]) «Ueberstiegenen Wünschen und Forderungen sind die deutschen Soz. Demokraten wenn auf internationalen Tagungen die Stellungnahme erörtert wurde, jederzeit entgegengetreten.» G. Noske. Der Krieg und die Sozialdemokratie, S. 14. Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. F. Thimme und K. Legien.

Die Schippel'schen Gedanken erregten in der Partei gewaltigen Anstoss. Noch war die Partei von revolutionären Elementen soweit durchsetzt und beherrscht, dass man mit grosser Macht Schippel entgegentreten konnte. Der revolutionäre Geist spuckte noch in den Köpfen der Sozialdemokraten und die marxistischen Gedanken waren noch zu schwerwiegend, um die Schwenkung nach rechts vorzunehmen. Andrerseits waren die Vorteile des Imperialismus erst im Keimen, die Sozialpolitik nicht ausgebaut genug, die Gewerkschaften streckten erst ihre Glieder und man blieb fest, klammerte sich, wenn auch krampfhaft an die revolutionäre Taktik. Wahrlich viel zu tief war man mit ihr verwachsen, viel zu viel wurde geopfert, agitiert um die Erhaltung und Durchsetzung des Prinzips, um dies alles schnell wieder über den Haufen zu werfen. Die mit sich selbst Ehrlichen vollzogen die Schwenkung schneller. Von Jahr zu Jahr aber breitete sich der Reformismus mehr und mehr aus.

Auf dem Parteitag zu Hannover 1899 kam es zu der ersten grossen Schlacht. Geyer hielt ein Referat, wonach er Schippel, Heine und Konsorten blosslegt, den ersten als unverschämten Zitierer und Verfälscher Engels hinstellend. In seiner Verteidigungsrede versucht Schippel seine Vorschläge folgendermassen zu motivieren: «Die nationale Armee muss ausgebildet werden. Es wird die Zeit kommen, wo die Quantität in Qualität umschlagen wird. Das Volk wird dadurch bewaffnet werden und bei dem zukünftigen Krieg die Möglichkeit haben, mitzureden!» [1]) Es erübrigt sich, heute über diesen falschen und für die deutsche Sozialdemokratie verhängnisvoll gewordenen Gedanken zu diskutieren. Es ist aber zu beachten, dass diese Gedanken, die zu jener Zeit noch keinen Platz in der offiziellen Sozialdemokratie fanden, in kaum 1½ Jahrzehnten in ihrer Stellung zum Weltkrieg zum herrschenden Standpunkt geworden waren. Der Parteitag nahm wiederum eine Resolution an, wonach die Reichstagsfraktion die Kriegsbudgets unbedingt zu verweigern hatte. Auch ein Antrag von R. Luxembourg, K. Zetkin, A. Hoffmann, Ledebour, wonach der Parteitag die von Genossen Schippel über Militarismus geäusserte Auffassung zurückweist, wurde angenommen. Dagegen wurde der Antrag, Schippel aus der Partei auszuschliessen, gegen 4 Stimmen abgelehnt.

[1]) Protokoll des Parteitages, S. 260, 263.

Offiziell unterlag der Reformismus, wie auf den Parteitagen, so auch in der öffentlichen, literarischen Diskussion. Wer aber tiefer in das Wesen und Treiben der Sozialdemokratie zu Ende des vergangenen Jahrhunderts einzudringen vermochte, wird sich der Erkenntnis nicht verschliessen können, dass es mit dem Sieg nicht so gut bestellt war. Der Feind lag absolut nicht am Boden, um nimmer aufzustehen. Umgekehrt, aus jeder grossen Diskussion, aus jeder Schlacht, ging er gestärkt hervor. Zwar wurde der reformistische Gedankengang nicht offiziell in Bausch und Bogen angenommen, aber Position um Position wurde seitens der «Sieger» aufgegeben. Man war zufrieden, wenn man die revolutionäre Phrase noch einmal schwingen durfte, und damit war der Sieg gestempelt. Der Reformismus aber schritt, siegesbewusst, sicher, dass die Zeit für ihn arbeite, mit den Instinkten der Masse wohlvertraut, vorwärts und verstand es, bei den Handlungen seine Gedanken durchzusetzen. Viele Köpfe, die schon dem Reformismus anheimgefallen, waren sich dieser Schwenkung nicht einmal bewusst. Daraus ergab sich die Widerspruchslosigkeit von Theorie und Praxis. Sie meinten in aller Ehrlichkeit noch auf revolutionärem Boden zu stehen und erkannten den Hafen nicht, in dem das Boot bei solchem Rudern anlangte.

Nur auf diese Weise ist es zu erklären, dass der Reformismus bis seiner zweiten, grossen Schlacht von der quasi revolutionären Richtung mit einer so grossen Mehrheit niedergestimmt wurde. Mit 288 Stimmen gegen 11 nahm der Parteitag zu Dresden im Jahre 1903 eine Resolution gegen die revisionistischen Tendenzen in der Partei an. In dieser Resolution wird ausdrücklich betont, dass die Partei auf dem Klassenkampfprinzip stehe. «Der Parteitag ist im Gegensatz zu den in der Partei entstandenen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, dass die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen und e r k l ä r t :

1. Dass die Partei die Verantwortlichkeit für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden, politischen und wirtschaftlichen Zustände ablehnt und dass sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an die Regierung zu binden.

2. Dass die Sozialdemokratie gemäss der Resolution Kautsky des internationalen, sozialistischen Kongresses zu Paris im Jahre

1900, einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann».

Es wird auch noch von Kampf wider Militarismus, Marinismus, Kolonial- und Weltmachtpolitik gesprochen. Theoretisch prinzipiell sind diese Erklärungen mit der marxistischen, politischen Theorie vollkommen übereinstimmend. Nochmals proklamierte sich die Sozialdemokratie vor aller Welt, als die wahre, revolutionäre, an der Tradition festhaltende, auf keine Kompromisse eingehende, rein proletarische Klassenkampfpartei. Nochmals siegte die Orthodoxie, das Princip; und Reformismus, wie Opportunismus unterlagen. Offiziell hiess es, und nach dem Stimmenverhältnis von 11: 288 schien es, dass der Reformismus in der Partei minimal vertreten sei. In Wirklichkeit aber war es anders. Es wurde schon in früheren Ausführungen hervorgehoben, welch ein Riss zwischen den offiziellen Erkärungen der Partei und ihrer wahren Stimmung klaffte. Bei dieser Abstimmung trat es am deutlichsten zutage. Man kann mit Sicherheit behaupten, dass dieses Stimmenverhältnis nicht im Geringsten das wirkliche Kräfteverhältnis der Richtungen innerhalb der Partei wiedergibt. Natürlich ist diese Behauptung schwerlich mit Zahlen zu belegen. Die Nichtübereinstimmung ist einerseits psychologisch, andrerseits taktisch-politisch zu erklären. Beide Momente sind schon in den vorigen Ausführungen angedeutet worden. Psychologisch ist es folgendermassen zu erklären: Sozialdemokraten, die ganz und gar reformistisch handelten und dachten, gaben sich auf den Parteitagen, wie bei andern offiziellen Kundgebungen durchaus intransingent und revolutionär. Auch der Stil des Redens wie des Schreibens blieb noch eine Reihe von Jahren revolutionär. Mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes fing die Partei an, sich zu organisieren und praktische Kleinarbeit zu leisten. Da wurden die am Vorabend gehaltenen von Revolution, Klassenkampf und Prinzipienfestigkeit erfüllten Reden vergessen. Der Widerspruch zwischen Wort und Tat wurde sehr oft nicht einmal erkannt. Als verschiedene Wortführer versuchten, ihre Handlungen auch offiziell zur Anerkennung zu bringen, stellte sich die Masse auf die Seite der Intransingenten. Zu tief eingewurzelt und zu heroisch klingend, war die revolutionäre Phrase, als dass man sich ihrer so leicht entledigen konnte. Das Häuflein selbstbewusster, den wirklichen Tatsachenstand erkennender Reformisten, verstand

sehr gut, dass solch ein zwiespältiger Zustand auf die Dauer nicht möglich war. Sie wussten zu gut, dass sie schliesslich auch offiziell zum Siege kommen müssten. Sie spekulierten darauf, dass am Ende die Partei, wie sie stehe und gehe, auch offiziell dem Reformismus anheimfallen würde. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, liessen sie eine Spaltung der Partei nicht zu. Sie hüteten sich, aus derselben auszutreten und etwa eine eigene Partei zu gründen. Sie verhielten sich sehr duldsam und hielten es manchmal selbst für angebracht, sich revolutionär zu gebärden. Der Psychologie des Deutschen Rechnung tragend, welche Spaltungen und Uneinigkeiten nicht huldigt, verzichteten sie einstweilen auf offizielle Anerkennung. Die Partei als Ganzes wollten sie gewinnen, und wie die Geschichte der Partei beweist, behielten sie in dieser Spekulation recht. Kompromislustig in seinem Wesen,[1]) war der Reformismus auch kompromisbereit innerhalb der Partei und seinen Gegnern gegenüber. Die auf keine Spaltung hinzielende Haltung der reformistischen Wortführer in den ersten 15 Jahren nach dem Sozialistengesetz legen dafür Zeugnis ab. So ist teilweise der Widerspruch zwischen offiziellen Kundgebungen und wirklichen Handlungen zu erklären.

Der russisch-japanische Krieg und die darauffolgende russische Revolution brachten es zu einer zeitweiligen Schwenkung innerhalb der Sozialdemokratie. Man konnte sich dem revolutionären Schwung, dem Mut und der Opferwilligkeit der russischen Arbeiter nicht verschliessen. Die Schwenkung ist in der Weise zu charakterisieren, dass nicht etwa der Reformismus geschwächt wurde, nein, er wurde nur in seiner stetigen Entwicklung und in dem Durchdringen der Partei zeitweilig aufgehalten. Das Zentrum wurde nach links verschoben. Die Linke dagegen erhob mit grosser Wucht und Begeisterung einen Kampf gegen den Militarismus und wies der proletarischen Welt weitblickend und zeitweise geradezu prophetisch die Aussichten, die ihr bevorständen, falls der langvorbereitete Weltkrieg ausbrechen sollte. In dem Sohn von Wilhelm Liebknecht, Karl, fand die radikale Linke ihren besten Wortführer. Als seine vornehmste Aufgabe und

[1]) In seinem Artikel «Klassenkampf und Kompromiss» verherrlicht Bernstein den letzten: «Von der deutschen Sozialdemokratie, die es doch zu etwas gebracht hat, kann man sagen: An ihrer Wiege stand der Kompromiss....» Geschichte und Theorie d. Sozialismus, S. 158.

als Ziel seines Wirkens nahm er den Kampf gegen den Militarismus auf. Auf allen Parteitagen, wie internationalen, sozialistischen Kongressen wurde er nicht müde, immer wieder auf die Gefahren des Militarismus und seine Folgen hinzuweisen. Immer wieder, mit ungeschwächter Energie forderte er auf, schleunigst Mittel gegen die drohende Gefahr des Weltkrieges, zu dessen Vereitelung, zu ersinnen. Er war es auch, der auf dem Parteitag zu Mannheim 1906 die Einsetzung eines Ausschusses, welcher den Kampf gegen den Militarismus organisieren sollte, beantragte. Und kein anderer war es als Bebel, der diesen Antrag mit der Begründung: «Es gibt in ganz Europa keine zweite Sozialdemokratie, die systematischer den Kampf gegen den Militarismus auch im Parlament führt, wie gerade die deutsche Sozialdemokratie. Es gibt in ganz Europa keine zweite sozialdemokratische Partei, die seit 30—40 Jahren so systematisch das Budget für Militär-, Marine- und Kolonialzwecke ablehnt, wie die deutsche Sozialdemokratie» [1]) widerlegte. Tatsächlich aber wird der Zweck, den K. Liebknecht durch eine solche antimilitaristische Kommission beabsichtigte, durch die Verweigerung der Militärkredite nicht erreicht. Hierdurch gab die sozialdemokratische Vertretung im Reichstag nur kund, dass sie gegen den Militarismus sei. Liebknecht aber bezweckte eine aktive Agitation unter den Massen und hauptsächlich unter der Jugend. Er hoffte, falls das Kriegsgewitter doch einmal losbreche, auf eine aktive Gegenstellung der sozialdemokratischen Soldaten. Er drängte auf die Ausarbeitung von klaren und wirksamen Massnahmen, die den drohenden, imperialistischen Weltkrieg verhindern sollten. Mit der platonischen Verweigerung der Militärkredite wurde wenig Praktisches erreicht. Der militärische Geist der Massen wurde dadurch zu wenig beeinflusst. Es ist zu vermuten, dass Bebel prinzipiell gegen die Einsetzung einer solchen Kommission nichts einzuwenden hatte. Es war lediglich die Sorge um die Partei, um ihre Legalität, um die kleinbürgerlichen Zulaufstimmen, die dem Chauvinismus ganz verfallen waren, die ihn veranlassten, gegen den Antrag Liebknecht zu stimmen und denselben zu Fall zu bringen.[2]) Hierin ist wieder der Opportunismus zu erkennen, welcher die klarsten Köpfe zu überwältigen suchte. Es war nicht

[1]) Protokoll d. Parteitages 1906, S. 385.

[2]) R. Michels. A. S. S. Die deutsche Sozialdemokratie, S. 188, 189.

zum wenigstens die Sorge um die Parteiorganisation, um die gewaltig angewachsene Parteipresse, das grosse Privateigentum, das die Fraktion im Reichstag veranlasste, die Kriegskredite am 4. August 1914 zu bewilligen.

Wieder wurde die Frage der Landesverteidigung aufgeworfen und wieder tauchte das russische Problem auf. Auf dem Parteitag zu Essen 1907 wies Lensch auf die falsche Beurteilung der Russenfrage hin, indem er äusserte: dass man heute nicht mehr von Russland sprechen könne, wie vor 1905. Die Revolution sei ein Faktor, der schwer zu verleugnen sei.[1]) Wenn durch die russische Revolution die linken Tendenzen wieder stärker wurden, wenn die am europäischen Horizont immer mehr auftauchenden Kriegswolken, die Aufmerksamkeit mehr auf den Militarismus lenkten, so wirkte dies doch nicht dahin, den Siegesmarsch des Reformismus auf die Dauer aufzuhalten.

Auf dem Parteitag zu Nürnberg 1908 wurde wieder eine Schlacht geliefert. Wieder war es die Bayrische Landtagsfraktion, die das Budget bewilligt hatte. Bebel greift in die Diskussion heftig ein. Nochmals gelingt es ihm, sich auf die Höhen revolutionären Geistes zu schwingen. Er sieht deutlich die Gefahren, die bei solcher Handlung der Reinheit des Parteicharakters drohen. Es ist ihm um die Prinzipienfestigkeit der Partei bange. So wirft er sich mit der ganzen Kraft seiner Beredsamkeit, mit dem Feuer seines Temperaments in die Diskussion. Er mahnt die Partei, das Endziel nicht aus den Augen zu lassen. «Man muss die Massen zu sich emporheben, und nicht zu der Masse hinuntersteigen. Keine Rechnungsträgerei nach allen Seiten. Man darf nicht den Glauben der Massen durch Vertrauensvoten an die herrschenden Klassen erschüttern.»[2])

Timm, München, antwortet, dass eine durchgreifende Sozialreform zum Endziel führe. Er berechtigt den Standpunkt der Bayern mit der Begründung der Gewinnung neuer Massen für die Partei.

---

[1]) Bernstein in einem Brief an Engels; v. 22. Feb. 1882: «Ein Damm gegen Russland ist überflüssig, von dem Augenblick an, wo die Revolution in Russland ausbricht, d. h. wo irgendwelche representative Versammlung zusammentritt.» Die Briefe v. Engels an Bernstein. J. H. W. Dietz. Berlin 1925.

[2]) Protokoll des Parteitages, 1908, S. 296.

Auch aus dieser Schlacht ging offiziell die revolutionäre Taktik als Siegerin hervor. Folgende Resolution des Parteivorstandes wird mit 258 gegen 119 Stimmen angenommen. «Der Parteitag bestätigt von Neuem die Resolutionen von Lübeck und Dresden, die aussprechen, dass der Staat, solange er sich in den Händen der besitzenden Klasse befinde, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Klasse bildet». Dann wird ein neues Bekenntnis zur sozialen Revolution abgelegt, indem es weiter heisst: «Dass die politische Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Eroberung der Staatsgewalt durch Ueberwindung des Gegners ist, dass jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden müsse. Angesichts der Tatsache, dass die Gesamtabstimmung, über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefasst werden muss, ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, dass die Ablehnung desselben durch unsere Genossen, eines, für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.... Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der besitzlosen Klassen, die eine unversöhnliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende, Staatsgewalt notwendig macht.» [1])

Die Situation ist gerettet. Die Partei steht wieder vor aller Welt prinzipienfest da, und die revolutionäre Ideologie soll als die die Partei beherrschende gelten.

Trotzdem ist nicht zu vergessen, welche gewaltigen Fortschritte der Reformismus im Verlaufe von 5 Jahren gemacht hat.

Während die Resolution gegen den Revisionismus auf dem Parteitag zu Dresden 1903 mit 288 gegen 11 Stimmen angenommen wurde, vermochte der bayrische Standpunkt 1908, nach 5 Jahren, 119 Stimmen auf sich zu sammeln.

Wie weit die offiziellen Kundgebungen auf die wirkliche Haltung der Sozialdemokratie in den verschiedenen Ländern einwirkten, und wie stark sich der Reformismus in denselben fühlte,

---

[1]) Protokoll des Parteitages, 1908, S. 424.

zeigt folgende Tatsache: Die Nürnberger Resolution war deutlich und klar abgefasst, und es sollte zu keinen Missverständnissen mehr kommen. Dem war aber nicht so. Es verliefen kaum zwei Jahre, und diese feierliche Resolution war «feierlich» missachtet und durchbrochen. Süddeutsche waren es auch diesmal, nicht die Bayern, sondern ihre Nachbarn, die Badenser, welche das Budget ihrer Regierung bewilligten, um den Bayern nicht nachzustehen.

Auf dem Parteitag zu Magdeburg 1910 wurden die schärfsten Resolutionen gegen die Badenser angenommen. Diese Nichtbeachtung der Parteiresolutionen ging Bebel schon zu weit und er forderte die Ausschliessung der Badenser aus der Partei. Er führte u. a. an, dass die Negierer in der Welt mehr erreicht haben, als die sogenannten positiven Arbeiter. Er bezeichnete dieses Bestreben als nationalliberal und meinte, dass es ein politisches Gesetz sei, dass überall, wo Rechte und Linke sich liieren, die Linke stets verliere und die Rechte gewinne. «Ich habe oftmals den Eindruck, dass ein Teil unserer Führer nicht mehr versteht, was die Masse zu leiden hat, dass sie der Lage der Masse entfremdet sind. Das kommt unbewusst zur Geltung. Es herrscht ein ungeheures Mass von Erbitterung in ganz Deutschland. Wenn es manchmal auf die Führer ankäme, würden wir irre gehen.» [1]) So war es wieder Bebel, der sich nicht scheute, die Wahrheit so offen zu gestehen. Leider kam es zu oft auf die Führer an, zu oft ging man irre. Klara Zetkin führt folgendes aus: «Konjunkturalpolitik und Konzessionspolitik, das ist der Fangsand, auf dem die Einheit gehalten werden will! Zu teuer ist dieser Preis. Der feste Granit der prinzipiellen Auffassung, das ist der Boden der Sozialdemokratie gewesen und muss es bleiben.» [2])

Mit viel Geist und Beredsamkeit wird versucht, die Partei auf der Höhe des Prinzips zu halten. Der Klassenkampf mit den aus ihm folgenden Konsequenzen wird in den Vordergrund gerückt. Immer aber wird gebietend und warnend eine durchaus negative Stellung dem herrschenden kapitalistisch-imperialistischen Staate gegenüber verlangt, der Imperialismus in den modernen, industriell fortgeschrittenen Staaten tritt immmer deutlicher und

[1]) Handbuch d. sozialdemokratischen Parteitage v. 1910—1913. S. 57.

[2]) Handbuch der Sozialdemokratischen Parteitage 1910—1913. S. 69.

unverhohlener zutage. Die Aussenpolitik wird von ihm ganz und gar beeinflusst und die imperialistische Spitze kehrt sich immer mehr nach aussen. Wozu eine solche Gestaltung der Dinge führen kann und muss, kann nicht verkannt werden, am wenigsten im sozialdemokratischen Lager. Es handelt sich nur um die prinzipielle Einstellung der deutschen Sozialdemokratie gegenüber dem Imperialismus. [1])

Offen tritt man auch innerhalb des reformistischen Flügels nicht für den Imperialismus ein. Im Stillen aber bejahten ihn viele und wünschten auf alle Fälle den Sieg des eigenen Landes. Die Kolonialpolitik spielte als Interessenharmonie zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Man hegte die Hoffnung, dass beide dann mehr haben würden als bisher. Die Ehrlichen aber, und zugleich die Unkonsequentesten, mit Bernstein an der Spitze, standen mit der Linken dem gewaltsamen Imperialismus durchaus negativ gegenüber. Während aber die revolutionäre Linke, den marxistischen Lehren treu bleibend, Gewalt mit Gewalt bekämpfen wollte, glaubten Bernstein und seine Anhänger, die drohende Gefahr durch gute Worte, durch pazifistische Redensarten abzuwenden. Während die erste weitsichtig auf dem Standpunkt beharrte, dass durch gewaltige Rüstungen, durch die ganze Entwicklung des Imperialismus in den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Weltkriege das Aufeinanderplatzen der Geister unvermeidlich und unabwendbar sei, so glaubten letztere an Abrüstung, internationale Schiedsgerichte u. s. f., auf diese Weise dem bürgerlichen Pazifismus ganz verfallend.

Auf dem Parteitag zu Chemnitz 1911, in der Diskussion Lensch-Bernstein, treten diese beiden Anschauungen offen zutage. Bernstein schwenkte nocheinmal die idealistische Fahne und bewies ein übriges Mal seine Abkehr vom Marxismus, welcher lehrte, dass die Idee sich immer blamiere, wo sie nicht den Interessen der Masse entspreche und dass die Arbeiterklasse keine Ideale zu verwirklichen habe. Dagegen vertraten Lensch und Pannekolk den Standpunkt, dass man mit Hoffnungen auf internationale Abmachungen nicht viel ausrichten werde. Das hiess aber noch lange nicht, wie Cohen mit Recht ausführte, dass sie

[1]) Die Gewerkschaften erklären sich mit der Haltung der Badenser solidarisch. Siehe C. Bl. 1910, S. 122, zitiert bei Auerbach, N. Marx und der Gewerkschaft, S. 124.

Wettrüsten und Katastrophen wünschten. Zum letzten Mal bewies Bebel seinen klaren, politisch weitsichtigen Blick, indem er die furchtbare Katastrophe, in der diese allgemeinen Militärrüstungen endigen könnten und müssten, voraussagte. Trotzdem der Parteivorstand in seinem Bericht den Imperialismus entschieden blosslegte und verneinte, verhinderte er es nicht, dass, zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, eine sozialpatriotische Stimme laut wurde. Die Ehre, der erste offizielle Sozialpatriot vor dem Kriege gewesen zu sein, gebührt Quessel-Darmstadt. Dieser verlangte die Wahrung der Interessen der deutschen Industrie und forderte auf, sich im Falle eines Krieges hinter die Regierung zu stellen.[1]) Endlich geht der Reformismus soweit, dass er innerhalb der Reichstagsfraktion die altbewährte Taktik der Nichtbewilligung des Militärbudgets bricht. Die Deckungsvorlagen wurden von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bewilligt, mit 52 gegen 37 Stimmen bei 7 Stimmenenthaltungen.[2]) Das war das Vorspiel für den 4. August 1914. Man suchte dabei parlamentarische Konstellationen auszunutzen. Das Wohl der Partei, der Bewegung wurde vernachlässigt.

Auf dem Parteitag zu Jena 1913 wird die Fraktion von der Linken heftig angegriffen, wegen ihres schwachen Kampfes gegen die Militärvorlagen. Warnend klingen die Worte Rosa Luxemburgs, die an Wurm, den Verteidiger der Stellung der Reichstagsfraktion zur Deckungsvorlage, gerichtet waren: «Wenn Sie sich auf den Boden des Mehrheitsbeschlusses stellen, wenn der Krieg ausbricht und wir an dieser Tatsache nichts mehr ändern können, und wenn dann die Frage kommt, ob die Kosten durch indirekte oder direkte Steuern zu decken sind, dass sie dann folgerichtig für die Kriegskosten eintreten. Das ist eine schiefe Ebene, auf der es keinen Halt mehr gibt.» [3])

Die deutsche Sozialdemokratie brauchte garnicht erst auf

[1]) Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1910—1913, S. 241.

[2]) In einem ganz andern Lichte erscheint das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Militärvorlagen nach der Schilderung von G. Noske. Der Krieg und die Sozialdemokratie. «Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland», herausg. v. Thimme und Legien, S. 13—14.

[3]) Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1910—1913.

diese Weise die Kriegskredite zu bewilligen. Sie hat offen Farbe bekannt und am 4. August 1914 die Kriegskredite bewilligt, ohne dabei zu vergessen, die revolutionäre Phrase als Begleitschein mitzugeben. Bei der Bewilligung der Kriegskredite seitens der sozialdemokratischen Fraktion, wurde eine Erklärung abgegeben, welche folgendermassen lautet:

«Im Auftrage meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Wir stehen vor einer Kriegsabstimmung, die Folge der imperialistischen Politik, durch die ein verhängnisvolles Wettrüsten herbeigeführt und die Gegensätze unter den Völkern verschärft worden sind. Die Verantwortung hierfür falle den Trägern dieser Politik zu. Wir lehnen sie ab. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft, und bis in die letzten Stunden hinein hat sie, durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich im innigen Einvernehmen mit den französischen Brüdern, auf die Aufrechterhaltung des Friedens gedrungen. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen. Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges und dem drohenden Schrecken der feindlichen Invasion. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir jetzt zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne Schuld in dieses Verhängnis hineingezogen worden sind, und die von den Verheerungen des Krieges am Schwersten getroffen sind. Heisse Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. Wir denken an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und die Kinder, die ihrer Ernährer beraubt werden und zu dem drohenden Schrecken des Hungers werden noch Zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer kommen. Ihnen allen beizustehen und ihr Schicksal zu erleichtern, diesen ungeheuren Schrecken zu lindern, erachten wir als eine zwingende Pflicht. Wie mag es mit unserm Volke und seiner freiheitlichen Zukunft stehen bei dem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten, des eigenen Volkes befleckt hat. Vieles, wenn nicht alles, steht auf dem Spiele. Es gilt, diese Gefahren abzuwenden, Kultur und Unabhängigkeit unseres Landes zu sichern. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben. Wir lassen in der Stunde der Ge-

fahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns im Einvernehmen mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkennt, wenn wir in Uebereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, dass dem Kriege, wenn das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird, ein Ende, das die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Das fordern wir nicht nur im Interesse der internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes. Wir hoffen, dass die grausamen Stunden der Kriegsleiden in Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Völkerfriedens und des Sozialismus gewinnen werden. Von diesem Grundsatz geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite.»[1])

Der Reformismus brachte es so mit notwendiger Konsequenz zum Sozialpatriotismus. In der ganzen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie war diese stete Verschiebung deutlich genug zu erkennen. Im Verlauf der Schilderung der Entwicklung der Richtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie wurde immer wieder auf den Widerspruch zwischen Wort und Tat hingewiesen.[2]) Dieser zwiespältige Zustand dauerte bis zum 4. August 1914, wo der Reformismus einen glänzenden Sieg davontrug. Die

[1]) Ueber diese Erklärung der Reichstagsfraktion schrieb der Franzose P. G. La Chesnais folgendes: Was bedeutet die allgemeine Verurteilung der imperialistischen Politik, ohne genaue Feststellung der Tatsache, in welchem Lande sie bis zur Entfesselung des Krieges gewütet hat? Was bedeutet das Einverständnis mit den «französischen Brüdern, im gleichen Augenblick, wo man sich von ihnen trennt, und dabei kein Zweifel darüber bestehen kann, dass die hauptsächlichste militärische Anstrengung sich eben gegen ihr Land richtet? Und wie kann die Fraktion sich rühmen, aus allen ihren Kräften gegen den Krieg gekämpft zu haben, genau zu derselben Zeit, wo sie auf den einzigen kräftigen Protest verzichtet, den man von ihr erhofft hatte? Dieser zweideutige Text ist die Bankrotterklärung der Führer der deutschen Sozialdemokratie.» P. G. La Chesnais. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Kriegserklärung. 1918, S. 107.

[2]) «Revolutionäre Intransingenz bei den Wahlen und antirevolutionärer Quietismus in der Gesamthaltung, Sonorität der Phrase in der Theorie, und resignierte Biegsamkeit in der Praxis, flammendes Prophetentum in den Worten und fast absolute Bewegungslosigkeit in der Tat.» R. Michels «Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbande.» Arch. für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, 1907, S. 219.

Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie wird durch ein unaufhörliches und stetes Abweichen vom Prinzip und durch das Betreten des Bodens des Opportunismus gekennzeichnet.[1]) Das Endziel wurde weit hinausgeschoben, und man verlegte sich mehr und mehr auf tagtägliche, praktische Arbeit zur Verbesserung der ökonomischen Lage der Arbeiterklasse innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Diese Einstellung brachte die deutsche Sozialdemokratie zur unbedingten Staatsbejahung. Unbegründet ist daher der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit, der ihr so oft seitens der bürgerlichen Partei gemacht wurde. In der Stellung, die die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbande eingenommen hatte, trat dies noch deutlicher zutage.

[1]) Vgl. R. Berger, Die deutsche Sozialdemokratie und der Krieg, 1915, S. 6.

II. ABSCHNITT.

Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbande.[1])

«Proletarier aller Länder vereinigt euch.»[2]) Dieser Satz bildet eine der Hauptsäulen der politischen Theorie Marxens. Und tatsächlich ist es schwer, sich die Verwirklichung des Sozialismus ohne diese Voraussetzung vorzustellen. Nicht etwa als erstrebenswertes Ideal im Sinne der «Fraternité» der französischen Revolution ist dieser Ausspruch aufzufassen, sondern als eherne Notwendigkeit, damit das Proletariat im schweren, dauernden Kampf mit der Bourgeoisie nicht unterliege, sondern als Sieger aus ihm hervorgehe. Wie die Proletarier jedes Landes sich zusammenschliessen, organisieren müssen, so ist der Zusammenschluss der Landesparteien in eine zentrale und feste Organisation in der Internationale, unumgänglich.

Im Ziel der Internationale sind schon deutlich Form und Aufgabe, die sie im Verlauf des Kampfes zu erfüllen hat, gegeben.

[1]) Unter demselben Titel ist eine Abhandlung von Prof. R. Michels im Archiv für Sozialismus und Sozialpolitik 1907 erschienen. Das wahre innere Wesen der deutschen Sozialdemokratie ist in dieser Abhandlung so deutlich, treffend geschildert, dass dieses Kapitel ganz auf den Ausführungen dieser Abhandlung fusst und nur als eine Fortführung im Beweismaterial bis 1914 betrachtet werden darf.

[2]) Kommunistisches Manifest. K. Marx und F. Engels.

Sie soll als oberste Leiterin im internationalen Kampf gegen die internationale Bourgeoisie funktionieren. Marx will den Kampf zur Verwirklichung des Sozialismus nur international aufgefasst wissen. In der ersten Phase des proletarischen Kampfes kämpft jedes Proletariat gegen seine eigene nationale Bourgeoisie. [1]) Indem es aber gegen dieselbe kämpft, kämpft es zugleich auch für seine Klassengenossen in den übrigen Ländern und arbeitet somit auf die Verwirklichung des Sozialismus hin. Die Internationale aber soll im weiteren und entwickelteren Kampf, den nationalen Kampf aller Proletarier gegen alle Kapitalisten einheitlich gestalten. Sie soll Direktiven, Methoden herausarbeiten, wonach alle proletarischen Organisationen sich richten müssen. Ihre vornehmste Aufgabe ist es aber, den drohenden Völkerkriegen, die, welchen Ursprung sie auch haben mögen, den Interessen der arbeitenden Massen zuwiderlaufen, entgegenzuarbeiten. In der Internationale soll nicht nur die Solidarität der Proletarier aller Länder erklärt werden, sondern sie soll auch Massnahmen treffen, welche im Falle eines Krieges, alle kriegsführenden Proletarier-Organisationen zu ergreifen haben, um denselben zu vereiteln, oder soweit möglich seine Wirkungen im Interesse des Proletariats auszunutzen. Jeder Sozialist marxistischer Schule, wird somit zum Internationalisten, in dem Sinne, wie es eben geschildert wurde. Dementsprechend hat auch die internationale Arbeiter-Association auf ihrem Parteitag zu Brüssel 1868 eine Resolution Longuet angenommen, welche nach einer genauen Begründung der Stellungsnahme der internationalen Arbeiterschaft zum Kriege, den Arbeitern ans Herz legte, im Kriegsfalle unverzüglich alle Arbeit niederzulegen. [2])

Wenn im vorhergehenden Kapitel der Widerspruch zwischen Tat und Wort innerhalb der deutschen Sozialdemokratie zur Genüge hervorgetreten ist, so wird bei der Schilderung ihrer internationalen Tätigkeit, die Revolutionslosigkeit und Nichtinternationalität derselben noch mehr zutage treten.

Jene, die sich in innerpolitischen Fragen noch revolutionär gebärdet hatten, liessen bei der Behandlung internationaler Fragen auch diese Gebärde fallen. Immer war es der internationale Antimilitarismus, der zu den grössten Auseinandersetzungen, zu den

[1]) Kommunistisches Manifest. K. Marx und F. Engels.

[2]) R. Michels, a. a. O. S. 180.

tiefsten und grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Internationale geführt hatte. Die deutsche Sozialdemokratie war es, die dieser neuen Bewegungsform des internationalen Sozialismus völlig fremd gegenüberstand. «Gebunden an die straffen Formen eines mit autokratisch-militärischer Gewalt regierten Staates, ohne verfassungsrechtliche und gewohnheitsrechtliche Bewegungsfreiheit, einem kompakten und schier unangreifbaren Gegner gegenüber, traten in Deutschland an die Sozialdemokratie viele Probleme, die die andern bis zur Selbstzerreissung beschäftigten, garnicht heran.... Selbst theoretisch ging die deutsche Sozialdemokratie, die einstige Führerin auf dem Gebiete der Theorie, an den neuen Fragen, die ausserhalb Deutschlands die ganze sozialistische Welt mit banger Besorgnis oder mit freudigem Kampfesmut erfüllten und leidenschaftlich in zwei Lager teilten, lange Zeit teilnahmslos vorüber. Sie wurde durch die besonderen Verhältnisse Deutschlands, nicht minder aber durch ihre theoretische und praktische Genügsamkeit und den schwerfälligen, zur Aufnahme neuer Ideen fast untauglichen Parteiapparat, den sie sich geschaffen, von der Vorhut zur Nachhut im internationalen Sozialismus. Das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie zu den beiden neuen, grossen Fragen, (Generalstreik und Antimilitarismus) die sich dem organisierten Proletariat stellen, dürfte die Richtigkeit dieser These zur Genüge beweisen.» [1]) So Michels in «Die Deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbande». Dann beweist er schlagend, wie die deutsche Sozialdemokratie für diese beiden Fragen, die einen ausgesprochen revolutionären und aktiven Charakter tragen, absolut kein Verständnis hatte und sich durchaus ablehnend verhielt. Hierin waren sich die äusserste Rechte, wie die äusserste Linke einig: «Die deutsche Sozialdemokratie war dem Gedanken des Generalstreiks noch so ungünstig gesinnt, dass sie beinahe darüber gekränkt war, dass die italienischen Genossen es gewagt hatten, mit dieser deutsch-sozialdemokratischerseits noch nicht abgestempelten Waffe einen Erfolg zu erringen. Gerade die sogenannten Radikalen waren es, die sich am meisten gegen den Generalstreik ins Zeug legten».[2]) Mit der Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Internationalismus stand es nicht besser.

---

[1]) R. Michels, Arch. f. Soz. und Sozialpol, 1907, S. 176.

[2]) R. Michels, Arch. f. Soz. und Sozialpol, 1907, S. 178.

Auf dem internationalen sozialistischen Arbeiter-Kongress 1891 zu London wird die Frage aufgeworfen, ob man nicht Vorschläge über die Massregeln, die seitens des organisierten Proletariats im Fall eines Krieges zu ergreifen seien, besprechen sollte. Von den Vertretern aber derjenigen Nationen, die durch den Militarismus am meisten zu leiden hatten, wurden alle diesbezüglichen Vorschläge für unmöglich erklärt. Sogar der harmlose Vorschlag, Friedensdemonstrationen einzuordnen, wurde als unnötig erklärt. Dementsprechend wird die Resolution Nieuwenhuis, welche Einstellung der Arbeit bei einer etwaigen Kriegserklärung fordert, abgelehnt. In scharfen Worten geisselt dieser ehemalige Pfarrer den Chauvinismus innerhalb der Sozialdemokratie, vor allem der deutschen. Bei den grossen Nationen herrscht immer der Chauvinismus und der internationale Geist fehlt. Nur der Chauvinismus führt zu Unterscheidungen zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen. Die bestehende Wirtschaftsordnung, gemeinsam mit der geheimen Diplomatie ist an den Völkerkriegen schuld. Daher ist der Bürgerkrieg statt des Nationalkrieges zu proklamieren.[1])

Auf dem internationalen Kongress in Zürich wiederholte sich dasselbe. Zwei Resolutionen werden vorgelegt, eine holländische und eine deutsche. Wieder wird die holländische abgelehnt gegen die Stimmen von Holland, Frankreich, Australien und Norwegen. Um einmal eine typisch deutsche Resolution, hinter deren Phrasen nichts steckt, und eine wirklich eindeutig klare kennen zu lernen, werden Teile dieser beiden Resolutionen zitiert: Der holländische Antrag lautet folgendermassen: «Der Kongress beschliesst, die internationalen Arbeiterparteien einzuladen, sich bereit zu halten, um unverzüglich eine Kriegserklärung durch die Regierung mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung zu beantworten, überall da, wo die Arbeiter einen Einfluss auf den Krieg ausüben können und in den fraglichen Ländern zu beantworten mit einer militärischen Dienstverweigerung.» Antrag II der deutschen Delegation: «Die Stellung der Arbeiter zum Kriege ist durch den Beschluss des Brüsseler Kongresses über den Militarismus scharf bezeichnet. Die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie hat in allen Ländern

[1]) Eine rein marxistische Einstellung, die als Vorläufer des Bolschewismus gelten kann, indem Lenins-Devise folg. lautet: Nieder mit dem Völkerkrieg, es lebe der Bürgerkrieg.

mit dem Aufgebot aller Kräfte den chauvinistischen Gelüsten der herrschenden Klasse entgegenzutreten, das Band der Solidarität um die Arbeiter aller Länder immer fester zu schlingen und unablässig auf die Beseitigung des Kapitalismus hinzuwirken, der die Menschheit in zwei feindliche Heerlager geteilt hat und die Völker gegeneinander hetzt. Mit der Aufhebung der Klassenherrschaft verschwindet auch der Krieg. Der Sturz des Kapitalismus ist der Weltfriede.»[1]) Nochmals werden Glaubensbekenntnisse abgelegt, die den Militarismus verurteilen, dagegen protestieren, die empfehlen, ihm «mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.» Diese so ausgedehnte Fassung, lud ja zur Tatenlosigkeit direkt ein. Zum Schluss wird Prophetentum getrieben und versprochen, dass mit der Aufhebung des Klassenkampfes auch der Krieg aufhören, und dass nur der Sturz des Kapitalismus den Frieden bringen werde. Aus diesen Resolutionen wäre zu folgern, dass, solange Klassen existieren, auch der Krieg eine Notwendigkeit sei, und dass bei eventuellem Ausbruch eines Krieges, da es ja nutzlos, nichts zu unternehmen sei.

Wie grell sticht von dieser deutschen Resolution die holländische ab. Sie lässt keine Zweideutigkeiten zu und ist von der Notwendigkeit und Berechtigung zum Handeln beseelt. Sie ist frei von nichtssagenden Manifestationen und den Militarismus geisselnden Aeusserungen. Sie gibt nur die geeigneten Mittel zur Verhinderung der Katastrophe an. Ob die vorgeschlagenen Mittel der Holländer durchführbar seien oder nicht, ist eine Frage für sich, die hier nicht weiter zu untersuchen ist.

Ueber das Wesen des Militarismus sind alle einig. Schlagender als die Deutschen den Militarismus kennzeichneten und verdammten, hätte es wohl die intransingenteste Richtung nicht besorgen können. Der revolutionäre, marxistische Stil, welcher für alle übrigen sozialistischen Organisationen vorbildlich geworden war, wurde durch die Deutschen geschaffen und ausgebildet.[2]) Die Meinungsverschiedenheiten wurzelten in der Methode der Bekämpfung des Militarismus. Während die einen den Militärstreik als geeignetestes Mittel ansahen, glaubten die andern nicht

[1]) Protokoll des «Internationalen, sozialistischen Arbeiter-Kongresses in Zürich», 1893, S. 20.

[2]) Vgl. Michels, R. Arch. f. Soz. und Sozialpol. Jahrg. 1907, S.

an seine Durchführbarkeit.[1]) Sie verurteilten somit den Kampf gegen den Militarismus zur Tatenlosigkeit und beschränkten sich auf die permanente Verweigerung des Militärbudgets.

Schliesslich wurde es Nieuwenhuis in der Internationale zu eng und auf dem Kongress zu London 1896 meldet er im Namen von 9 holländischen Delegierten deren Austritt aus der Internationale. Er gibt eine Erklärung ab, wonach sie an den Arbeiten der Internationale nicht mehr Teil nehmen könnten, aus dem Grunde, weil der Kongress die ökonomische Grundlage der I. Internationale verlassen und in eine rein parlamentarische verwandelt habe. Diese Erklärung wird, mit Ausnahme der deutschen Delegierten, die ironisch Beifall klatschten, mit Stillschweigen entgegengenommen. Mit dem Austritt der holländischen Gruppe werden aber die Meinungsverschiedenheiten nicht behoben. In seiner Eröffnungsrede auf dem Kongress zu Paris 1900 weist Jaurès darauf hin, dass die wichtigste Frage, die der Organisation des internationalen Friedens, der Verbrüderung ist. Man soll das Hauptziel nicht vergessen, das Endziel, die Befreiung vom Kapitalismus. Auf demselben Kongress liess Guesde die bemerkenswerte Beobachtung fallen: «Der Sozialismus ist zwar gewachsen, aber er scheint mir an Tiefe verloren zu haben, was er an Breite gewonnen hat; es hat den Anschein, als ob sein Rückgrat nicht mehr ganz so fest wie früher sei.»[2])

Auer dagegen will, dass man sich nicht durch feste Beschlüsse binden soll, und Singer ist der Meinung, dass die Kongresse nur die grossen Gesichtspunkte zu behandeln haben, während die Einzelfragen den Ländern zur Entscheidung überlassen werden sollen.

Deutlich ist das Bestreben der Deutschen, die Wirkungskraft der Internationale auf ein Minimum zu reduzieren. Als blosse feierliche Demonstration wollen sie die Internationale gelten lassen. Nur «grosse Gesichtspunkte» sollten dort behandelt werden, nur verschwommene, Tür und Tor offen lassende, auf

---

[1]) Liebknecht, bei seiner Verteidigung der deutschen Resolution, beruft sich auf die starken militaristischen Staaten und auf die Undurchführbarkeit dieser Resolution. Als Prahlerei wird die Resolution Nieuvenhuis erledigt. Er wird v. V. Adler, Smith u. a. unterstützt.

[2]) Protokoll des «Internationalen-sozialistischen Arbeiterkongresses» 1896, S. 35.

alle Seiten hin deutbare, Resolutionen sollten angenommen werden! Wenn der Opportunismus der Deutschen für den noch Uneingeweihten nicht merkbar war, so trat er in der internationalen Parteipolitik offen zutage. Mit Recht bemerkt Vaillant: «Derselbe Kautsky, der in Hannover Bernstein so siegreich bekämpft hat, kapituliert hier vor Bernstein.» [1])

Die grosse Schlacht wurde aber erst 1904 zu Amsterdam geschlagen. Trotzdem offiziell der deutsche Standpunkt siegte, wurde das wirkliche Wesen der deutschen Sozialdemokratie von Jaurès folgendermassen charakterisiert: «Das deutsche Proletariat besitzt weder eine revolutionäre noch eine parlamentarische Aktion. Es fehlt ihm die revolutionäre Tradition des Proletariats. Die Parteipresse empfiehlt den Arbeitern die Adressen an den Kaiser zu zeichnen. Sie stumpft die auch sonst unzulängliche, revolutionäre Tradition ab. Ausser der revolutionären Aktion, fehlt euch auch die parlamentarische. Selbst wenn ihr die Mehrheit im Parlament wäret, wäre euer Land das Einzige, wo der Sozialismus nicht Herr wäre. Denn euer Parlament ist nur ein halbes Parlament, weil es die Exekutivgewalt nicht besitzt, weil eure Beschlüsse kassiert werden können. Man erwartete von euch, von jenem Dresdener-Kongress, der nach dem Sieg der 3 Millionen Stimmen stattfand, die Festlegung einer Politik. Ihr habt in euren Blättern ausgerufen: Unser ist das Reich! Unser die Welt! Nein, das Reich ist noch nicht euer, ihr seid nicht einmal so sicher, dass ihr in eurer Hauptstadt dem internationalen Sozialismus Gastrecht gewähren könntet. Ihr wisst also nicht, welchen Weg wählen. Man erwartet von euch eine Kampfparole ein Aktionsprogramm, eine Taktik. Ihr habt die Tatsachen geprüft, belauert — aber die Geister waren noch nicht reif — und da habt ihr vor eurem eigenen Proletariat, vor dem internationalen Proletariat eure Ohnmacht zu handeln hinter der Transigenz theoretischer Formeln verhüllt, die euer ausgezeichneter Genosse Kautsky, euch bis an sein Lebensende liefern wird.» [2])

Er wird nicht müde, die deutsche Sozialdemokratie zur Tat aufzufordern. «Welch ein Kontrast besteht doch zwischen der

[1]) Protokoll des «Internationalen-sozialistischen Arbeiterkongresses», 1900, S. 27.

[2]) L'humanité, No. 152, (6. Spt. 1904) und «Le problème subsiste», v. Jean Jaurès, zitiert R. Michels, Arch., 1907, S. 173.

Kühnheit des deutschen Geistes, der das Weltall umfasst und nach seinem Willen bildet und der Schlappheit und Ohnmacht der deutschen Tat.... An der deutschen Sozialdemokratie sei es nun, in Wahrheit die Herrschaft des Volkes zu errichten, wenn sie nicht den bürgerlichen Abortus der deutschen Revolution durch einen proletarischen Abortus krönen wolle.» [1])

Es wurde wieder eine Resolution angenommen, die sich prinzipiell gegen Kolonialraub äusserte, und die die Mittel zu dessen Bekämpfung, die 1900 aufgestellt worden sind, bestätigte.

Auf dem Kongress 1904 zu Amsterdam siegte schliesslich der deutsche Standpunkt durchwegs. Seither aber fing die Hegemonie der Deutschen im internationalen Sozialismus an, merklich abzunehmen. Vornehmlich ist diese Wandlung der Stellung derselben zu der Frage des Antimilitarismus zuzuschreiben. [2]) Es trat immer deutlicher hervor, dass trotz der äusseren Erfolge der deutschen Sozialdemokratie, sie innerlich seit Dezenien in einer Periode der Stagnation verharrte, aus der es ihr, trotz gelegentlicher Versuche nicht gelang, einen Ausweg zu finden. Da ging das Vertrauen zur «Modell-Partei» verloren. Dies trat auf dem sozialistischen Kongress 1907 öffentlich zutage. Angesichts der immer drohenderen Gefahr des Weltkrieges, wurde die Frage des Antimilitarismus auf dem Kongress zu Stuttgart 1907 mit einer Heftigkeit und Gründlichkeit wie nie bisher diskutiert. Und noch nie wurde der deutsche Standpunkt, welcher auf den gänzlichen Verzicht irgendwelcher Gegenmassnahmen auslief, so angegriffen wie 1907. Der Antimilitarist Hervé war es, der die Kaltblütigkeit und Passivität der Deutschen einer solchen Frage gegenüber heftig rügte. Als blosse «Zahlmaschinen», die nicht mehr tähig seien, zu handeln wie 1871, bezeichnete er die deutschen Sozialdemokraten. «Ich habe die deutsche Sozialdemokratie jetzt kennen gelernt. Ich habe sie auf den Strassen Stuttgarts gesehen, die deutschen Proletarier. Meine naiven Illusionen sind zerstört, es sind alles gute, zufriedene, satte Spiessbürger.» [3]) Psychologisch treffender hätte Hervé den

[1]) L'humanité, No. 152 (6. Spt. 1904) und «Le problème subsiste», v. Jean Jaurès, zitiert R. Michels, Arch., 1907, S. 173.

[2]) Diese Frage wird ausführl. behandelt in d. oben erwähnten Abhdlg. von R. Michels, Kapitel, die Dekadenz der Hegemonie d. D. Soz. Demokr.

[3]) Protokoll des «Intern. Soz. Arbeiterkongresses», 1907, S. 85.

deutschen Proletarier nicht beurteilen können, und die ehrliche Enttäuschung dieses Südländers ist voll zu begreifen.

Jaurès meint, es wäre Entehrung, wenn man beim Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges nicht zu den äussersten Mitteln greifen würde, und eine Schande sei es, dass Bebel diese Mittel nicht vorschlagen könne. Es half aber nichts, die deutsche Delegation war nicht zu bewegen. Die radikale Linke gab auch nicht nach, und so gelang es nicht, eine einheitliche Resolution zustandezubringen. Daher wurden dem Kongress 2, eine Mehrheits- und eine Minderheitsresolution vorgelegt. Bei der Diskussion dieser Resolutionen in plenum gerieten die Geister erst recht aufeinander.

Erst 1907 gingen jene, die alle Mittel zur Bekämpfung des Militarismus verweigerten, mit offener Sprache heraus. Hier wurde zum ersten Mal seitens der Deutschen, das Kolonialsystem prinzipiell gebilligt. Erst da waren die ökonomischen Ursachen zu erkennen, die Deutschland zwangen mit der Regierung gewissermassen stillschweigend eine Allianz zu schliessen. Hier ergeben sich die Ursachen des Opportunismus und seine deutliche Ausmündung in den Sozialpatriotismus. David, die deutsche Resolution verteidigend, meinte u. a. folgendes «Auch die Kolonien müssen durch den Kapitalismus hindurch und können nicht mit Wildheit in den Sozialismus hineinspringen. Der Sozialismus ist in keiner Weise nur Kritik. Er hat überall ein positives Ideal, ein Ziel, das nur durch schrittweise Reformen zu erreichen ist.»[1]) Dann, auf Marx und Lassalle sich stützend, versucht er die Zulässigkeit der Vormundschaft eines Volkes durch ein kulturell höher stehendes Volk zu beweisen. Der Holländer van Kel weiss auch die Notwendigkeit der Kolonien zu beweisen, indem er u. a. sich folgendermassen äusserte: «Die Kolonien sind unentbehrlich. Immer gab und wird es Kolonien geben. Europa kann und wird nicht auf die Reichtümer der Kolonien verzichten. Der Kapitalismus wirkt produktivsteigernd auf die Kolonien. Es ist unmöglich, das jetzige Kolonialsystem aufzuheben.» Man müsste daher ein Programm der Kolonialpolitik aufstellen, das auf Milderung der Exploitation der Eingeborenen und auf Hebung ihres Kulturzustandes hinausläuft. Das Fazit dieser Einstellung ist, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung noch garnicht an das Abwirt-

[1]) Protokoll des «Intern. Soz. Arbeiterkongresses», 1907, S. 31.

schaften denkt. Ihre grosse Rolle in der Geschichte ist noch absolut nicht ausgespielt. Hiermit ist, laut der ökonomischen Theorie Marxens, die Notwendigkeit und Daseinsberechtigung der heutigen Wirtschaftsordnung gegeben. Noch ist das Alte nicht abgestorben, noch sind die Keime der neuen Wirtschaftsordnung innerhalb der alten noch nicht soweit vorgeschritten, dass sie letztere sprengen könnten. Man musste daher mit der bisherigen Wirtschaftsordnung mitarbeiten, da sie ja eine notwendige Epoche zum Sozialismus darstellte. Dies war die theoretische Einstellung des Opportunismus, die auf dem Kongress 1907 offen und deutlich verkündet wurde.

Auch diesmal wurde die Resolution der Mehrheit angenommen. Es gelang aber der Minderheit, ein Amendement durchzusetzen und dadurch der Resolution ein ganz anderes Gesicht zu geben. Nicht mehr rein manifestierend und harmlos sieht sie aus. Zwar wurden immer noch keine konkreten Mittel genannt. Folgende Sätze in der angenommenen Resolution sind neu:

«1. Dass die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus mit Klassenbewusstsein zu erfüllen sei.

2. Die durch den Krieg herbeigeführte Aufrüttelung der Gesellschaft sei für die Befreiung der Arbeiterklasse auszunutzen.

3. Die Internationale ist ausserstande, die in den verschiedenen Ländern naturgemäss verschiedenen, der Zeit und dem Ort entsprechenden Aktionen der Arbeiterklasse gegen den Militarismus in starre Formen zu bannen.

4. Droht der Ausbruch eines Krieges so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen verpflichtet, alles aufzubieten, um durch Anwendung der ihnen am wirksamsten scheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern.

5. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen, und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.» [1]) Man sieht deutlich, dass diese Resolution an Radikalismus zugenommen hat. Der deutsche Standpunkt ist damit beinahe durchbrochen. Bemerkenswert ist der letzte Punkt,

[1]) Protokoll des «Intern. Soz. Arbeiterkongresses», 1907, S. 66.

der empfiehlt, dass man den Krieg durch eine Erhebung der Massen ausnutzen solle. Mit der Annahme des Amendement gefiel die Resolution dem rechten Flügel der deutschen Delegation soweit nicht, dass David es gewagt hatte, im Namen der deutschen Delegation, ohne deren Einvernehmen, mit «nein» zu stimmen. Seine Stimme wurde noch zeitig mit Protest zurückgezogen. Es war dies ein bemerkenswerter Vorfall. Wie kurzsichtig klingt die Bemerkung Vanderveldes: «Die Proletarier haben mehr Gemeinschaft und Verwandtschaft untereinander als mit den übrigen Klassen des Landes, das sie bewohnen.... Man brauche die Deutschen nicht an ihre Pflichten zu erinnern, Beispiel 1870.» [1])

Es war dies eine vollkommene Verkennung der Tatsachen, da man doch wirklich keine Analogie zwischen 1870 und 1907 ziehen konnte. Ganz anders sah damals die ökonomische, sowohl als die politische Struktur Deutschlands aus, ganz anders die politische Arbeiterbewegung. Noch schlummerten die gewaltigen ökonomischen Kräfte, die in dem deutschen Volke steckten. Noch war der Imperialismus nicht zu seiner vollsten Entfaltung gekommen, noch war die Einigung Deutschlands nicht vollbracht. Die Arbeiterbewegung war erst im Keimen, und an der Spitze der preussischen Regierung stand der verhasste Bismarck. Dazu wurde dieser Krieg mehr als dynastischer aufgefasst. Und doch war die Mehrheit der Sozialdemokratie für den Krieg und für die Bewilligung der Kredite. Nur Bebel und Liebknecht nahmen eine rein prinzipielle Stellung ein. Sie konnten so wenig für Bismarck stimmen, wie für Napoleon. Die ökonomische Seite des Krieges erkannte man noch nicht ganz, und man sah darin mehr ein Rivalisieren, Napoleon-Bismarck. Dazu lag es absolut nicht im Interesse der deutschen Sozialdemokratie, die sich damals noch als echte Demokratie fühlte, dass die Einigung Deutschlands von «oben her» komme, denn der Krieg war ein deutliches Vorspiel zu dieser Vereinigung.

In dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts sahen die Verhältnisse in Deutschland ganz anders aus; sie waren durchaus verschieden von denen der 1870er Jahre. Deutschland vermochte sich in der Zwischenzeit zu einem der mächtigsten Industrieländer emporzuschwingen. Auf dem Kontinent zählte es zu den vorge-

[1]) Protokoll des «Intern. Soz. Arbeiterkongresses», 1907, S. 66—67.

schrittensten und überflügelte auf vielen Gebieten England. Auch für die neuen Formen der kapitalistischen Wirtschaft wurde Deutschland massgebend, wie technisch, so wirtschaftlich-organisatorisch. Die Konzentration der Wirtschaft war in Deutschland in vollem Gange und die Beherrschung derselben durch die Bank bewährte sich immer mehr. Die Epoche des Finanzkapitals begann, und der Imperialismus mit all seinen notwendigen Konsequenzen war da.

Dementsprechend sah damals das deutsche Proletariat, resp. die deutsche Arbeiterbewegung aus. Dank diesem wirtschaftlichen Aufschwung blühten in Deutschland die Gewerkschaften. Es wurde eine sozialpolitische Tätigkeit in breitem Umfange getrieben. Im deutschen Reichstage sassen 101 sozialdemokratische Delegierte. Dies sind alles Indizien für eine andere Stellung dem Staate und seiner Regierung gegenüber. Die ökonomische Entwicklung brachte es dazu, dass das deutsche Proletariat sich, vielleicht unbewusst, an der bestehenden Wirtschaftsordnung aktiv beteiligte. Es war interessiert an der Integrität des Wirtschaftsgebietes. Die ganze ökonomische Entwicklung der letzten 40 Jahre kann als Bestreben, jedes Staatsgebiet möglichst als Wirtschaftsgebiet zu gestalten, gelten. Es ist wohl einleuchtend genug, dass bei einer solchen Gestaltung der Dinge, ein Vergleich zwischen 1870 und 1907 nicht gut möglich ist.

Daher ist auch die Unmöglichkeit einer gemeinsamen, internationalen Aktion zur Verhinderung des Krieges erklärlich. Die hier dargestellte Entwicklung Deutschlands vollzog sich mehr oder minder auch in den andern europäischen Staaten. So standen die Arbeiterklassen der verschiedenen Länder infolge ihrer verschiedenen, ökonomischen Interessen in schroffem Gegensatz zueinander und konnten keine Mittel zur Verhinderung eines Krieges finden, geschweige denn eventuell ergreifen. Die deutsche Sozialdemokratie stand jedoch mehr als alle andern auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Es kann zum Teil erklärt werden, dass sie durch den unerhörten, ökonomischen Aufschwung ihres Landes mitgerissen wurde. Noch eine andere psychologische Ursache, wie die Eigenart der deutschen Mentalität, spielte eine Rolle dabei.

Es ist aber ausser Zweifel, dass die Deutschen in der Internationale mehr als alle übrigen, massgebenden Landesparteien auf

die Verhinderung einer gemeinsamen Aktion hingewirkt haben. Ihre Haltung bei Kriegsfragen machte den Eindruck, dass von aktivem Eingreifen keine Rede sein konnte [1])

Was aber vom internationalen Sozialismus den Deutschen zum Vorwurf gemacht wurde, ist nicht so sehr die Betonung der Schwierigkeiten einer gemeinsamen Aktion, sondern die Art und Weise wie dies zum Ausdruck gebracht wurde. Es war ersichtlich, dass sie garnicht gewillt waren, gemeinsame Massnahmen zu treffen. Sie bemühten sich nicht, solche herauszuarbeiten, um der Gefahr soweit möglich zu steuern. Im Gegenteil, alle Bemühungen in dieser Hinsicht wurden unterdrückt. Man wollte von Phrase nichts wissen, dabei gebrauchte man dieselbe schon jahrzehntelang. Der Unterschied aber war der, dass man mit der revolutionären Phrase nicht konkret angriff, sondern dass sie allgemein gehalten und gegen niemand, am allerwenigsten gegen die bestehende einheimische Regierung, gerichtet war. Daher sollte die Haltung der deutschen Sozialdemokratie am 4. August 1914 nicht überraschend wirken. Sie war von der ökonomischen Entwicklung Deutschlands und der Einstellung der deutschen Sozialdemokratie zu derselben diktiert.

Wie ein loderndes Strohfeuer mutete der Basler Kongress 1912, an. Der einzige Punkt der Tagesordnung war: «Die internationale Lage und die einheitliche Aktion der Sozialdemokratie gegen die Kriegsgefahr». Wie vielversprechend schien die Tagesordnung und wie nichtssagend waren die Resultate. Wieder grosse Manifestation und Bekenntnis zum Weltfrieden. Alle Sozialdemokraten, ohne Ausnahme waren gegen den Krieg. Es war jedoch nichts Neues, dass der Krieg für die Proletarierinteressen von Nachteil sein werde. Man erwartete etwas anderes, das Herausarbeiten von Gegenmassnahmen. Es sollte doch verhindert werden, was als Gefahr verurteilt wurde. Wie man aber an die Lösung dieser Frage heranging, wurde nichts erreicht. Der kreissende Berg hatte wieder eine Maus geboren. Und wieder wurde ein grossartiges Manifest verfasst, darin nichts gesagt wurde, keine Massnahmen zur Verhinderung der Kriegsgefahr getroffen wurden.

[1]) Vgl. Michels. Die Stellung d. Deutschen Sozialdemokratie in der Marokkofrage, in der Abhandlung «die deutsche Sozialdemokratie im Internationalen Verbande».

Der weitsichtige und ehrliche Jaurès konnte nicht umhin wehmütig hervorzuheben, dass das Manifest einerseits die Einheitlichkeit der Aktion aller sozialdemokratischen Parteien betone, dass aber andrerseits bestimmte Mittel zur Verhinderung des Weltkrieges weder genannt noch geschaffen seien. Dieser Umstand könnte die grösste Uneinheit erzeugen. Während Haase seine Rede mit folgenden Worten beendet: «Soviel an uns liegt, soll diese Zukunft aber nicht aus einem Meer von Blut und Greueltaten hervorgehen. Wir werden deshalb unter Anwendung der Methoden, die unsere Verhältnisse, unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zulassen, das Maximum unserer Kraft einsetzen, um das zu sichern, was wir alle sichern wollen, den Weltfrieden und unsere Zukunft,» [1]) schliesst Klara Zetkin mit den kurzen und schlagenden Worten:

«Und setzet ihr nicht das Leben ein,
nie wird euch das Leben gewonnen sein». [2])

Der Glaube an eine wirkliche Verhinderung des Weltkrieges schwand bei den hellen Köpfen immer mehr. Man täuschte sich nicht. Und der Zusammenbruch der Internationale am Anfang des Krieges hat nur den Kurzsichtigen, Uneingeweihten überrascht.

Interessant ist der Bericht von Vlieglen, Holland, über Antimilitarismus, der dem internationalen, 1914 stattfinden sollenden Arbeiterkongress in Wien vorgelegt werden sollte. Dort heisst es u. a. fogendermassen: «Man kann eine sehr optimistische Meinung haben von der wachsenden Kraft der sozialistischen Parteien und der zu ihrer Verfügung stehenden Mittel, einen Krieg zu verhindern, auch noch wenn die Regierungen sich dazu entschlossen haben. In dieser Hinsicht gehöre ich nicht zu den Optimisten. Ist einmal der Krieg erklärt und angefangen, so lehrt die Erfahrung, dass nicht mehr der Verstand redet, sondern die Kanonen. Dann herrscht das nationalistische Empfinden vor allen andern Gefühlen, der Kriegsgeist greift um sich, und vor diesem Geist ist nur allzu oft auch die Arbeiterklasse nicht immun». [3]) Am allerwenigsten haben sich die deutschen Sozialdemokraten gegen den Nationalismus immun erwiesen.

[1]) Ausserordentlicher Intern. Soz. Kongress, 1912, S. 30.

[2]) Ausserordentlicher Intern. Soz. Kongress, 1912, S. 36.

[3]) Bericht von Vlieglen an den Internat. soz. Arb. Kongress, der 1914 in Wien abgehalten werden sollte.

III. ABSCHNITT.

Das Produzenteninteresse der Arbeiterklasse am Imperialismus.

Wenn in den bisherigen Kapiteln versucht wurde, das Wesen des Reformismus in seiner Entwicklung, Einnistung und endlich in seinem Ueberhandnehmen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie zu schildern, so kommt nun die schwierigere Aufgabe, nämlich die Kausalität des Reformismus und seine Ausmündung in den Sozialpatriotismus zu untersuchen. Es gibt eine ganze Reihe von kausalen Zusammenhängen, unter denen die ökonomische Kausale die wichtigste und schwerwiegendste ist. Zweifelsohne begünstigten die staatlichen Verhältnisse des deutschen Reiches die soziale Zusammensetzung der Partei im Allgemeinen und der Führer im Besondern und «last not least» die spezifische Mentalität des deutschen Geistes, die Entwicklung und das Gedeihen des Reformismus innerhalb der Sozialdemokratie. Der Reformismus aber ist eine allgemeine Erscheinung des internationalen Sozialismus. Keine sozialistische Partei irgend eines Landes blieb von ihm verschont. Aus dieser Tatsache ist zu ersehen, dass nicht allein im innern Wesen, im spezifischen Geist eines Volkes die Ursachen der Entstehung des Reformismus zu suchen sind. Es sind vor allem die äussern ökonomischen Bedingungen, die den internationalen Sozialismus vom Weg des Radikalismus auf den Weg des Reformismus und Kompromis gedrängt haben. Es soll später bewiesen werden, dass die Reife des Reformismus an der Reife der ökonomischen Entwicklung eines Landes zu messen sei. Die ökonomische Kausale ist es auch, die hier untersucht werden soll.

Es ist zu konstatieren, dass die deutsche Arbeiterbewegung, von einzelnen Strömungen abgesehen, die keine bedeutende Wirkung gehabt haben, niemals auf dem Weg der Intransingenz war.[1]) Nur während der schärfsten Ausübung des Sozialistengesetzes betrat sie, mit Widerwillen, und nicht ohne innern Streit, den Weg der Intransingenz und verliess den Boden der gesetzlichen Mittel. Wie harmlos sah aber der Boden der ungesetzlichen Mittel aus! Das Ungesetzlichste, was man vollbrachte, war der

[1]) Vgl. W. Sombart. Sozialismus und soziale Bewegung, 1905, S. 202.

Vertrieb des verbotenen, ausländischen Organes «Der Sozialdemokrat», und man war stolz auf den roten Postmeister Motteler. Von aktivem Widerstand, ja von Protestmeetings, Demonstration, von «unterirdischer Organisation» war keine Rede. Ausser dem Umstand, dass «unterirdische Organisation», das «hinter dem Rücken» arbeiten und wider die «gesetzliche Macht» gewaltsam auftreten, dem deutschen Geist von jeher fremd gewesen, war die ökonomische Entwicklung Deutschlands zu jener Zeit die Hauptursache, welche die Arbeiterbewegung von diesem Wege abhielt.

Von 1863 an datiert die moderne, deutsche Arbeiterbewegung. Lassalle war viel zuviel Realpolitiker, um nicht zu erkennen, dass mit Geheimbündelei und Sektierertum bei der ökonomischen Entwicklung der damaligen Zeit nicht viel anzufangen sei. Als eine offene und mächtige Bewegung, die alle Arbeitenden umfassen solte, dachte er die Arbeiterbewegung zu gestalten.

Der Kapitalismus hatte seinen endgültigen Siegeszug auch in dem bis jetzt rückständigen Deutschland gehalten. Die Fabrik, die Maschine, die Arbeitsteilung drangen immer mehr auch in deutschen Gauen ein. Die Zahl der Besitzlosen, die ihre Haut auf den Markt zu tragen gezwungen sind, der modernen Proletarier, schwoll mächtig an. Der Frühkapitalismus ging zur Neige und der moderne Kapitalismus füllte seine Stelle aus. Da, wo die Zahl der Proletarier zu Millionen anschwoll, konnte man an der sozialen Frage nicht vorbeigehen. Sie musste auf irgend eine Weise gelöst werden. Von allen Seiten wurde dies eingesehen und alles beschäftigte sich damit, der Staatsmann, wie der Wissenschaftler, der Arbeitgeber, wie der Arbeitnehmer. Die Sozialpolitik war es auch, die in den 70er Jahren in der inneren Politik die brennendste Tagesfrage bildete. Man war im Begriff, den Freihandel, das «laisser faire, laisser passer» zu überwinden.

Mit der notwendigen Bildung des Nationalstaates trat eine deutliche Tendenz hervor zu gleichzeitiger Bildung eines nationalen Wirtschaftsgebietes. Man schritt eifrig zur Ausbildung der nationalen Produktivkräfte. List wurde rehabilitiert. Die Epoche der nationalen Abgrenzung, die Epoche des Schutzzolles begann. Zugleich aber verschwand auch der Glaube an die wundersame soziale, wie ökonomische Harmonie. Die ökonomische Vertretung der Arbeiterinteressen war es, die eine Arbeiterbewegung ins Leben rief. Das Endziel, die Ueberführung der kapitalistischen

Wirtschaftsordnung in eine sozialistische war damals, wie auch heute noch, für die breiten Arbeitermassen ein Buch mit sieben Siegeln.

Je mehr daher die Arbeiterbewegung in die Breite ging, je mehr Mitglieder die Partei, wie auch die Gewerkschaft hatte, desto-mehr musste vom Endziel abgesehen und auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter Rücksicht genommen werden.

Entsprechend der ökonomischen Entwicklung hatte sich auch die Rolle des Staates vollkommen verschoben. Die Epoche des «Nachtwächterstaates» war längst verschwunden. Umgekehrt, alles rief den Staat an, zur Wahrung der eigenen, ökonomischen Interessen. Wie die Agrarier um Agrarschutzzölle, die Industriellen um industrielle Schutzzölle den Staat anriefen, so konnten die Vertreter der Arbeiterschaft nicht umhin, ihn zu einer wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung aufzufordern.[1]) Man musste sich im Innern konsolidieren, um den Kampf nach aussen wirksamer aufzunehmen. Bismarck wusste ganz gut, was dem deutschen Arbeiter not tat, warum er der deutschen Sozialdemokratie zulief und was er dort zu finden hoffte. Niemals war es demselben um den Sturz der herrschenden Wirtschaftsordnung zu tun, sondern lediglich um die Verbesserung seiner Lebensbedingungen. Die Kürzung der Arbeitszeit, die Höhe der Löhne, die Sicherung seiner Existenz bei Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter war es, was er erhoffte, mochte dabei die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit dem bürgerlichen Staat ruhig weiter bestehen. Es ist somit ganz klar, dass die Proletariermasse von Revolutionismus und Radikalismus vollkommen frei war.

Der Revolutionarismus entstand in einer Zeit, wo die ökonomische Entwicklung und Selbstbewusstheit der arbeitenden Massen es nicht erlaubte, dass die Arbeiterparteien, oder besser, Sekten, die Zahl von zehn oder hundert überschritt. Dieser utopische Revolutionismus wurde von einem wirklichen, der Zeit angepassten, nicht ersetzt. Es wurden keine neuen Formen der Aktivität herausgearbeitet. Was Wunder, dass der Reformismus durch die ökonomische Entwicklung hervorgerufen und begünstigt so wucherte, dass er schliesslich die Oberhand gewann. Die revolutionäre Taktik, das Arbeiten auf das Ganze wurde abge-

---

[1]) Mehring, Geschichte d. Deutschen Sozialdemokratie, Bd. III, S. 545.

streift. Man verlegte sich auf tagtägliche Kleinarbeit. Durch diese Arbeit wurde aber manch schöner Erfolg für die Ausbesserung des Lebensniveaus der Arbeiterschaft erreicht, und man fühlte sich dabei so gut, dass man das Arbeiten auf das Endziel nur auf die Festtagsreden, bei erhebenden Momenten versparte.

Durch den märchenhaften Aufschwung des Kapitalismus in den letzten 50 Jahren vor dem Weltkrieg, ist die mächtige Entfaltung der Arbeiterbewegung, wie auch der Gewerkschaften und der politischen Partei in Deutschland, zu verzeichnen. Der sogenannte Imperialismus hat aber nicht nur die Entwicklung der Arbeiterbewegung schlechthin ermöglicht, sondern auch die grösste und einschneidenste Wirkung auf die innere Gestaltung derselben ausgeübt. Wie der Kapitalismus in seiner Entwicklung nicht nur quantitativ fortschritt, sondern auch qualitativ, so konnte die Arbeiterbewegung dieser inneren Umgestaltung des Kapitalismus nicht ignorierend gegenüberstehen. Die neueste Entwicklung des Kapitalismus führte zu einer Revision des Ideengehaltes der Arbeiterbewegung. Selbstverständlich hat auch die letztere ihre Wirkung auf die Gestaltung der Lösung der sozialen Frage, seitens der Arbeitsgeber ausgeübt. Man ging auf Kompromisse ein, und die Spitzen wurden abgebrochen. Als Resultat dieser Wechselwirkung entstand die Sozialpolitik, welche auch in Deutschland in grossem Umfange getrieben wurde. Innerhalb der Arbeiterbewegung aber, brachte es diese Entwicklung dazu, dass die Gewerkschaften, welche ihrer ursprünglichen Idee nach letzten Endes eine breite, sozialpolitische Tätigkeit im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verfolgen, über die politische Partei die Oberhand gewannen. Eine peinliche Trennung des Aufgabenkreises von Partei und Gewerkschaft ist nicht gelungen. Schon im vorigen Kapitel ist die Tatenlosigkeit der Partei zur Genüge zutage getreten. Eine nennenswerte parlamentarische, wie aussenparlamentarische, rein politische Aktion, die das Endziel im Auge hatte und nur daraufhin arbeitete, ist nicht zu verzeichnen. Es blieb der sozialdemokratischen Fraktion im deutschen Reichstag nichts anderes übrig, als sich mit den ökonomischen, tagtäglichen Fragen zur Ausbesserung der Arbeitsbedingungen zu befassen, und die Regierung auf eine wirksame, sozialpolitische Tätigkeit zu drängen. Sie funktionierte lediglich als politische Vertretung der Gewerkschaften. Nur als solche ist sie ihrer Tätigkeit nach auch

zu betrachten. Aus diesem Rahmen ging die Sozialdemokratie selten heraus.

Der Revisionismus ist nichts anderes als die Anwendung der Gewerkschaftsideologie auf die politische Partei. In der ökonomischen Theorie von Marx, wonach die eine Gesellschaftsordnung erst ganz ausreifen muss, ehe eine neue sie ablösen kann, und wonach im Rahmen der alten Ordnung die Keime der neuen entstehen müssen, finden die Reformisten, bezw. Gewerkschaftler, ihre mit Recht theoretische Stütze. [1])

Die ökonomische Motivenreihe des Sozialpatriotismus lässt sich folgendermassen gliedern: 1. Das Produzenteninteresse der Arbeiterklasse an der Expansion des einheimischen Kapitals. 2. Sozialpolitik. 3. Die Gewerkschaften.

1. Das Produzenteninteresse.

Durch die ganze Entwicklung des Kapitalismus mit seiner Ausmündung im Imperialismus, ist die Arbeiterklasse gezwungen, sich vorläufig an der bestehenden Wirtschaftsordnung aktiv zu beteiligen. [2]) Sie ist an der Expansion des einheimischen Kapitals mitinteressiert. Es ist ausser allem Zweifel, dass bei erfolgreicher Verwirklichung dieser Ziele auch die Arbeiterklasse ihre Vorteile zieht.

Umsonst gibt sich Otto Bauer in seiner Nationalitätenfrage die grösste Mühe, zu beweisen, dass die Nachteile des Imperialismus seine Vorteile überwiegen. Seine Beweisführung ist vor allem für die gegenwärtige, handelnde Generation nicht einleuchtend genug. So gibt O. Bauer selbst zu, dass durch die Expansionspolitik, Vorteile für die Arbeiterklasse entstehen, indem durch die moderne Zoll- und Kolonialpolitik die Zirkulation des Kapitals sich verändere und diese Veränderungen die Tendenz zur Steigerung der Preise, Profite und Löhne hervorbringen. «Es ist gewiss richtig, dass der Schutzzoll die Zirkulation des Kapitals günstig beeinflusst, aber er verändert auch die Verteilung des produktiven Kapitals. Dies bedeutet einerseits die Verringerung der Ergiebigkeit der Arbeit, Steigen der Warenpreise, Verringerung der Kaufkraft, des Geldlohnes, andrerseits die Verschiebung des

---

[1]) Sombart. Der prolet. Sozialismus, Bd. 1. S. 388.

[2]) Renner, K. Krieg. Marxismus und Internationale. S. 92.

Kapitals in Produktionszweige mit geringeren Arbeitsverfassungen, verringerte Nachfrage nach Arbeitskräften, Erschwerung des gewerkschaftlichen Kampfes. Solange wir bloss die Zirkulation des Kapitals ins Auge fassen, scheint der Schutzzoll ein gemeinsames wirtschaftliches Interesse der gesamten Bevölkerung zu fördern. Betrachten wir dagegen die Verteilung des produktiven Kapitals, so sehen wir sofort, dass für die Arbeiterklasse, wenn sie einen Schutzzoll zu beurteilen hat, ganz andere Gesichtspunkte in Frage kommen als für die Kapitalistenklasse..» [1]) Die Tatsache der Mehrnachfrage von Arbeitskräften und folglich die Steigerung der Löhne, durch den Abfluss des Kapitals in die Produktionssphäre liegt klar auf der Hand. O. Bauer versucht diesen so anschaulichen Vorteil durch den Nachteil, welcher in der Tendenz des Kapitals in die organisch höher stehenden Industriezweige zu fliessen und damit eine Verminderung der Nachfrage der Arbeitskräfte auslösend, zu neutralisieren. Er wendet sich direkt gegen die Konzentration des Kapitals, gegen den technischen Fortschritt. Wie ist dies mit dem ökonomischen Marxismus zu vereinen? Es ist eine wenig einleuchtende Beweisführung, welche auf rückständiger Technik und rückständigen Organisationsformen der Wirtschaft fusst. Die Tatsache, dass, je mehr totes Kapital in die Produktion eingeleitet werde, desto mehr Arbeitsgelegenheit sich auch ergebe, ist so einleuchtend, dass sie die Konstruktion Bauers über die Verteilung des produktiven Kapitals ganz beiseite schiebt. Andrerseits hat sich der Gewerkschaftskampf durch die Konzentration des Kapitals vielleicht erschwert, dafür aber einheitlich gestaltet. Ein Lager steht gegen das andere und der Kampf auf der ganzen Linie wird ermöglicht, dafür aber auch der ganze Erfolg. Erst durch Konzentration und Zusammenschluss der Unternehmer erhielt der gewerkschaftliche Gedanke einen mächtigen Ansporn. Die neuere Kampfmethode der Tarifverträge setzt ja gerade feste Organisation beiderseits, die die Erfüllung des abgeschlossenen Vertrages erst sichert. [2]) Man kann doch nicht die Bedingungen, die den Zusammenschluss der Arbeiter ermöglichen und beschleunigen, aber dadurch auch den ökonomischen Kampf der Arbeiterschaft auf eine andere Grundlage stellen, verleugnen. Es ist zu einseitig, die Vorteile jeder Entwicklung annehmen zu

[1]) O. Bauer. Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. S. 479.
[2]) Vgl. Zwing. K. Geschichte d. deutschen Gewerkschaften. 1922, S. 80.

wollen und die daraus notwendig entstehenden Nachteile, die Bedingungen selbst, zu übergehen. Es muss der ökonomischen Bewegung freien Lauf gegeben und die Nachteile müssen eventuell zu mildern versucht werden. Jeder Vorteil muss mit einem Nachteil erkauft werden. Es ist bemerkenswert, dass dieser Zug sich wie ein roter Faden durch das Lager der Sozialdemokratie zieht. Dasselbe kann im Laufenden in der Stellung der Sozialdemokratie gegenüber der Kolonialpolitik beobachtet werden. Daraus resultiert auch immer der gewaltige Widerspruch in sich selbst und die schwankende Haltung gegenüber der Gewerkschaftspolitik. In seiner weiteren Beweisführung meint Bauer, dass die Expansionspolitik ungeheure, militärische Machtmittel erfordere. Die gewaltigen Summen, die für Militarismus und Marinismus geopfert werden, müssen durch indirekte Steuern aufgetrieben werden und belasten daher die Arbeiterklasse vielmehr als die besitzende Klasse. Die Arbeiterklasse ist es, die die Kosten des Imperialismus zu tragen hat. Es ist aber nicht zu vergessen, dass man inmitten einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung steckt. Gewiss, es sind nur Brocken, die vom imperialistischen Tisch der Arbeiterklasse zufallen, aber lieber sich mit Brocken begnügen, als Hungers zu sterben, als arbeitslos herumzugehen, als aufs Pflaster hinausgeworfen zu werden. Diese genaue Rechnung macht sich der Proletarier immer. Obwohl er weiss, dass ihm der viel kleinere Teil des Mehrwertes zufällt, so sieht er doch nicht ein, dass er vom Imperialismus verhältnismässig grösseren Anteil erhoffen sollte. Er ist froh, wenn ihm Arbeitsgelegenheit gesichert wird, und die Sozialpolitik ist für ihn ein grosser Vorteil. Wenn der Herr etwas hat, fällt sicherlich auch dem Knecht etwas ab. Es ist ethisch aber absolut nicht gegeben, dem Arbeiter eine solche Existenz zu empfehlen, und doch ist damit zu rechnen; denn die Arbeiter sind keine Engel, sondern Menschen von Fleisch und Blut, die genährt und gekleidet sein wollen.

Ganz unhaltbar ist die weitere Beweisführung Bauers, indem er die Tatsache des Kapitalexportes als nachteilig für die Arbeiterklasse hinstellt, da dadurch die Arbeitsgelegenheit vermindert werde. «Es mag sein, dass das Kapital, das ins Ausland abfliesst, im Inland zeitweilig totgelegt geblieben wäre, wenn man ihm dieses Ventil nicht geöffnet hätte. Aber dauernd bleibt kein

Kapital totgelegt. Es hätte sich schliesslich auch im Inland den Weg in die Produktionssphäre gebahnt. Wenn man dies nicht abwartet, sondern dem Kapital die Abwanderung ins Ausland ermöglicht, so geht dieses Kapital dem inländischen Arbeitsmarkt verloren.... Soweit der Imperialismus die Auswanderung des europäischen Kapitals in fremde Erdteile fördert, bedroht er ganz unmittelbar das «Produzenteninteresse» der Arbeiter.» [1])

Vorerst wäre es ganz inhuman, unsozialistisch und egoistisch, wenn das Kapital nicht in andere europäische Erdteile abfliessen dürfte wegen Verminderung der Arbeitsgelegenheit in Europa. Wäre dies angenommenerweise auch der Fall, so würde sich dadurch die Arbeitsgelegenheit in den betreffenden Erdteilen zweifelsohne vergrössern, da dadurch dort viele Arbeiterhände beschäftigt würden. Heisst es aber, dass jene Arbeiterhände den europäischen Arbeiter nicht interessieren, wo ist dann der grosse Solidarismus der Arbeitenden aller Länder? Gerade dies stösst doch den europäischen Arbeiter auf den Boden des Nationalismus. Dabei wird argumentiert, dass die eingeborenen Arbeiter aufs Schändlichste exploitiert würden. Da sollte dort das Uebel geheilt, dort eine Arbeiterbewegung ins Leben gerufen werden. Keinesfalls aber sollte man dem Kapitalexport in egoistischer Weise negativ gegenüberstehen.

Es fragt sich, woher Bauer die Sicherheit nimmt, dass Kapital nicht dauernd tot liegen könne, dass es unbedingt in die Produktionssphäre hineinkommen müsse. Erstens ist es gut denkbar, dass Kapital verhältnismässig sehr lange tot liegen kann. Der Arbeiter kann aber nicht abwarten, bis sich die wirtschaftliche Konjunktur so gestaltet, dass das Kapital wieder in der Produktion verwendet werden wird, und er dadurch Arbeitsgelegenheit bekommt. Zweitens ist es möglich, dass ein grosser Teil des toten Kapitals in der Produktion keine Verwendung findend, sich der Konsumtion zuwenden und daher dauernd der Produktion verloren gehen kann. Die 3. Möglichkeit aber ist seine Abwanderung ins Ausland, seine Zuwendung an ausländische Produktionssphären, d. h. Kapitalexport.

Die Vorteile, die Kolonien ihrem Mutterlande bieten, wenn es sich überhaupt um ein entwickeltes Industrieland handelt, gelten

[1]) O. Bauer. Nationalitätenfrage. S. 481/82.

heute als ausgemacht.[1]) Wie kann behauptet werden, dass Kapitalexport die kapitalistische Expansion, die Arbeitsgelegenheit des Mutterlandes vermindere? In den meisten Fällen ist Kapitalexport identisch mit Warenexport. Wozu werden denn die exportierten Kapitalien verwendet, wenn nicht zum Bau von Eisenbahnen, Kanälen, Plantagen, etc. und dazu liefert ja Europa die Maschinen und das dazu gehörende Material, ebenso die höheren Beamten und oft auch das höhere Arbeitspersonal. Andrerseits wird davon nicht nur die Grossindustrie profitieren, sondern auch die Fertigfabrikate-Industrie, indem einerseits die betr. Kolonien, dem Mutterlande Rohstoffe liefern, andrerseits steigt aber durch die wirtschaftliche Hebung des Landes ihre Konsumfähigkeit. Neue Absatzgebiete eröffnen sich. Heisst es doch, das Kapital sei auf der Suche nach neuen Absatzmärkten, neuen Anlagesphären, von den Handelskolonien abgesehen, die dem Mutterlande sicherlich Vorteile bieten. Was verliert z. B. der englische Arbeiter, wenn das englische Handelskapital sich in China beschäftigt? Er kann dabei nur gewinnen. Als Beispiel soll die englische Kapitalexpansion im Sudan herangezogen werden, um zu untersuchen, inwieweit diese für das englische Proletariat von Vorteil ist. Nach den grandiosen Plänen der sudanesischen Bewässerung sollen jährlich 300.000 Acker Land der Baumwollplantage zugänglich gemacht werden.[2]) Damit wird der englische Baumwollbedarf vollkommen gedeckt werden können. Durch die mächtigen Kanalbauten hat die englische Schwerindustrie Beschäftigung erhalten. Wie vorteilhaft aber ist es auch für die Weber von Lancashire, dass der Rohstoff durch die eigenen Kolonien gedeckt werden kann, und dass man nicht bei andern Staaten, (Amerika) darum ankommen musste. Unbedingt hat dies als Folge die Verbilligung der Preise. Die englische Baumwollindustrie kann konkurrenzfähig auf dem Weltmarkte erscheinen. Der Sudan selbst kommt bei dieser Entwicklung als grosses Absatzgebiet hinzu.

So wird das Gesetz der Attraktion des Kapitals vollkommen verkannt. Das Kapital muss in der kapitalistischen Wirtschafts-

[1]) «Die hohe Lebenshaltung der engl. Arbeiter wäre undenkbar, ohne die Kolonien und die Seemacht Grossbritanniens». G. Schmoller. D. wirtschaftl. Zukunft Deutschlands. Handels- und Machtpolitik. Bd. 1, S. 17.

[2]) Mendelsson-Bartholdi. Wirtschaft und Politik in Afrika. Weltwirtschaftl. Archiv B. 24, S. 25.

ordnung Bewegungsfreiheit haben und fliesst dorthin, wo die Profitraten höher sind, und das bewirkt den Ausgleich derselben. Bauer führt weiter an, dass dadurch die Kapitalistenklasse die Ersetzung des europäischen Arbeiters durch den Arbeiter der minder entwickelten Nationen erstrebt und führt das bekannte, Kurt Einser'sche Wort von der «Generalaussperrung der europäischen Arbeiterschaft» an. Es erübrigt sich, nach dem Gesagten, diese Behauptung weiter zu behandeln.

Durch die Entwicklung der Kolonien werden diese für Europa zu Lieferanten von Kolonialwaren, die Nahrungsmittel in erster Linie geworden sind, wie Thee, Kaffee, Zucker, etc. [1]) Das alles fordert Kapital. Je intensiver die Kolonialländer bearbeitet werden, desto billiger gestalten sich auch die Preise der Kolonialwaren, was für das Proletariat durchaus nicht ungünstig ist. Wenn eingewendet wird, dass die Agrarschutzzölle diese Wirkung ausschalten, so doch nicht auf Produkte, die in Europa nicht produziert werden. Inwieweit auch für die deutsche Volkswirtschaft bei der jetzigen Gestaltung des Kapitalismus Kolonien notwendig sind, bemüht sich eine Schrift, erschienen unter dem Namen «Unsere Kolonialwirtschaft in ihrer Bedeutung für Industrie, Handel und Landwirtschaft» zu beweisen, indem es dort u. a. heisst: «Im Jahre 1909 führte Deutschland an wichtigeren, vorwiegend überseeischen Rohstoffen bereits für rund 2¾ Milliarden Mark ein. Davon kommt nur ein verschwindender Bruchteil aus unsern eigenen Kolonien. Es ist demnach fast der gesamte Bedarf an überseeischen Rohstoffen noch vom Auslande zu beziehen. Da dieser Einfuhrbedarf eine entsprechende Ausfuhr an Fabrikaten bedingt, handelt es sich um einen Gesamtumsatz von mehr als 5 Milliarden M., mit dem heute Deutschland, in Ermanglung einer hinreichenden wirtschaftlichen Entwicklung seiner eigenen Kolonien, noch ganz auf das Ausland angewiesen ist. Diese Verhältnisse bringen unter Umständen die deutsche Industrie in die Zwangslage, teuer einkaufen und billig verkaufen zu müssen, je nachdem die Konjunkturen des Welthandels die Preise der benötigten Rohstoffe hinauftreiben und die Preise für die abzusetzenden Fabrikate herabdrücken. Es ist ohne weiteres einleuchtend, dass solche Verhältnisse die Gestaltung unserer ein-

[1]) Vgl. E. Franke. Weltpolitik und Sozialreform. «Handels- und Machtpolitik». S. 98.

heimischen Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse ausserordentlich beeinflussen können. Daher würde es, sowohl für die Sicherung als Verbesserung unserer Arbeitsverhältnisse, wie für unsere gesamte Volkswirtschaft ein grosser Gewinn sein, wenn es, — angesichts der Verschärfung der internationalen Konkurrenz, der Erstarkung neuer Industriestaaten, der zunehmenden Schwierigkeit, neue Handelsverträge abzuschliessen, der steigenden Bedürfnisse Deutschlands und der günstigeren Lage der Hauptkonkurrenzländer, die bei weniger starkem Bevölkerungszuwachs auf ungleich grösseren Kolonialbesitz, als Absatz- und Rohstoffquelle zurückgreifen können — gelänge, durch Entwicklung der Produktions- und Konsumfähigkeit unserer eigenen Kolonien, die bei einer Einwohnerzahl von rund 15 Millionen an Fläche insgesamt 5mal so gross sind als das ganze deutsche Reichsgebiet, unsere nationale Wirtschaftssphäre zu erweitern und zu festigen.» [1]) Wenn hier vornehmlich die Beweisführung der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der eigenen Kolonien gegeben ist, so steht die Wichtigkeit und Nützlichkeit der Kolonien für Europa ausser allem Zweifel. Der Besitz eigener Kolonien ist selbst für die Arbeiterklasse ein so bestechendes Argument, dem sie sich nicht so leicht entziehen kann. Und wenn die Argumentation des reformistischen Flügels, bei seiner positiven Stellung der Kolonialpolitik gegenüber hauptsächlich die Vorteile, die für die Kolonien selbst entstehen in Vordergrund schiebt, so ist es klar, dass es vor allem das Produzenteninteresse der einheimischen Wirtschaft ist, was ihn zu einer Bejahung der Kolonialpolitik bewegt.

Inwieweit die Behauptung, dass durch die imperialistische Expansion die Arbeitsgelegenheit sich vermindere, unbegründet ist, zeigt die Auswanderungsstatistik des deutschen Reiches. Die Reichsstatistik berechnet den Abwanderungsverlust seit 1870 auf 2½ Millionen. Am höchsten stieg der Verlust im Jahre 1881—85, wo er einen Jahresdurchschnitt von 196.000 betrug. Von da an aber, in der Zeit des Aufschwungs der deutschen Wirtschaft, wo die Kapitalexpansion zum ersten Mal grössere Formen annahm, setzte eine völlige Umwälzung der Wanderungsverhältnisse ein.

[1]) Nach Zusammenstellungen d. kaiserl. stat. Amtes, herausg. v. kolonialwirtsch. Komitee, Berlin 1910, zitiert H. d. Staatswiss. Kolonien- und Kolonialpolitik. S. 947—48.

Das letzte Jahrfünft des alten Jahrhunderts bringt statt Auswanderungsverlust einen Einwanderungsgewinn von 19.000 jährlich. [1])

Dies sind alles Tatsachen, die so einleuchtend sind, dass die Arbeiterbewegung sich ihren Wirkungen nicht entziehen konnte, und die sie auf dem Weg des Reformismus immer weiter brachten.

Von zivilisatorischer Seite und von der Idee der Erschliessung des Erdballes aus gesehen, ist es unverständlich, wie man sich zur Kolonialpolitik gänzlich negativ stellen kann. Es geht nicht gut an, dass eine Partei, die auf Marxismus fusst, und die von der revolutionären Macht des Kapitals alles erhofft, ihre Ideologie auf rückständigen Organisationsformen aufbaut. «Die Arbeiterklasse ist revolutionär, oder sie ist garnichts», schrieb K. Marx an Schweizer. [2]) Dieser Satz lässt sich ausgezeichnet ökonomisch interpretieren. Die Arbeiterklasse kann den neuesten Formen der Betätigung des Kapitals nicht absolut negativ gegenüberstehen. [3]) Es ist bezeichnend genug, dass das Proletariat der imperialistischen Länder nie versuchte eine klare, einheitliche Stellung der Kolonialpolitik gegenüber einzunehmen. Was geschähe mit England, wenn es eines Tages seiner Kolonien verlustig ginge? Was geschähe mit dem englischen Proletariat? Es muss Zoepfl Recht gegeben werden, da er folgendes schreibt: «Es sind hauptsächlich 3 Gründe, die von den positiven Kolonialpolitikern unter den Sozialisten gegen die dogmatischen Gegner vorgebracht werden:

1. Es gibt Nationen, die einer Vormundschaft bedürfen, die man nicht frei herumlaufen lassen darf.

2. Die Kolonien müssen jedenfalls durch das Stadium des Kapitalismus hindurchgehen, sollen sie zum Sozialismus gelangen können.

3. Die Aufgebung der Kolonien würde diese kulturell herabsinken lassen. Dazu kommen aber noch andere Argumente. Das praktisch Wichtigste, nämlich das Produzenteninteresse der Arbeiter, das z. B. in der Baumwollfrage so eklatant hervortrat, und die Arbeiter in England dazu veranlasste, beträchtliche Beiträge

[1]) Vgl. Naumann F. Neudeutschlands Wirtschaftspolitik. S. 20.

[2]) Lenz, Staat und Marxismus. 1921, S. 35.

[3]) Vgl. E. Bernstein. Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus S. 234.

an die kapitalistische Cotton Crowing Association zu zahlen, dürfte den dogmatischen Gegnern der Kolonialpolitik unter den Sozialisten noch am meisten zu schaffen geben. Vorläufig setzen sie sich noch darüber hinweg, indem sie sagen, die hohen sozialpolitischen Ziele des Sozialismus dürften nicht durch so nüchterne, egoistische Erwägungen, wie Versorgung der Fabriken mit Rohstoffen, irgendwie beeinflusst werden. [1])

Zum Schluss führt Bauer aus, dass «die Arbeiterklasse dem Imperialismus überall nüchtern gegenüberstehe. Sie möchte in jedem einzelnen Falle berechnen, ob die günstigen Wirkungen des Imperialismus ihr auch wirklich die Opfer lohnen. Ihre Besonnenheit wird zu Misstrauen, da sie sieht, dass es im einzelnen Falle schwer ist, im Voraus zu berechnen, welche Kraft die einzelnen, durch Erschliessung neuer Absatzmärkte und Anlagesphären ausgelösten Wirkungsreihen haben werden.» [2])

Es trifft schon zu, dass manche imperialistischen Auswirkungen, z. B. die politischen, in der Stärkung des Militarismus und Marinismus, und die Möglichkeit eines Weltkrieges, auf die Interessen der Arbeiterschaft nachteilig wirken. Am schwersten lastet ein Krieg auf den Schultern der Arbeiterschaft. Die Intransingenz, welche die Verwirklichung des Endzieles vor Augen hat und die Wahrung der ökonomischen Interessen der Arbeiter an zweite, untergeordnete Stelle schiebt, stellt daher die vollkommene Verneinung des Imperialismus dar. Da sie konsequent ist, versucht sie auch die alltäglichen, ökonomischen Vorteile des Imperialismus für die Arbeiterklasse zu vertuschen.

Der Reformismus aber, die ökonomischen Vorteile erkennend, und dieselben der Arbeiterklasse empfehlend, sucht sich den politischen Nachteilen zu entwinden, ist aber nicht konsequent genug. Einmal auf dem Boden der realen Tatsachen fussend, müssen auch die Konsequenzen gezogen werden. Er stellt sich auf den Standpunkt, dass der ökonomische Kampf der Arbeiterklasse das Primäre sei und das versprochene Endziel in die Ferne gerückt werden müsse. Wer aber A sagt, muss auch B sagen. Der Weltkrieg, welcher vornehmlich als Ausfluss der imperia-

---

[1]) Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 3. Aufl., V. B., S. 959.

[2]) O. Bauer. Die Nationalitätenfrage. S. 487—88.

listischen Politik zu betrachten ist,[1]) musste von dem reformistischen Flügel bejaht werden. Der langjährige äussere Widerspruch musste endlich fallen.[2])

Wenn bis jetzt versucht wurde, die direkten Vorteile zu schildern, die die Arbeiterschaft vom Imperialismus zog, indem ihr dadurch Arbeitsgelegenheit höhere Löhne, etc. verschafft wurden, so ist andrerseits der Beweis zu führen, dass durch den Imperialismus, d. h. durch die weitere Entwicklung und Ausdehnung des einheimischen Kapitals auch die Arbeitsbedingungen des Proletariats verbessert werden. Die Sozialpolitik in all ihren Schattierungen, die in Deutschland in grossem Umfange getrieben wurde, ist eines der Hauptmotive, die die deutsche Arbeiterbewegung vom Weg der Intransingenz auf den Weg des Opportunismus drängte. Die Sozialpolitik wurde einerseits seitens der Gewerkschaften selbst besorgt. Sie wurde andrerseits auf Drängen derselben, wie der politischen Partei, wie auch der verschiedenen sozialpolitischen Gesellschaften bürgerlicher Observanz, welche eine kräftige Arbeitergesetzgebung als Ziel hatten, seitens des Staates durchgeführt.

Es ist zu untersuchen, inwieweit der Staat sozial durchgesetzt wurde und wie dadurch die rein negative Stellung der Arbeiterorganisationen sich zu demselben in eine positive verwandelte. Dann sollen die Vorteile dargestellt werden, welche die Arbeiterschaft durch ihre Gewerkschaft erobert hat.

---

[1]) Vgl. Trotzky. Der Krieg und die Internationale. 1915.

[2]) Vgl. Lenz F. Ist Deutschlands Krieg ein Wirtschaftskrieg? Vgl. Stresemann. «Englands Wirtschaftskrieg gegen Deutschland». 1915.

IV. ABSCHNITT.

Sozialpolitik.

I. Die Durchstaatlichung der Wirtschaft.

Mit dem Fortschreiten und der neuen Organisation der Wirtschaft änderten sich die Rolle und die Aufgaben des Staates. Es wird von einer Durchstaatlichung der Wirtschaft gesprochen. So schreibt Renner, einer, der die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Kriege verteidigt und eine theoretische Grundlage für den Reformismus, bezw. Sozialpatriotismus schaffen will, folgendermassen: «Der Staat, seine Gesetzgebung und Verwaltung, ursprünglich im Alleinbesitz der herrschenden Klassen, dienen zu einem stets wachsenden Bruchteil den arbeitenden Klassen, und je reicher der Staat ist, umso mehr überwiegt die sogenannte soziale Verwaltung über die rein bürgerliche Verwaltung. So wird der Staat zu einem Hebel der Emanzipation der arbeitenden Klassen. Er wird dies seinen herrschenden Klassen zum Trotz. Damit reift im Schosse des Gegenwartsstaates der Zukunftsstaat.... Der Inhalt und Umfang der sozialen Gesetzgebung und Verwaltung eines Landes ist ein Gradmesser für die Reife und Macht der arbeitenden Klassen in ihm. Staaten mit zurückgebliebenen Demokratien aber vorgeschrittenen sozialpolitischen Einrichtungen sind im Sinne des Sozialismus entwickelter als vollendete Demokratien ohne soziale Gesetzgebung. Das Prima der Oekonomie zwingt diesen Schluss auf.» [1]) In seinem Werke «Marxismus, Krieg und Internationale» versucht Renner dieselben Gedanken ausführlicher zu behandeln. Er meint, dass die Epoche Marxens, d. h. die Epoche der individual-anarchischen Wirtschaft mit ihrer, in der Ideologie entsprechenden liberalen Richtung längst überwunden sei. An Stelle der staatsfreien Wirtschaft sei die Durchstaatlichung der Oekonomie getreten. Erst durch den Krieg aber wurde man sich dieser Entwicklung bewusst. Man muss die Gesellschaft studieren und nicht die Schriften von Marx. Man muss auf die Gewerkschaftskanzleien, in die Kartellbureaux gehen, um zu sehen wie die Klassen der heutigen Gesellschaft sich gliedern, um auf die verschiedenen Probleme Antwort und Aufklärung zu finden. Die

---

[1]) K. Renner. Was ist Klassenkampf? S. 22.

Durchstaatlichung der Wirtschaft sieht Renner darin, dass der Staat im Wesentlichen alle Formen der wirtschaftlichen Organisationen bestimmt. Die Privatwirtschaft hat sich immer mehr vergesellschaftlicht. Es werden in der Industrie Kartelle, Truste gebildet. Auch in der Landwirtschaft werden verschiedene Funktionen des Vertriebes vergesellschaftlicht. Renner sieht darin eine neue Form der Konzentration neben der Besitz- und Betriebskonzentration. Bei den Arbeitern das Aufsteigen der Gewerkschaften und Genossenschaften. Es ist von einer organisierten Privatwirtschaft die Rede. Das Werk kapitalistischer Organisation schliesst sich nach oben durch das Finanzkapital ab. Es entsteht die Aktienbank, die nicht mehr abseits der Industrie und des Handels steht, sondern industrielle und Handelsunternehmungen gründet und kontrolliert. Das alles spielt sich innerhalb eines Staatsgebietes ab, nicht ausserhalb seiner Grenzen. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend spricht Renner von der Deckung des Staats- und Wirtschaftsgebietes. Das Privatkapital geht auf dem Wege vielfacher Organisationen in dem Nationalkapital auf. Die Privatwirtschaft ist Nationalwirtschaft geworden.

Ohne Zweifel hat Renner vollkommen Recht, indem er von Nationalkapital spricht. Die Konzentration des Kapitals hat ungeheure Dimensionen angenommen. Durch die modernen Banken und ihr vielverzweigtes Filialennetz wird jeder abgesparte Groschen aufgesogen und der Wirtschaft zugeführt und mit Recht führt Renner weiter aus, dass durch diese Entwicklung das Verhältnis zwischen Staat und Kapital sich vollkommen änderte. Das nationale Kapital bedient sich der Staatsgewalt. Es ist die Epoche imperialistischen Hochschutzes.

Indem aber Renner die äussere Organisation des Kapitalismus so treffend schildert, verkennt er sein inneres Wesen, da er dem Kapital den privateigentümlichen Charakter absprechen will. Es ist Nationalkapital im Sinne der Organisation, aber nicht in eigentumsrechtlichem Sinne. Nie hat die Nation, sei es durch den Staat, die Verfügung über dieses Nationalkapital erlangt. Dass durch die Aktie das Kapital anonym geworden, dass es auch schon vergesellschaftlicht sei, darf nicht vorgetäuscht werden.[1]) Es ist daher verfrüht, von einer Sozialisierung der Wirtschaft einerseits und von der Verherrlichung des Staates andrerseits zu sprechen.

[1]) Vgl. W. Sombart. Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jh. S. 231.

In diesem Sinne spricht sich auch Otto Bauer aus: «Die wirtschaftlichen Zwecke haben sich nicht geändert seit den Tagen der Cobden und Bright; aber indem die Mittel der kapitalistischen Wirtschaftspolitik sich veränderten, wurden sie aus kosmopolitischen Liberalen nationale Imperialisten.» [1])

Die Tatsache aber, dass der Staat mit dem Fortschreiten des Kapitalismus sozial durchsetzt wurde, ist erwiesen. Die Sozialpolitik ist immer mehr in das Bereich der Gesetzgebung geraten. Was für eine Sozialpolitik getrieben und wie sie gehandhabt wird, hängt ganz von derjenigen gesellschaftlichen Klasse ab, welche auf den Staat den grössten Druck auszuüben vermag, d. h. welche die herrschende Klasse ist. [2]) Es schwebte Renner die Kriegswirtschaft vor, wo alle Kräfte der Nation mitherangezogen wurden, um den Krieg zu einem erfolgreichen Ende zu bringen, wo alle Klasseninteressen scheinbar zurücktraten, um des einen grossen nationalen Zieles willen. Die gewaltige Macht des Staates während des Krieges und die organisierte Kriegswirtschaft brachte Renner zu dem Gedanken, dass der Kern des Sozialismus heute schon in allen wirtschaftlichen Institutionen stecke. [3]) Es ist aber andrerseits die Rolle des Staates in der sozialen Entwicklung nicht zu verkennen. Es wäre absurd von Staatsnihilismus zu sprechen. Weit entfernt ist die deutsche Sozialdemokratie von der Verneinung des Staates gewesen und geblieben. Kautsky, Bebel, Bernstein, alle waren sich darin einig, dass die Zukunftsgesellschaft wohl einen Staat nicht werde entbehren können. Kautsky in seinem Commentar zum Erfurter Programm bespricht eingehend den zukünftigen Freiheitsstaat. Nur im Rahmen des Staates ist diese grosse, einheitliche Zusammenfassung der Produktion möglich. Ohne Arbeitszwang ist die jetzige Produktion nicht gut denkbar. In seinem Werke «Soziale Revolution» charakterisiert Kautsky den Kommunismus folgendermassen: «Kommunismus in der materiellen, Anarchismus in der geistigen Produktion.» [4]) Der Staat bleibt also unentbehrlich. Denselben Gedankengang vertritt Bebel, indem er in «Unsere Ziele» von einem «Volksstaat» spricht.

[1]) O. Bauer. Die Nationalitätenfrage und Sozialdemokratie. S. 474.

[2]) Die Sozialpolitik in Deutschland nach der Revolution bestätigt obige Behauptung.

[3]) Renner K. Marxismus, Krieg und Internationale. S. 30.

[4]) K. Kautsky. Soziale Revolution. 2. Aufl., 1907, S. 109.

Kelsen beweist: «Die aus der historischen Entwicklung, insbesondere der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und aus der Eigenart des deutschen Volkstums erklärliche, trotz aller individualistischen Neigungen dennoch auch in der Gefühls- und Vorstellungswelt des deutschen Arbeiters festgewurzelte Wertung der Staatsidee, die letzten Endes den Gegensatz zu dem mehr slavischen und romanischen Anarchismus verursachte.» [1]) Der Reformismus bejaht aber den jetzigen Staat, indem dieser mehr und mehr mit einem sozialen Inhalt durchsetzt wird. [2]) Die ganze kapitalistische Entwicklung bedingte diese Erscheinung. «Aus dem bürgerlichen «Nachtwächterstaat» wird der soziale Staat entstehen. Unter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst bekommt der Staat mehr und mehr soziale Aufgaben zu lösen. Der Arbeiter fordert den Staat auf, seine Arbeit und seine Fürsorge zu schützen und zu regeln. Darum muss der Staat stark und reich sein [3]) ».

Die kräftige, soziale Gesetzgebung beweist, dass Renner Recht zu geben ist, in Hinsicht sozialer Durchsetzung des Staates, dass derselbe nicht mehr ganz abseits stehe und der Unternehmer, voller und einziger Herr in der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungn sei. Der Staat sorge dafür, dass die Unternehmerschaft einen grossen Teil der sozialen Lasten auf sich nehme. Zweifelsohne führte diese Entwicklung des Staates, da der deutsche Geist schon ohnehin dem Staatsnihilismus ferne stand, zu seiner vollkommenen Bejahung und zu der weiteren Konsequenz der Solidaritätserklärung am 4. August 1914. So konnte der Präsident des Reichsversicherungsamtes folgendes konstatieren: «Im Kriege brachten wir auch hier die Ernte mit vollen Händen ein. Er offenbarte die durch langjährige aufbauende Tätigkeit in der Sozialreform vorbereitete Wandlung in der Arbeiterseeele, die in den unvergesslichen Augusttagen von 1914 für viele überraschend mit dem Fühlen der ganzen Nation wunderbar zusammenklang. Auch der vierte Stand fühlte, dass er in diesen Stunden der Gefahr mehr als seine Ketten zu verlieren hatte, dass alles, auch die Segnungen einer bisher unübertroffenen sozialen Fürsorge, auf dem Spiele stand, und dass sein Schicksal mit dem des ganzen Volkes untrenn-

[1]) H. Kelsen. Sozialismus und Staat. 2. Aufl., 1923, S. 114.

[2]) Vgl. K. Pribram «Deutscher Nationalismus und deutscher Sozialism.» Arch. f. Sozialwissenschaft und Sozialpol., B. 49, S. 298—99.

[3]) Renner K. A. a. O. S. 29.

bar verbunden war. Vergeblich horchten unsere Feinde auf den dröhnenden Schritt vaterlandsloser deutscher Arbeiterbataillone. Das Vaterland stand auf wie ein Mann. Niemals im Laufe seiner langen und schicksalsreichen Geschichte ein so einiges Volk von Brüdern. Die Bewilligung der Kriegskredite durch die Arbeiterpartei war der schönste Erfolg der deutschen Sozialreform.» [1])

II. Die soziale Gesetzgebung in Deutschland.

Die deutsche soziale Gesetzgebung umfasste bis zum Weltkriege im Wesentlichen zwei grosse Rechtsgebiete: a) die soziale Versicherung und b) den Arbeiterschutz.

a) Sozialversicherung.

Die deutsche Sozialversicherung findet ihre Wurzel in den sozialen Gemeinschaftseinrichtungen der Selbsthilfe der älteren Zeit. Das Neue, das der Staat in die Sozialversicherung brachte, war, dass er den Zwang zum Eintritt in solche Versicherungen einführte.

Durch die fortschreitende Industrialisierung und das Anwachsen des Lohnarbeiterstandes wurde das Bedürfnis nach einer staatlich geordneten Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung immer allgemeiner. Doch waren es mehr politische als soziale Motive [2]), die Bismarck veranlassten, das Krankenversicherungsgesetz (15. VI. 1883), das Unfallversicherungsgesetz (6. VII. 1884), und das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz (12. VI. 1889) im Reichstag durchzubringen. Am 19. VII. 1911 trat das Hinterbliebenenversicherungsgesetz und am 1. I. 1913 die besondere Versicherung der Angestellten in Kraft.

Die Versicherungsmittel werden durch Beiträge der Arbeiter und Unternehmer, in der Invalidenversicherung auch durch Reichszuschüsse aufgebracht. Im Allgemeinen sind die Beiträge der Arbeiter und Unternehmer gleich, sie stehen nur in der Krankenversicherung, von den knappschaftlichen Krankenkassen abgesehen, im Verhältnis von 2 : 1. Die Unfallast trägt der Unternehmer allein. Die Beiträge der Arbeiter sind Bestandteile des Lohnes und können

---

[1]) P. Kaufmann. Was dankt das kämpfende Deutschland seiner sozialen Fürsorge. 1918, S. 11.

[2]) Vgl. Soziale Versicherung im Handwörterbuch d. Staatswissensch. Aufl. IV, B. 4, S. 624.

daher nicht zugleich auf dem Versicherungskonto des Lohnes gebucht werden.

Gegen Krankheit waren bis zum Kriege alle Arbeiter und diejenigen Angestellten versichert, deren Jahresarbeitsverdienst 2500.— Mark nicht überschritt. Die Zahl der zur Krankenversicherung zwangsversicherten Personen stieg von 4,5 Millionen im Jahre 1885 auf 14 Millionen im Jahre 1903. Mit der Einbeziehung (1911) der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in die Krankenversicherung stieg die Zahl der Zwangsversicherten auf 20 Millionen. [1])

Nach Erfahrung wird in der Industrie jeder zweite Arbeiter einmal im Jahre krank; ein Krankheitsfall dauert im Durchschnitt 20 Tage.

Das Rechnungsergebnis für die Reichsgesetzlichen Krankenkassen wird vom statistischen Reichsamt für das Jahr 1914 zusammengestellt wie folgt: [2])

Jahr	Mitglieder im Jahresdurchschnitt überhaupt	Gesamtbeiträge Mk.	Auf 1 Mitglied kamen Beiträge Mk.
1914	15 609 586	523 884 104.—	33.56
1924	17 471 000	979 678 000.—	56.07

Die Invalidenversicherung.

In der Invalidenversicherung werden 16 bis 17 Millionen Arbeiter gegen Invalidität und für den Todesfall versichert. Sie versorgte 1913

Invalide	1 030 000
Witwen	12 000
Waisen	40 000

Vor dem Krieg 1913 wurden als Wochenbeitrag erhoben:

Lohnklasse	Wochenlohn Mk.	Wochenbeitrag Pfg.	Von 1000 Beitragsmarken entfielen:
1	bis 10	20	74
2	von 10—15	40	194
3	„ 15—20	60	244
4	„ 20—25	80	170
5	„ 20 u. m.	100	318

[1]) A. a. O. S. 625.

[2]) Sämtliche Zahlen über d. finanz. Aufwendungen d. öffentl. Versicherungsorgane sind einer Denkschrift «Die soziale Versicherung 1924/25», welche mir v. Reichsarbeitsministerium in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt wurde, entnommen.

Im Jahre 1913 hatte die Invalidenversicherung bei 814 Millionen Beitragswochen die Einnahme von 290 Millionen Mark. Für dasselbe Jahr wurde ein Zinsendienst von 67,5 Millionen erzielt. Der Reichszuschuss belief sich auf 59 Millionen Mark.

Die Unfallversicherung.

Die Unfallversicherung entschädigt die Folgen von Betriebsunfällen bei Arbeitern und Angestellten in bestimmten gewerblichen, in allen landwirtschaftlichen Betrieben. Sie umfasst 780 000 gewerbliche Betriebe mit 9,4 Millionen Versicherten und 4,5 Millionen landwirtschaftliche Betriebe mit 14 Millionen Versicherten, ausserdem auch Betriebe des Reichs, der Länder, Gemeinden usw. mit etwa 900 000 Versicherten.

Im Gewerbe und in der Industrie erleidet im Jahre jeder 25. Versicherte — im Bergbau jeder 10. — einen Unfall, und jeder 10. Unfall führt zu einer Rente.

Im Jahre 1913 betrugen die Lasten der Unfallversicherung in Millionen Mark:

bei	für				
	Renten	sonstige Entschädigungen	Verwaltungskosten	Tilgung der schwebenden Schuld Rücklagen	Zusammen
den gewerblichen Berufsgenossenschaften einschl. Zweiganstalten	111.8	16.4	25.0	16.7	169.9
den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften .	30.7	3.2	7.1	2.2	43.2
den Ausführungsbehörden	13.4	1.0	0.4	0.1	14.9
Insgesamt . . .	155.9	20.6	32.5	19.0	228.0

Der Sozialetat von 1913 ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Versicherungszweig	Millionen Mark
Invalidenversicherung	416.5
Angestellten-Versicherung	138.—
Unfall-Versicherung	228.—
Knappschaftliche Pensionsversicherung der Arbeiter	58.—
Krankenversicherung (1914) [1]	590.—
Insgesamt . . .	1430.5

[1]) Zu den reichsgesetzlichen Krankenkassen kommen noch die knappschaftlichen Ersatzkassen hinzu, die zusammen 65 Millionen aufbrachten, daher hier die grössere Zahl im Vergleich jener auf Seite 70.

Die Auffassung, der Versicherungsaufwand sei eine «Last» wird dem Ursprung, Grund und Zweck der Sozialversicherung nicht gerecht. Die soziale Versicherung ist rechtlich öffentlicher Sparzwang zur Erhaltung von Gesundheits- und Arbeitskraft der versicherten Bevölkerung, und zugleich Risikoausgleich im Falle von Krankheit und Unfall, von Berufsunfähigkeit und Invalidität, von Mutterschaft und Tod. Sie setzt eine lebensfähige Wirtschaft voraus, ist aber zugleich Voraussetzung für wirtschaftlichen Fortschritt.

b) Arbeiterschutz.

Arbeiterschutz im weiteren Sinne umfasst «alle diejenigen gesetzlichen Normen, die dem Belieben der vertragsschliessenden Parteien bei der Ordnung des modernen Arbeitsverhältnisses Schranken setzen». [1]) Der Stand der Arbeiterschutzgesetzgebung im Vorkriegsdeutschland war verhältnismässig hoch.

Die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund von 1869 fasste die in damaligen preussischen Gesetzen und Verordnungen enthaltenen Grundsätze über den Arbeiterschutz zusammen. Als Fortschritt ist aus derselben nur die Bestimmung hervorzuheben, dass jeder Gewerbeunternehmer verbunden ist, auf seine Kosten alle diejenigen Einrichtungen herzustellen und zu unterhalten, welche zur Sicherung der Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit notwendig sind. [2])

Nach Errichtung des deutschen Reiches wurde sodann diese Gewerbeordnung stufenweise bis zum Jahr 1889 in das übrige Deutschland eingeführt. Die neue Gewerbeordnung brachte keineswegs allgemeine Befriedigung. Während von industrieller Seite über die aufgelegte Fessel geklagt wurde, forderte man von anderer Seite immer kräftiger die weitere Ausdehnung des Arbeiterschutzes. [3])

So entstand die Novelle von 1878, welche gegenüber dem früheren Rechtszustande erhebliche Verbesserungen im Interesse der schutzbedürftigen Arbeiter gebracht hatte. Eine strengere Regelung jugendlicher Arbeiter wurde geschaffen. Das Verbot

---

[1]) Vgl. Hyde. Abriss der Sozialpolitik. 2. Aufl., 1922, S. 76.

[2]) Vgl. Bauer St. Arbeiterschutzgesetzgebung. Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 4. Aufl., B. 1, S. 434.

[3]) Vgl. Bauer St. A. a. O. S. 436—37.

des Trucksystems wurde verallgemeinert. Das Institut der Fabrikinspektoren als obligatorisch erklärt, und die Fabrikgesetzgebung auf alle mit Dampfkraft arbeitenden Betriebe ausgedehnt.

Diese Reform konnte aber nicht als genügend betrachtet werden, da sie sich fast ausschliesslich auf die jugendlichen Arbeiter bezog. Indessen blieb die Arbeiterinnen- wie die Sonntagsruhefrage ungeregelt.

Erst durch das Erscheinen der beiden berühmten kaiserlichen Erlasse an den Reichskanzler und an den preussischen Handelsminister im Jahre 1890 wurde die weitere Ausgestaltung des Arbeiterschutzes ermöglicht. Eine internationale Arbeiterschutzkonferenz wurde unter dem Vorsitze des preussischen Handelsministers von Berlepsch abgehalten. Eine Anzahl von Gesichtspunkten für den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, ohne bindende Verpflichtung der beteiligten Staaten, wurde aufgestellt. Auf Grund dieser Vorarbeiten ging dem Reichstage noch im Verlauf desselben Jahres eine neue Vorlage betr. Abänderung der Gewerbeordnung zu. Die Erledigung des Arbeiterschutzgesetzes durch den Reichstag nahm längere Zeit in Anspruch. Erst am 1. Juni 1891 wurde der abgeänderte Entwurf vom Kaiser vollzogen, und am 1. April 1892 traten die meisten seiner Bestimmungen in Kraft. [1])

Diese Novelle brachte folgende, wichtige Fortschritte des Arbeiterschutzes: Die 24stündige Sonntagsruhe in der Industrie und die höchstens 5stündige Beschäftigung am Sonntag im Handel; eine Verschärfung des Trucksystems und sonstige Lohnschutzbestimmungen; allgemeine Vorschriften über die gesundheitlichen Anforderungen, die an jeden Betrieb zu stellen sind. Auch auf dem Gebiete des Arbeiterinnen- und Jugendlichenschutzes enthielt die Novelle neue Vorschritten, die wesentliche Neuerungen darstellten. Für weibliche erwachsene Arbeiter wurde der 11 Stundentag, für jugendliche Arbeiter der 10 Stundentag und das Nachtarbeitverbot, für Kinder bis zu 15, bezw. 14 Jahren, ein volles Beschäftigungsverbot eingeführt.

Schon vor dem Inkrafttreten der Gewerbeordnungs-Novelle wurde 1890 ein Gesetz über die Gewerbegerichte durchgeführt. Diese Gerichte sind bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und

[1]) Vgl. Bauer St. A. a. O. S. 438.

Arbeitnehmer über die Bedingungen des Arbeitsverhältnisses als Einigungsämter anzurufen.

Im Verlauf der nächsten Jahre bis zum Ausbruch des Weltkrieges wurde die Arbeiterschutzgesetzgebung durch die Staatssekretäre Posadowsky, Delbrück, weiter und tiefer ausgebaut. Ueber den Rahmen der Novelle von 1891 ging man aber nicht wesentlich hinaus.

In den letzten Jahren vor 1914 machte sich sogar eine ausgesprochene sozialreformerische Reaktion bemerkbar. [1]) Die Häufung sozialpolitischer Gesetze in den letzten Jahren brachte ein Gefühl der Beunruhigung betr. der Lasten, die sich daraus ergaben. Auch die Reichsregierung stand neuen sozialen Reformen absolut unfreundlich gegenüber. Die Arbeiterschaft dagegen von den bürgerlichen sozialreformerischen Vereinen kräftig unterstützt, drängte auf die weitere Ausgestaltung der Sozialpolitik. Am 10. Mai 1914 wurde eine Kundgebung für die Fortführung der Sozialpolitik, welche grosses Aufsehen erregte, veranstaltet. Die Spannung zwischen Regierung und Arbeiterschaft blieb aber bestehen bis der Weltkrieg den Burgfrieden brachte.

Der Stand der Sozialpolitik in Deutschland liess noch vieles zu wünschen übrig. Noch war die Existenzmöglichkeit des besitzlosen Arbeiters nicht genügend gesichert und geschützt. Sie war aber bedeutend genug, um ihre Wirkung auf die Stellung der Arbeiterschaft zum Staate nicht zu verfehlen. Die Sozialpolitik ihrem Wesen nach ist doch nichts anderes als das Bestreben, die Klassengegensätze zu mildern und die Beziehungen der Klassen zueinander im Interesse des Staates versöhnender zu gestalten. Diese Aufgabe wurde auch teilweise erfolgreich gelöst. Durch umfassende soziale Versicherung und Arbeiterschutz wurde ein Teil der Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaftsordnung eingeordnet. Die Entwicklung der Gewerkschaften und ihrer Ideologie, wie das Ueberhandnehmen derselben über die politische Partei in Deutschland, bringt diese Erscheinung deutlich zum Ausdruck.

[1]) Vgl. L. Bernard. Die unerwünschte Folge der deutschen Sozialpolitik.

V. ABSCHNITT.

Die Gewerkschaften.

Schon in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts war die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands so weit vorgeschritten, dass die Gründung von Gewerkschaften ermöglicht wurde. Aber die politisch-rechtliche Konstellation Deutschlands verhinderte die kräftige Entwicklung derselben. Erst durch Aufhebung der Koalitionsverbote in Sachsen 1861, in Preussen 1867 und in den meisten übrigen Bundesstaaten 1868, kann von einer ernsten, gewerkschaftlichen Bewegung gesprochen werden. So wurde auf dem 5. Vereinstag der «Arbeiterbildungsvereine» 1867, welcher sich zu der Internationalen Arbeiter-Association bekannte, eine Resolution angenommen, wonach die Gründung von Gewerkvereinen dringend empfohlen wurde. Und wirklich setzten die Gründungen bald ein.

Im Jahre 1869 wurde die Internationale Manufaktur-Gewerksgenossenschaft, wie auch die Gewerksgenossenschaft der sächsischen Berg- und Hüttenarbeiter ins Leben gerufen. In dieser Zeit entstand der in jeder Hinsicht für die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften mustergültige Allgemeine Deutsche Buchdruckerverband.

Lassalle, der mehr als ein anderer zur Aufrüttelung der Arbeiter aus politischer Gleichgültigkeit geleistet hat, hat aber den Wert und die Bedeutung der Gewerkschaften für den Aufstieg der Arbeiterklasse nicht erkannt. Er bestritt, dass durch gewerkschaftliche Selbsthilfe die soziale Lage der Arbeiterklasse gebessert werden könnte. Alles war bei ihm vom Staatsgedanken erfüllt, und nur durch den Staat könne die soziale Frage gelöst werden. Nachdem aber die Bebel-Liebknecht'sche sozialistische Richtung die Gewerkschaften propagierte, mussten auch die Lassalleaner dem Drange der Zeit nach wirtschaftlichen Organisationen nachgeben. Es wurden die sogenannten «Arbeiterschaften» gegründet, welche im «Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsverband» ihre zentrale Leitung fanden. Auf dem Gewerkschaftskongress, 1870, waren 89 Delegierte, die 20.674 Mitglieder vertraten, erschienen. Da aber die Arbeiterschaften von den Lassalleanern absolut nicht als Selbstzweck gedacht waren, sondern ganz unter der Wirkung der Letzteren bleiben sollten, ging es mit den Arbeiterschaften

bergab. 1874 löste Hasenclever die Arbeiterschaften auf. Es war aber nur ein formaler Akt, da es schon nichts mehr aufzulösen gab.

In diesen Jahren machte sich um die Gründung und Popularisierung der Gewerkschaften der Tischler York bekannt. Als erste Bedingung des Gedeihens verlangte er ihre unbedingte politische Neutralität. Er bevorzugte die Zentralisation als Organisationsform und eine berufliche Gliederung der Gewerkschaften. 1875 starb er jedoch und kam nicht dazu, seine durchaus auf realen Tatsachen fussenden Gedanken im Leben zu verwirklichen.

Im Anschluss an den Einigungskongress in Gotha 1875 wurde auch eine Gewerkschaftskonferenz abgehalten. Es wurde beschlossen, die Lokalvereine in Zentralverbänden zusammenzuschliessen. Die gewerkschaftliche Neutralität wurde anerkannt. Man setzte einen fünfgliedrigen Ausschuss ein, um einen Gewerkschaftskongress einzuberufen. Der Kongress kam aber, dank des Sozialistengesetzes, das unterdessen in Kraft getreten, nicht mehr zustande.[1]) Charakteristisch ist die Resolution, die von dem Lasalleaner Tölke eingebracht und angenommen wurde, nach welcher die Gewerkschaften in ihrer Bedeutung vollkommen unterschätzt wurden. Sie lautete folgendermassen: «Obgleich die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter nicht vermögend sind, die Lage der Arbeiter durchgreifend und auf die Dauer zu verbessern, so sind sie immerhin doch geeignet die materielle Lage derselben zeitweilig zu heben, die Bildung zu fördern und sie zum Bewusstsein ihrer Klassenlage zu bringen.... Es ist Pflicht der Gewerkschaftsorganisationen die Politik fernzuhalten, dagegen sich der sozialistischen Arbeiterpartei anzuschliessen, weil nur diese die politische, wirtschaftliche Stellung der Arbeiter in vollem Masse zu einer menschenwürdigen zu machen vermag.»[2])

Die Gewerkschaft fing an zu erstarken und doch konnte von nennenswerten Erfolgen kaum gesprochen werden. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands war der Entwicklung derselben zu ungünstig.

Zeigte die Prosperitätsperiode einen Aufschwung, wie man ihn früher niemals für möglich erachtet hatte, so brachte die Krise der 1870er Jahre einen Tiefstand des wirtschaftlichen Lebens, den man

[1]) Vgl. K. Zwing. Die Geschichte der freien Gewerkschaften. S. 24.

[2]) A. Braun. Die Gewerkschaften vor dem Kriege. 2. Aufl., 1921, S. 27—28.

ebenfalls nie für denkbar gehalten hatte. Arbeitslosigkeit machte sich breit, die Hoffnungslosigkeit erzeugte. Nicht die Arbeitslosigkeit von Tagen und Wochen, sondern von Monaten, ja, von Jahren. Gewaltig schnellte die Zahl der Auswanderer in die Höhe. Jede Möglichkeit, die Arbeiter in dieser Notlage mit den schwachen Gewerkschaften zu schützen, war dahin. Dazu kamen noch die grossen Verfolgungen seitens der Regierung. Die Epoche Tessendorf begann. Ebenso rücksichtslos wie gegen die politische Arbeiterbewegung ging Tessendorf gegen die Gewerkschaften vor. Auch die Streitigkeiten innerhalb der Arbeiterbewegung selbst konnten auf die Gewerkschaften nicht fördernd wirken. So schrieb Braun über diese Epoche folgendes: «Dass in jener Periode die gewerkschaftlichen Organisationen zu keiner Blüte gelangen konnten, dass sie — aller Vermutung nach, — beweisende Zahlen haben wir nicht — den Krebsgang machen, ist nicht erstaunlich.» [1])

Mit der Verhängung des Sozialistengesetzes wurden sämtliche gewerkschaftlichen Verbände, die eine Mitgliederzahl von 49,055 erreichten, mit Ausnahme von 5 aufgelöst. [2])

Die Gewerkschaftsbewegung war viel zu tief in den ökonomischen Verhältnissen begründet, als dass sie mit Gewalt hätte unterdrückt werden können. Trotz aller Schikanen und Unterdrückungen während des Sozialistengesetzes, machten die Gewerkschaften in den 12 Jahren gute Fortschritte. So wurde 1883—84 eine Reihe Fachvereine, die reinen Unterstützungscharakter, ohne gewerkschaftliche Einrichtungen und Tendenzen (wenigstens der Form nach) ins Leben gerufen. Es wurden sogar Streiks durchgeführt, wie der Berliner Maurerstreik 1885 mit 12.000 Beteiligten und der Ruhrbergarbeiterstreik 1889 mit 100.000 Anteilnehmern. Nach einer Statistik gab es beim Ablauf des Sozialistengesetzes 1890, 58 Zentralverbände mit 3872 Zweigvereinen und 301.000 Mitgliedern. [3])

Erst nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes konnte die Entwicklung der Gewerkschaften mit voller Kraft einsetzen. Die Tendenz der Notwendigkeit einer starken Gewerkschaftsbewegung wurde gefördert, dass auch die Arbeitgeber, die bisher nur Organisationen zur Wahrung ihrer merkantilen Interessen hatten, dazu

---

[1]) A. Braun. Die Gewerkschaften vor dem Kriege. S. 17.
[2]) K. Zwing. Die Geschichte der freien Gewerkschaften. S. 26.
[3]) K. Zwing. Geschichte der Gewerkschaften. S. 37.

übergingen, diese zu Kampforganisationen gegen die Arbeiter auszubauen. Um die Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts setzte ferner die Bewegung zur Gründung reiner Kampforganisationen der Arbeitgeber (Arbeitgeberverbände) ein, die kulturell, religiös und geistig indifferent, von viel grösserer Einheitlichkeit und Schlagfertigkeit waren, als die Arbeitergewerkschaften, die sich in religiöse und geistige Richtungen zersplitterten.

Zum weiteren Aufstieg der Gewerkschaften trug der ebenfalls Mitte der 90er Jahre einsetzende, grosse, industrielle Aufschwung bei, der, nur unterbrochen durch einige Krisenjahre, bis zum Kriegsausbruch 1914 ununterbrochen anhielt.

Das Jahr 1895 bedeutet einen Wendepunkt für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Erst von da an, waren die Folgen der schweren Wirtschaftskrise der 1870er Jahre, die Unterdrückung des Unternehmergeistes, die schweren Schädigungen der Schutzzollpolitik, die Bevorzugung der Agrarier, wenn auch nicht aus der Welt geschafft, so doch als Hemmnisse der industriellen Entwicklung überwunden. Die gewaltige Entfaltung Deutschlands zum Industriestaate und eine nur durch kurze Krisenzeiten unterbrochene Entwicklung der Industrie zu höchsten Formen und zu grössten Menschenkonzentrationen, beginnt im Jahre 1895. Diese Entwicklung trug nicht mehr den Charakter der sprunghaften und schwindelhaften Gründungsperiode wie jene der 1870er Jahre. Es war eine stetige, systematische, von einem kräftigen Bankkapital geförderte, zu immer höheren Zusammenfassungen, zu immer systematischerer Anwendung des technischen Fortschritts geleitete Entwicklung. [1])

Diese gewaltige, industrielle Entwicklung Deutschlands führte zu einer weiteren Proletarisierung bisheriger Mittelstandsschichten, und das gewerkschaftliche Rekrutierungsgebiet vergrösserte sich.

«Dementsprechend sehen wir auch eine grossartige Entwicklung der Gewerkschaften einsetzen. Der Pessimismus innerhalb und ausserhalb derselben wird überwunden. Nach innen, wie nach aussen kräftigen sich die Gewerkschaften. Ihre Selbständigkeit, zur Zeit des Kölner Parteitages 1893, noch in Frage gestellt, ergibt sich aus der inneren Kraft und aus der hohen Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften ganz von selbst. Nicht durch Kongressbeschlüsse, nicht durch Ueberredung, nicht durch Polemik, sondern

[1]) Vgl. A. Braun. Die Gewerkschaften vor dem Kriege. S. 42.

durch ihren tatsächlichen Einfluss auf die Arbeitermassen, durch ihre hohe Bedeutung für das Leben und Wirken der Arbeiter, erwachsen die Gewerkschaften in der nun einsetzenden Periode fast ununterbrochen gesunden Fortschritts zur Gleichberechtigung mit der Partei.» [1])

Die Entwicklung der Zentralverbände von 1891—1914 [2]) zeigt folgende Tabelle.

Jahr	Zentralverbände	Mitgliederzahl Insgesamt	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt davon weibl. Mitglieder
1894	54	246 494	5 251
1895	53	259 175	6 697
1896	51	329 230	15 265
1897	56	412 359	14 644
1898	57	493 742	13 481
1899	55	580 473	19 280
1900	58	680 427	22 844
1901	57	677 510[1])	23 699
1902	60	723 206	28 218
1903	63	887 698	40 666
1904	63	1 052 108	48 604
1905	64	1 344 803	74 411
1906	66	1 689 709	118 908
1907	61	1 865 506	136 929
1908	60	1 831 731[1])	138 443
1909	57	1 832 667[1])	133 888
1910	53	2 017 298	161 512
1911	53	2 339 785	191 332
1912	50	2 553 162	222 809
1913	49	2 573 718	230 347
1914	48	2 075 759[2])	210 314

1) Kleiner Rückgang der Krisenjahre. 2) Rückgang wegen Mobilmachung.

Aber nicht nur in der Steigerung der Mitgliederzahl sondern auch in dem Finanzgebahren zeigt sich der Aufstieg und die Festigung des gewerkschaftlichen Organisationsgedankens.

---

[1]) A. Braun. Die Gewerkschaften vor dem Kriege. S. 43.

[2]) Sämtliche Tabellen sind von K. Zwing «Die Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften» 1922 entnommen.

Die nachfolgende tabellarische Zusammensetzung gibt hierüber Aufschluss.

Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestände der Zentralverbände, von 1894—1914, in Millionen Mark:

Jahr	Einnahmen		Ausgaben		Vermögensbestand der Zentralverbände Mk.
	in Verbänden	Mk.	in Verbänden	Mk.	
1894	41	2.7	44	2.1	1.3
1895	47	3.0	48	2.5	1.6
1896	49	3.6	50	3.3	2.3
1897	51	4.1	52	3.5	3.0
1898	57	5.5	57	4.3	4.4
1899	55	7.7	55	6.4	5.6
1900	58	9.5	58	8.1	7.7
1901	56	9.7	56	9.0	8.8
1902	60	11.1	60	10.0	10.2
1903	63	16.4	63	13.7	13.0
1904	63	20.2	63	17.7	16.1
1905	64	27.8	64	25.0	19.6
1906	66	41.6	66	37.0	25.3
1907	63	51.4	63	43.1	33.2
1908	62	48.5	62	42.1	40.8
1909	59	50.5	60	46.3	43.5
1910	57	64.4	57	58.0	52.6
1911	51	72.1	51	60.0	62.1
1912	52	80.4	52	61.2	80.8
1913	49	82.2	49	75.0	88.1
1914	48	71.0	48	79.7	81.5

Dieses stetige Steigen der finanziellen Aufwendungen der Gewerkschaften legt das beste Zeugnis ab für den Opfermut, aber vor allem für das Steigen der Einnahmequellen der Arbeiter. Im Jahr 1891 zahlte im Durchschnitt ein organisierter Arbeiter 2,68 Mk., im Jahr 1912 aber 31,71 Mk. Das Vermögen der Gewerkschaften stieg auf den Kopf des Mitgliedes berechnet in denselben Jahren von 2,56 Mk. auf 31,93 Mk., und dieses gewerkschaftliche Aufblühen ist lediglich durch den fabelhaften Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens ermöglicht worden. Hiermit ist die allgemeine Entwicklung der Gewerkschaften genügend dargestellt. Die Tätigkeit und die Erfolge derselben werden Aufschluss geben,

inwieweit die Arbeiterschaft mit der Gewerkschaft verwachsen war und wieso es kam, dass die letztere über die politische Partei die Oberhand gewann.

Wenn man die Gewerkschaften lediglich als Gegenwartsbewegung, die letzten Endes eine breite sozialpolitische Tätigkeit im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung anstrebt, auffasst, so ergibt sich der Aufgabekreis derselben von selbst. Darum bemüht sich auch die Gewerkschaft, alles in ihren Wirkungskreis hineinzuziehen, was auf die materielle Besserstellung der Arbeiter hinzielt.

Nicht ohne innere wie äussere Kämpfe kamen die Gewerkschaften zu dieser Auffassung. So schreibt N. Auerbach über die Geschichte der Gewerkschaften von 1891—1895 folgendermassen: «In den Kämpfen um die Organisationsform, die den hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstand der ersten Kongresse bilden, handelt es sich nicht nur um den Aufbau, sondern auch um die Stellung der Gewerkschaft zur Partei. Der Sieg der Zentralisation bedeutet den Sieg der Anhänger einer «unabhängigen» Gewerkschaftsbewegung, während die Lokalverbändler nur streng sozialdemokratische Gewerkschaften erstrebten».[1]) In demselben Sinne schreibt auch P. Umbreit: «Auch in den Gewerkschaften standen sich nach dem Fall des Ausnahmegesetzes zwei Richtungen gegenüber, von denen die eine die Gewerkschaften als Organisationen der praktischen Gegenwartsarbeit zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter betrachtete, während die andere die Möglichkeit und den Erfolg solcher Gegenwartsarbeit leugnete und in den Gewerkschaften lediglich Rekrutenschulen für den notwendigen politischen Kampf und Erziehungseinrichtungen für den Sozialismus erblickte. Die erstere forderte möglichst starke Gewerkschaften, zentralistisch organisiert, mit genügenden Kampfmitteln und Unterstützungskassen..., Die andere Richtung legte den Hauptwert auf die Politik, nicht als Aktion, sondern als Schule und verzichtete lieber auf die zentrale Organisation.... Der eigentliche Unterschied beider bestand aber weniger in der Organisationsform, als vielmehr in der Auffassung des Wesens der Gewerkschaften: Sozialrevolutionäre Propaganda oder

[1]) Auerbach. N. Marx und die Gewerkschaften. 1922, S. 111—112.

wirklicher Kampf um die wirtschaftliche und soziale Hebung des Arbeiters.»[1])

Die Berliner Gewerkschaftskonferenz 1890 entschied sich für die Zentralisation. So war der Kurs für die weitere Tätigkeit der Gewerkschaften gegeben. Auf diese Frage: «Wie stellt sich aber des Weiteren Wesen und Ziel der Gewerkschaften in den damals führenden Köpfen dar», antwortet Auerbach folgendermassen: «Wenn wir uns hier, wie auch im Folgenden, hauptsächlich an die Veröffentlichungen des offiziellen Organs der in Zentralverbänden zusammengeschlossenen Arbeiterschaft, des Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften halten, so ergibt sich ungefähr folgendes Bild: Die, Ende der siebziger Jahre, aufgestellten Aufgaben werden auch weiter anerkannt, nur dass die Eigenschaft, Keimzelle der neuen Gesellschaft, Schule für die Verwaltungstätigkeit und Wirtschaftsführung im sozialistischen Staat zu sein, immer mehr zurücktritt, wenn sie auch bei zusammenfassenden Betrachtungen noch öfters betont wird.»[2]) Das Hauptinteresse konzentriert sich natürlich auf die Gegenwartsarbeit. Den Mittelpunkt der Diskussionen bildete das Unterstützungswesen.

Es ist wichtig, die Lage, in welcher sich die Gewerkschaften damals befanden, nicht zu übersehen. Sie waren zu jener Zeit recht schwach, befanden sich in einer schweren Wirtschaftskrisis einem übermächtigen Unternehmertum gegenüber. Die Folge dieses Missverhältnisses war, dass viele Kämpfe zu Ungunsten der Arbeiter endeten. Den Gewerkschaften gegenüber machte sich eine pessimistische Stimmung breit. Noch waren sie zu schwach, um eigene Politik zu treiben und suchten sich deshalb an die Partei anzulehnen. Perioden gewerkschaftlicher Ohnmacht waren zugleich Perioden verstärkten Drängens nach politischer Aktion. Die Zahl sozialdemokratischer Stimmen schwoll 1893 bedeutend an, und in der Partei machte sich eine Ueberschätzung der politischen Aktion und zugleich eine Geringschätzung der Gewerkschaften geltend, die auf dem Kölner Parteitag zu scharfen Spannungen und Auseinandersetzungen führten.

Die Gewerkschaften wurden nicht müde, von der Partei aktive Unterstützung zu verlangen. Immer wieder betonten sie, dass die Erkenntnis der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen

[1]) Umbreit P. Soziale Arbeiterpolitik und Gewerkschaften. 1916. S. 37.
[2]) Auerbach N. Marx und die Gewerkschaften. 1922, S. 113.

Organisation eine grosszügige Propaganda durch Rede und Schrift von seiten der Partei zur Folge haben müsste. Das weitere Bestreben der Gewerkschaften war, die Partei zu dem Beschluss zu bringen, dass sich alle Sozialdemokraten in ihren Berufsvereinen zu organisieren hätten. Die Gewerkschaften brachten daher auf dem Parteitag zu Berlin 1892 ein Amendement zu der Resolution über Boykotts, Genossenschaften und Schutzmarke, das allen Parteigenossen zur Pflicht machen sollte, dem entsprechenden Zentralverband beizutreten. Dieses Amendement wurde folgendermassen begründet: «Der Parteitag befürchte nicht, dass die gewerkschaftliche Zentralisation dazu führen könnte, der Partei Mittel und Kämpfer zu entziehen; er erkenne vielmehr an, dass auch in diesen Gewerkschaften, die für den Klassenkampf notwendige Erziehung des Proletariats erfolge.» [1]) Das Amendement wurde rundweg abgelehnt.

Auf dem Parteitag zu Köln, 1893 versuchten die Gewerkschaften, diesen Wunsch, als Resolution erneut, durchzusetzen. [2]) Eine grosse Auseinandersetzung über Bedeutung und Aufgaben der Gewerkschaften wurde vorausgeschickt. Ueber die Folgen dieser prinzipiellen Auseinandersetzung äussert sich Auerbach wie folgt: «Hatte die Behandlung des Amendements in Berlin schon grosses Missbehagen bei der Generalkommission ausgelöst, so erhöht die neuerliche Ablehnung der Verpflichtung der Parteimitglieder zum Eintritt in die Gewerkschaften und Ersetzung dieser Resolution durch eine schwache Wiederholung des Hallenser-Beschlusses noch die Misstimmung bei den Betroffenen.» [3]) Kurz vor diesem Parteitag hatte der Internationale Arbeiterkongress in Zürich sich mit Entschiedenheit für die Gewerkschaften ausgesprochen. Er erklärte es als Pflicht der politischen Arbeiterpartei und Arbeiterpresse, die Organisation der Arbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiete mit aller Energie zu fördern. Die Gewerkschaften seien berufen, die Pfeiler der künftigen Gesellschaft zu bilden; es sei deshalb deren Ausbau, neben der Erringung der politischen Macht der Arbeiterklasse, eine Notwendigkeit. Gestützt durch diese Resolution des Internationalen Arbeiterkongresses und geärgert über die vollkommen negierende Behand-

[1]) Parteitagsprotokoll. 1892, S. 222.
[2]) Parteiprotokoll. 1893, S. 181.
[3]) N. Auerbach. Marx und die Gewerkschaften. 1922, S. 118.

lung seitens der Parteipresse [1]) konnten die Gewerkschaften nicht umhin diese Frage nochmals auf dem Parteitag zu Köln aufzuwerfen. Die Kölner Debatten endeten mit Ablehnung des Verlangens einer parteigenössischen Pflicht, einer Gewerkschaft anzugehören. [2]) Genossen auch die Gewerkschaften ihre Unabhängigkeit, so vermochten sie dennoch nicht die Partei offiziell in ihren Dienst zu stellen. Sie sahen sich völlig auf ihre eigene Kraft angewiesen und liessen sich in ihrer Gegenwartsarbeit nicht beirren. Sie führten so mit Erfolg den Kampf für ihre vollkommene Unabhängigkeit weiter. Immer wieder verlangten sie von der Partei die Anerkennung, dass sie selbständige Organe der Arbeiterbewegung, ja sogar Organe des proletarischen Klassenkampfes seien und wehrten sich gegen die Parteigenossen, die meinten, die Gewerkschaften hätten ihre Aufgabe darin, ihre Mitglieder zu Parteiangehörigen zu machen. [3])

Die Gewerkschaften konzentrierten sich darauf, ihre Organisation auszubauen und zu stärken. Das A und O aller Aufsätze, Aufrufe und Reden jener Zeit, war der Ruf, «stärkt die Organisation, füllt die Kassen! Hohe Beiträge — gute gewerkschaftliche Erfolge.» [4]) Sie mussten von unten mit dem Ausbau ihrer Organisation beginnen, die Arbeiterschaft an die Zahlung höherer Beiträge gewöhnen, um die Organisation widerstandsfähiger zu machen, die Anziehung derselben durch Einführung von Unterstützungszweigen als Werbe- und Bindemittel zu stärken. [5]) Trotz warnender Stimmen, die fürchteten, dass durch dieses breitangelegte Unterstützungsprogramm die Gewerkschaften zu blossen Unterstützungsvereinen nach Hirsch-Dunkerschem Muster herabgedrückt würden, verfocht die Generalkommission dies als notwendiges Mittel zur Erreichung des gewerkschaftlichen Zweckes,

[1]) Der «Chemnitzer Beobachter» schrieb von der verfehlten Bemühung, durch Gewerkschaften wesentlich in den Klassenkampf eingreifen zu können. Der «Vorwärts» schrieb: «von dem weichen Kehrichthaufen der Gewerkschaftsduselei». Zit. b. P. Umbreit. Soz. Arbeiterpolitik und Gewerkschaften. 1916, S. 30.

[2]) Die Resolution Arons wird mit 169 gegen 29 Stimmen abgelehnt. Parteitagsprotokoll, 1893, S. 221.

[3]) «C. Bl.», 1892, S. 70, 1893, S. 14.

[4]) N. Auerbach. Marx und die Gewerkschaften. 1916, S. 115.

[5]) Vgl. P. Umbreit. Soziale Arbeiterpolitik und Gewerkschaften. 1916, S. 39.

zur Hebung der Lebenshaltung. «Die Unterstützungen sollen dazu dienen, die Indifferenten in die Organisation zu ziehen; sie sollen verhindern, dass die Arbeitslosen zu schlechteren als den von der Organisation gestellten Arbeitsbedingungen Arbeit nehmen. Sie wollen es der Gewerkschaft ermöglichen, das einmal Errungene zu erhalten und, von diesem ausgehend, weitere Verbesserungen der Lebenshaltung ihrer Mitglieder zu erringen.» [1] Und wirklich, als im Jahr 1895 der Aufschwung der Gewerkschaften begann, bildete das Unterstützungswesen in allen seinen Schattierungen eine ihrer vornehmsten Aufgaben. Durch die Unterstützung, die das organisierte Mitglied genoss, wurde die Bindung desselben an die Gewerkschaft in erheblichem Masse erleichtert. So schreibt K. Zwing:

«Die von den Gewerkschaften gepflegten Unterstützungseinrichtungen haben sich immer mehr als das beste Mittel zur Eindämmung der Mitgliederfluktuationen erwiesen, damit zur Konsolidierung der Gewerkschaften beigetragen und das Vertrauen zur Gewerkschaftsarbeit erheblich gestärkt.» [2] Man muss unterscheiden zwischen Unterstützungen zu Kampfzwecken, wie gemassregelten-Streikunterstützung-Rechtsschutz und den humanitären Unterstützungen, wie Reise-, Arbeitslosen-, Kranken- und Invalidenunterstützungen, Beihilfen in Not- und Sterbefällen. Gingen die Auffassungen über die Kampfunterstützungszweige nur formell auseinander, so wurden bei den humanitären Zweigen von den Gegnern starke, prinzipielle Bedenken geltend gemacht. Es gab jahrelang Kämpfe, bis die Anhänger der Arbeitslosenunterstützung einen Unterstützungszweig, den später alle Verbände einführten, in Prinzip und Praxis durchsetzten. Auf dem 2. Gewerkschaftskongress 1896 kam es über dieser Frage zu grossen Auseinandersetzungen. Die Gegner machten geltend, dass dadurch die «Verminderung des revolutionären Geistes», «die Verflachung des Klassenkampfes» und Preisgabe proletarischer Interessen» erzielt werde. Als Gegenwartsbewegung aber konnten die Gewerkschaften auf die Arbeitslosenunterstützung, die den Kern der humanitären Unterstützungszweige bildet, nicht verzichten. Ist doch das Unterstützungswesen eines der wesentlichsten Momente, warum der Arbeiter sich der Gewerkschaft anschliesst

[1] «C. Bl.», 1894, S. 116.

[2] K. Zwing. A. a. O. S. 59.

und darin verbleibt.[1]) Der Kongress sprach sich daher mit Mehrheit für die Arbeitslosenunterstützung aus. Von den Gewerkschaften zahlten Arbeitslosenunterstützung:

In den Jahren	Verbände	In den Jahren	Verbände
1892	10	1907	37
1898	12	1910	41
1901	16	1913	42
1904	27		

Die Arbeitslosenunterstützung aber war für die Gewerkschaften eine grosse Enttäuschung. Sie erhofften von ihr Stärkung und Sicherung ihrer Mitgliederzahl und nicht zuletzt auch ihrer Ueberschüsse. Das Wachstum des Vermögens sollte sich aus der Steigerung der Mitgliedsbeiträge ergeben, denen nur geringere, als die für die Arbeitslosenunterstützung berechneten Auslagen, gegenüberstehen würden. Auf Grund dieser Rechnung wurde die Gewinnung von Mitteln für eine intensive Anwendung der gewerkschaftlichen Kampfmittel, insbesondere der Streiks, erwartet. Diese Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Arbeitslosenunterstützung haben weit mehr verschlungen, als die aus diesem Anlasse gesteigerten Einnahmen einbrachten. Dieselben haben vielfach die Ausgaben für die Streiks gewaltig überholt. So mussten sich ganz neue Erwägungen der Gewerkschaften über die Arbeitslosenunterstützung ergeben. Eine Steigerung der Einnahmen durch Erhöhung des Mitgliederbeitrages war nicht mehr leicht und kaum ausreichend zu erzielen. Es musste daher erwogen werden, ob diese Ziele nicht durch eine Verminderung der Ausgaben zu erreichen wären. In erster Linie kam da eine Verminderung der Lasten für die Arbeitslosenunterstützung in Betracht. Sie musste auf andere abgewälzt werden und zwar auf die öffentlich rechtlichen Korporationen. Schon auf dem Gewerkschaftskongress 1902 wird die Frage aufgeworfen, man solle doch Staat und Kommune zu Zuschüssen für die Gewerkschaftliche Arbeitslosenunter-

[1]) «Trotzdem darf man wohl behaupten, dass die Einführung d. Arbeitslosenunterstzg. z. Z. ihres Eroberungszuges in d. Gewerkschaften ein Mittel war, die Entwicklg. d. Gewerksch. zu fördern u. über den toten Punkt hinwegzubringen». A. Braun. A. a. O. S. 369.

stützung veranlassen. Im Weiteren wurde auf dem gewerkschaftlichen Kongress die Frage einer staatlichen Arbeitslosenversicherung eingehend behandelt. 1911 wurde auch eine entsprechende Resolution angenommen, worin auf das Ausdrücklichste die Staatshilfe verlangt wird. [1]) Auch auf dem Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in Kopenhagen 1910 wurde eine Resolution, die von den Arbeiterorganisationen zu verwaltende, öffentlich rechtliche Arbeitslosenfürsorge verlangt. Und wirklich fing man auch ausserhalb der Arbeiterreihen an, sich für die Arbeitslosenversicherung zu interessieren. In England ist das Problem der Arbeitslosenversicherung schon damals eine der brennendsten Fragen der praktischen Politik gewesen. [2]) Dies alles ist wiederum ein Beweis, inwieweit die Arbeiterklasse immer mehr an die bestehende Wirtschaftsordnung geknüpft wurde und den Staat wohl oder übel anerkennen musste. Die Zeiten der Negierung des Staates verschwanden. Es ist auch begreiflich, dass der konsequente Revolutionarismus jeden Anruf der Staatshilfe als Milderung des Klassenkampfcharakters der Arbeiterbewegung, verneinte. Die Gewerkschaftsbewegung dagegen betrat den Weg des Opportunismus. Es lag den Gewerkschaften wie andern bürgerlichen Parteien ob, die ökonomischen Interessen des einheimischen Gewerbes und der Industrie zu wahren.

Eine Ergänzung der Arbeitslosenunterstützung bildet die Reise- oder Wanderunterstützung. Die Krankenunterstützung stellt einen Zuschuss zu der staatlichen Krankenkassenunterstützung dar. Der Verband der Buchdrucker kennt ausserdem schon aus den 70er Jahren die Invalidenunterstützung.

Unter den Zweigen der Unterstützung zu Kampfeszwecken bildet die Streikunterstützung den Hauptposten.

Zu erwähnen sind noch die Tätigkeit und die Einrichtungen der Kartelle. So besassen dieselben, 1914, 53 Gewerkschaftshäuser, 130 Arbeitersekretariate und 177 Rechtsauskunfteien, welche eine gewaltige Tätigkeit entfalteten.

Die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen, verdanken ihre Entstehung der Erkenntnis der Vorteile der einst kaum beachteten, teils verspotteten sozialen Versicherung und erachteten es für wertvoll sich diese zu sichern und zu mehren.

---

[1]) K. Zwing. A. a. O. S. 62.

[2]) Vgl. A. Braun. A. a. O. S. 372, 374.

Die Förderung der Bildungsbestrebungen der Arbeiter war ebenfalls Aufgabe der Kartelle und erforderte grosse Opfer an Zeit und Geld. 1910 erreichen die von den Kartellen unterhaltenen Bibliotheken bereits die stattliche Zahl 496.

Auf allen Gebieten, wo es nur die Hebung des materiellen, wie geistigen Niveaus der Arbeiterklassen galt, betätigten sich die Gewerkschaften. Bei den wichtigsten und grössten Lohnkämpfen, bei den Streiks, Aussperrungen, bis zum kleinsten Rechtsschutz sah der Arbeiter die Gewerkschaften praktisch am Werk. Alle seine Sorgen, die grossen, wie auch die kleinen, trug er der Gewerkschaft zu ; und soweit es in deren Macht lag, wurde auch versucht, ihn davon zu entlasten oder dieselben zu mildern. Breit und tief angelegt war daher die Tätigkeit der Gewerkschaft. Sie stieg zum Arbeiter herab, studierte seine Gegenwart, und versuchte vor allen Dingen, ihm das elende Dasein zu verbessern. A. Braun hat das Ziel der Gewerkschaft folgendermassen definiert: «Die Gewerkschaften sind dauernde Verbindungen von Lohnarbeitern des gleichen, Berufes, der gleichen Industrie, vor allem zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, zur Hintanhaltung jeder Verschlechterung derselben». [1]) Dieser ihrer Aufgabe hat sich die Gewerkschaft auch gewidmet, aber nicht darüber hinaus, Sie unterliess nichts, was in irgendwelcher Hinsicht der Arbeiterklasse zugute kommen sollte. Aus dieser Grundeinstellung ist ihre Stellung zum Staate, zu der vom Staate getriebenen Sozialpolitik klar. Sie bejahte die Sozialpolitik vollkommen. Die Förderung des Arbeitsrechts und der Sozialpolitik wurde zu einer ihrer wichtigsten Domänen. Alles, was in den letzten 20 Jahren vor dem Weltkrieg geschaffen wurde, ist wohl auf Drängen und unter rühriger Mithilfe der Gewerkschaften geschehen. Die Forderungen der Gewerkschaften in Bezug auf Arbeitsrecht und Sozialpolitik verdichteten sich auf dem 6. Gewerkschaftskongress in Hamburg schliesslich zu einem sozialen Programm. [2]) Wo nur angängig, nahmen sowohl einzelne Verbände, wie Generalkommissionen auch an Tagungen zur Förderung der Sozialpolitik teil, die von bürgerlicher Seite oder auch von anderen Gewerkschaftseinrichtungen arrangiert waren. Keine Gelegenheit liess man vorübergehen, um den Gang der Sozialpolitik zu beein-

[1]) A. Braun. A. a. O. S. 401.

[2]) Protokoll des 6. Kongress d. Gewerkschaften S. 49.

flussen und zu befruchten. In der vom Münchner-Kongress angenommenen Resolution wird dann die Stellung der Gewerkschaften zur Sozialpolitik folgendermassen präzisiert: «Nicht Stillstand, sondern Fortschritt in der Sozialpolitik soll unser Kampfruf sein».[1])

Die erreichten Resultate waren nicht unbedeutend. Ist doch der «Standard of Life» des Arbeiters in den industriell entwickelten Ländern ein viel höherer als in den rückständigen. Sehr viel hat die Arbeiterschaft von den gewerkschaftlichen Einrichtungen und der von ihr unterstützten Sozialpolitik genossen. Diese praktische Arbeit und deren Resultate standen dem Arbeiter auch immer als etwas Greifbares vor Augen. Dies übte auch die entscheidenste Wirkung aus auf seine Stellung zu den beiden Zweigen der Arbeiterbewegung.

Durch die Tätigkeit der Gewerkschaft aber und ihre Einstellung auf die Gegenwart ist auch ihre Stellung zu der politischen Partei gegeben. Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, dass zwischen den beiden Zweigen nie Friede, sondern ein gewaltiger Antagonismus herrschte. Konsequent gedacht, liegt auch ein Gegensatz in den Arbeitsgebieten der beiden Zweige der Arbeiterbewegung.[2]) Was für die eine Recht war, musste für die andere Unrecht scheinen. Wenn für die Anhänger einer sozialen Revolution der gewaltsame Umsturz der herrschenden Macht, der ökonomische Niedergang der Arbeiterklassen, die Hauptursachen bilden, wenn ihre ganze Taktik auf die Zuspitzung der Verhältnisse, auf die schärfste Herausbildung des Klassengegensatzes hinzielt, so arbeitet die Gewerkschaft als Gegenwartsbewegung dahin, die ökonomische Lage der Arbeitenden zu verbessern, durch das eigene, umfangreiche Unterstützungswesen und durch die Sozialpolitik auf Milderung des Klassengegensatzes,[3]) auf Milderung des Arbeiterelends. Sie nimmt damit eine der Hauptprämissen, die zu einer Massenerhebung, zu einer Revolution führen könnten vorweg. Es wird seitens der Gewerkschaftsführer so oft betont, dass die Gewerkschaften unbedingt auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehen, und dass ihre Politik den Klassenkampfcharakter des Proletariats nicht mildere.[4]) Es ist aber klar,

---

[1]) K. Zwing. A. a. O. S. 54.
[2]) Kautsky. «Leipziger Volkszeitung». (Januar 1903).
[3]) Vgl. Auerbach N. Marx und die Gewerkschaften. 1922, S. 124.
[4]) Vgl. A. Braun. A. a. O. S. 348.

dass das Proletariat den aktiven, agressiven Klassenkampf dadurch verlieren muss und auch verloren hat.[1]) Während der eine Teil nur auf Erreichung des Endzieles hinarbeitet, welches grosse Opfer seitens des Proletariates verlangt[2]), welches man nur auf das Ideelle einzustellen versucht, verlangt der andere keine grossen Opfer ; im Gegenteil, er vertritt die alltäglichen, ökonomischen Interessen des Arbeiters. Dort, wird versucht, mit allen möglichen Mitteln die kapitalistische Wirtschaftsordnung so übel als möglich darzustellen, nichts wird unternommen, den Arbeiter an dieselbe zu binden, ihn daran zu interessieren ; da, der Versuch, alles das zu nehmen, was sich im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bietet. So bilden die beiden Zweige der Arbeiterbewegung absolut keine Parallele, sondern sich kreuzende Linien. Daher können beide, wenn sie vollkommen selbständig und konsequent handeln sollen, nicht gedeihen. Die eine muss darum in die Abhängigkeit und Botmässigkeit der andern fallen, um nur als Handlangerin derselben zu figurieren. Entweder müsste die politische Partei oder dann die Gewerkschaft die Massgebende sein. Zukunfts- und Gegenwartsarbeit, beide als Primäre, sind unmöglich

Unter andern Voraussetzungen sind vor allem die ökonomischen Verhältnisse massgebend für die Herrschaft des einen oder andern Zweiges.

In Zeiten, wo der Staat absolut unsozial eingestellt, der Kapitalismus noch nicht zur vollen Entfaltung gekommen war, wo dementsprechend die klassische, individualistische Schule noch vorherrschend, aber doch soweit vorgeschritten war, dass eine Arbeiterbewegung ins Leben gerufen werden konnte, musste dieselbe ihrem ganzen Charakter nach radikal und revolutionär eingestellt sein. In dieser Epoche gewann die politische Partei über die Gewerkschaft die Oberhand. Noch war für die Gewerkschaft kein Arbeitsfeld gegeben, noch war die Unternehmerklasse individuell eingestellt und vom Staate war nichts zu erwarten. Mit dem Fortschreiten des Kapitalismus, da es sich um die Schaffung des nationalen Machtstaates und um die Konsolidierung der Kräfte im Innern handelte, um nach Aussen desto wirksamer auftreten zu können, wo das Proletariat zu Millionen anschwoll, wurde die

[1]) Vgl. Lütkens. A. a. O. S. 501.

[2]) Vgl. Lütkens. A. a. O. S. 513.

Lösung der sozialen Frage immer dringlicher. [1]) Da sah man auch im andern Lager die Notwendigkeit ein, sich auf Kompromisse einzulassen.

Dank der Bourgeoisie, die durch den Staat ihre wirtschaftlichen Zwecke durchzusetzen hoffte, bekam auch dieser die Möglichkeit, sich sozial zu betätigen.

Da begann die Epoche der Gewerkschaften, und für die politische Partei, welche auf Niederreissung der bestehenden Wirtschaftsordnung hinzielte, welche frei von jedem Kompromiss sein sollte, war kein selbständiger Platz mehr da. Mit dieser Epoche trat die politische Partei immer mehr zurück und die Gewerkschaft suchte an ihre Stelle zu gelangen, bis sie schliesslich ganz die Herrschaft in ihre Hände bekam.

Im Moment, wo die Arbeiterschaft von der bestehenden Wirtschaftsordnung irgendwelche Vorteile zog, welche sich in der Steigerung ihrer Lebensbedingungen äusserten, wurde der Radikalismus geschwächt. Aufopferungsgeist für die in weiter Ferne liegenden Ziele, ist bei der Masse nicht zu erwarten. Das Endziel in seiner ganzen Auswirkung und die dazu notwendigen Opfer, waren für die Arbeiter niemals klar. Sie schlossen sich der Gewerkschaft an, um die momentane Aufbesserung ihrer Lebensbedingungen zu erreichen. [2]) So huldigt die Masse dem Sozialismus auch nur, weil sie hofft, seine Verwirklichung noch erleben zu können.

Die Arbeiterbewegung in England und Amerika zeigt deutlich, wie durch das Aufkommen der Gewerkschaften die politische Bewegung nie zu voller Entfaltung gelangen konnte. Wenn heute England eine « Labor-Partei » besitzt, so ist sie doch im Grunde eine Handlangerin der Gewerkschaften und zeitweise noch reformistischer als die Letztere, [3]) von Amerika ganz abgesehen.

Es ist aber noch interessanter und reizvoller an Hand der Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland, wo die politische Bewegung, dank vieler Umstände zuerst entstand, zu er-

---

[1]) E. Franke. «Weltpolitik und Sozialreform» in «Handels- und Machtpolitik». 1900, S. 131—32.

[2]) «Die Partei sollte in eine Versicherungsgesellschaft umgewandelt werden. Der materielle Kitt ist stärker, als der ideelle». R. Michels. Zur Soziologie des Parteiwesens. 2. Aufl., S. 155.

[3]) Der letzte, englische Kohlengräberstreik kann als Beispiel gelten.

sehen, wie am Ende doch die Gewerkschaft sich zur Herrscherin durchgerungen hatte.

Wenn bis zum Jahre 1895 die Vorherrschaft der politischen Partei festzustellen ist, so fängt seit diesem Jahr, wo eine mächtige Gewerkschaftsbewegung einsetzte, die Prima der politischen Arbeiterbewegung an, zu sinken. Die ganze weitere Entwicklung zeigt oft einen offenen, manchmal einen versteckten Kampf von Partei und Gewerkschaft.

Mit Zentralisierung und straffer Organisierung fangen die Gewerkschaften an, für ihre Selbständigkeit zu kämpfen. Die Schaffung von zentralen Gewerkschaftsorganisationen wurde von der Partei mit grösstem Misstrauen angenommen, weil sie darin, mit Recht, die ersten Versuche zu einer Verselbständigung der Gewerkschaft erblickte. Die Abneigung gegen die Generalkommission ging so weit, dass auf Betreiben der Partei, der auf 1895 angesetzte Gewerkschaftskongress verhindert wurde. [1])

Auf dem Gewerkschaftskongress 1896 setzte eine zweitägige Debatte über die Emanzipation der Gewerkschaften von der Partei ein. Die Befürworter einer selbständigen Gewerkschaftsbewegung, gewannen die Oberhand. Die Buchdrucker liessen durch ihren Delegierten folgendes erklären: «Wir, Gewerkschaften, dürfen keineswegs unter die Botmässigkeit der Partei kommen. Wir sind ein souveränes Volk und brauchen keinen Rat und keine Bevormundung von anderer Seite.» [2])

Mitte der 90er Jahre änderte sich die Stellung der Gewerkschaften innerhalb der Arbeiterbewegung. Entsprechend dem wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands bot sich eine grössere Möglichkeit für erfolgreiche Lohnkämpfe. Das Vertrauen grosser Arbeitermassen in die Wirkung des gewerkschaftlichen Kampfes stärkte sich. Die Ausbreitung der Gewerkschaftsverbände nahm erstaunlich rasch zu. [3]) Die Fundierung der Gewerkschaften ging so weit, dass darauffolgende Krisen denselben wenig anzuhaben vermochten. «Wozu benütze nun dieser starke, gut gebaute Körper seine Kräfte ? Zur Leitung des Verkaufs der Ware Arbeitskraft zum höchstmöglichsten Preise, zur Abwehr der auf Preisdrücke-

[1]) Ueber die Stellung der Partei den Gewerkschaften gegenüber in den Jahren 1890—95 ausführlicher geschildert auf S. 95 ff.

[2]) Zwing, K. a. a. O. S. 87.

[3]) Tabelle über den Mitgliederzuwachs siehe S. 79.

reien bedachten Käufer. Die Mittel dazu sind: Regelung des Arbeitsnachweiswesens, Unterstützung der Arbeitslosen, Einfluss auf die sozialdemokratische Fraktion zwecks Durchsetzung von Arbeiterschutzgesetzen.» [1])

Und wirklich machte sich der Einfluss der erstarkten Gewerkschaften auf allen Gebieten des Wirkungskreises der Sozialdemokratie sehr bald bemerkbar. Am deutlichsten tritt dieses in der Stellung der Sozialdemokratie der staatlichen Sozialpolitik gegenüber hervor. Schon in den 90er Jahren war man sich innerhalb der Gewerkschaftskreise bewusst, über die Rolle, die die staatliche Sozialpolitik in der Verbesserung der Lage der Arbeiter zu spielen hatte. Die Gewerkschaften aber mussten alle Kräfte auf den wirtschaftlichen Kampf konzentrieren. Sie konnten sich daher wenig mit Sozialpolitik befassen. Erst gegen Ende der 90er Jahre, da sie erstarkt waren, begannen sie, sich mit sozialpolitischen Fragen energisch und offen zu beschäftigen. Eine Konferenz der Gewerkschaftsredakteure vom 17. August 1898 forderte vom bevorstehenden Gewerkschaftskongress eine Ausdehnung des Arbeitsgebietes der Generalkommission auf die Materialsammlung und publizistische Bearbeitung aus der Praxis des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, um diese Gesetze nutzbringender zu gestalten und den Versuchen, eine Verschlechterung derselben herbeizuführen, entgegenzutreten. Der Frankfurter Gewerkschaftskongress nahm auch eine dementsprechende Resolution an und beauftragte die Generalkommission mit der Leitung der Arbeitervertreterwahlen für die Arbeiterversicherung. Damit wurde die sozialpolitische Praxis der Gewerkschaften legalisiert. Die Tagesordnung des Kongresses war eine eminent sozialpolitische. Neben einem Protest gegen die Zuchthausvorlage, befasste er sich mit den Fragen der Arbeitsvermittlung und der Gewerbeinspektion. P. Umbreit schildert die Arbeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Sozialpolitik mit folgenden Worten: «Die Generalkommission erweiterte ihr «Correspondenzblatt» zu einem Organ sozialpolitischer Schulung, Information, Kritik und Vorarbeit. Die sozialpolitischen Statistiken, Verwaltungs- und Gewerbeaufsichtsberichte wurden eingehend behandelt, die Spruchpraxis der Straf- und Gewerbegerichte und Arbeiterversicherung beleuchtet, zu den sozialpolitischen Arbeiten des Reichstags und der Landtage Stel-

[1]) N. Auerbach, Marx und die Gewerkschaften 1922, S. 121.

lung genommen, die Arbeitergesetzgebung des Auslandes erläutert und die Gewerkschaften zu eigener Vertretung ihrer sozialpolitischen Berufsinteressen angeregt. Im weiteren Verfolg wurden die Statistiken der Lohnbewegungen und Streiks, der Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate, der Arbeitslosigkeit und der Tarifverträge geschaffen, die Arbeiterschutz-, Arbeiterversicherungs- und Arbeitsmarktstatistik in besserem Masse nutzbar gemacht, die Spruchpraxis aus den Gebieten des Arbeitsrechts in besonderen Zusammenstellungen bearbeitet und die sozialpolitische Literatur durch Hinweise und Besprechungen erschlossen. Im «Correspondenzblatt» schuf sich die Generalkommission das Centralorgan für die praktische Sozialpolitik der Gewerkschaften. Danach wurden die Gewerkschaftskongresse in steigendem Masse in den Dienst der sozialen Arbeiterpolitik gestellt. Der Stuttgarter Kongress (1902) trat bereits entschieden für gesetzliche Arbeitslosenversicherung, Bau- und Heimarbeiterschutz, Koalitionsfreiheit und gegen die Lebensmittelverteuerung ein. In Köln (1905) wurden die Fragen der gesetzlichen Arbeitervertretung und Heimarbeit, in Hamburg (1908) die Sozialgesetzgebung im Allgemeinen, die Stellenvermittlung, die Privatangestelltenversicherung und der Heimarbeiterschutz behandelt. In Berlin (1910) wurde zur Reichsversicherungsordnung, in Dresden (1911) zum Koalitionsrecht, Hausarbeitergesetz, zu Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, sowie Arbeitslosenfürsorge und in München (1914) zur Sozialgesetzgebung, zum Reichsvereinsgesetz, Arbeitswilligenschutz, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenfürsorge und gesetzlichen Regelung der Tarifverträge Stellung genommen. Es gibt kaum irgend eine Frage der Sozialpolitik, die die Gewerkschaften nicht in ihr Arbeitsbereich gezogen hätten. Uebersieht man diese sozialpolitische Wirksamkeit der Gewerkschaften von knapp 1½ Jahrzehnten, so kommt man zu dem Ergebnis, dass sie in der Tat berufen sind, praktische Arbeiterpolitik zu treiben, weil wirtschaftliche und sozialpolitische Aktion nicht zu trennen sind. Es bedurfte erst der sozialpolitischen Gewerkschaftsarbeit, um die Sozialpolitik für die Arbeiterklassen nutzbar zu machen.» [1])

Um ihre Ziele zu erreichen, konnten die Gewerkschaften auf

[1]) P. Umbreit führt das sozialpolitische Wirken der Gewerkschaften auf den einzelnen Spezialgebieten näher aus in «Soziale Arbeiterpolitik und Gewerkschaften 1916, S. 44.

die Mithilfe der sozialdemokratischen Fraktion nicht verzichten. Sie suchten daher die Stellung der Partei zur staatlichen Sozialpolitik, wie zur Gegenwartsarbeit günstig zu beeinflussen.

Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes war die Stimmung innerhalb der Partei der staatlichen Sozialpolitik gegenüber durchaus verneinend. Der Grund ist weniger in der prinzipiell theoretischen Gesamthaltung der Partei zu suchen, die gegen jede sozialreformerische Tätigkeit sich wendet, als in dem Nicht-Glauben an den guten Willen der Regierenden. Hat doch das Erfurter Programm der Gegenwartspolitik und der Sozialpolitik nicht wenig Raum und Bedeutung zugemessen. In folgenden 5 Punkten sind die besonderen Forderungen zum Schutz der Arbeiterklasse formuliert.

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage: a) Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Normalarbeitstages ; Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren : c) Verbot der Nachtarbeit, auser für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen; d) eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter ; e) Verbot des Trucksystems.

2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende, gewerbliche Hygiene.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern ; Beseitigung der Gesindeordnungen.

4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.

5. Uebernahme der gesamten Arbeitsversicherung durch das Reich mit massgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.» [1]) Man ging über die Lehren der Meister hinweg. Die Aufsehen erregenden Reden v. Vollmars, der den neuen sozialpolitischen Kurs der Reichsregierung begrüsste, wurden im Prinzip nicht abgelehnt ; man glaubte, die Zeit sei noch nicht gekommen, da man den Versprechungen der Reichsregierung Glauben schenken konnte. Es sei noch verfrüht, dem «guten Willen» die

[1]) Das Erfurter Programm S. 6.

offene Hand zu strecken. Bebel, der über die Taktik der Partei referierte, musste folgendes zugeben: «Jeder, im praktischen Leben stehende weiss, dass wir mit unsern letzten Zielen nicht die Hunderttausende gewonnen haben.» [1]

In dem zwischen den beiden Extremen entbrannten Streit siegte die Mitte, indem sie sowohl den einseitigen Revolutionarismus als auch den einseitigen Reformismus verwarf und die revolutionär-reformistische Taktik proklamierte. [2]) Sie entsprach damit der Gesamtstimmung der Partei, die sicherlich den Agitationsreden v. Vollmars viel weniger Gefahr beimass als den Brandreden der «Jungen» [3]) Die Stimmung der Partei jedoch war der staatlichen Sozialpolitik gegenüber durchaus nicht eine freundliche.

Auf dem Parteitag zu Berlin 1892 wurden zwei Referate über Staatssozialismus von Liebknecht und von v. Vollmar abgehalten. Trotzdem ein jeder das Wesen des Staatssozialismus anders beurteilte, einigten sie sich doch auf eine gemeinsame Resolution, welche Sozialdemokratie und Staatssozialismus als unversöhnliche Gegensätze bezeichnete; die Sozialdemokratie habe nie verschmäht, staatliche Massregeln zur Verbesserung der Lage der Arbeiter zu fordern oder zu billigen, sie aber stets nur als Abschlagszahlungen betrachtet. [4]) Zu diesen beiden Referaten Stellung nehmend, meint P. Kampfmeyer folgendes: «Diese Ausführungen der hervorragendsten Führer der Sozialdemokratie beweisen zur Genüge, dass die Partei durchaus nicht auf dem Standpunkt einer grundsätzlichen Gegnerschaft zum Staatssozialismus steht, sondern, dass sie die Verstaatlichung unter Umständen als inneres Sprengungsmittel betrachtet . . . Auch auf dem Breslauer Parteitag (1895) trat Liebknecht in scharfen Worten gegen das Gespenst der Stärkung des Klassenstaates, das da umgeht, auf. Auch v. Vollmar in seinem Schriftchen «Ueber Staatssozialismus» lehnt die Verstaatlichung nicht grundsätzlich ab, sondern legt vor, von Fall zu Fall die Entscheidung zu treffen.» [5]) Inwieweit jedoch der Wert der Sozialpolitik verkannt wurde, zeigt die in der Agrar-

[1]) Parteitagsprotokoll 1894, S. 181.
[2]) Ausführliches über diesen Streit s. S. 19/20.
[3]) Umbreit P. Soziale Arbeiterpolitik und Gewerkschaften 1916, S. 26.
[4]) Vgl. a. a. O. S. 28.
[5]) P. Kampfmeyer. Wandlungen in der Theorie und Taktik der Sozialdemokratie 1904, S. 54—56.

debatte von Kautzky abgegebene Erklärung: «Beim Arbeiterschutz erklären wir ausdrücklich, dass es nicht möglich ist, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter durch Eingriff des Staates zu heben, und deshalb haben wir ja auch den Mut gehabt, allen Anträgen auf Einführung des Rechts auf Arbeit und des Minimallohnes zu widerstehen, obgleich wir dadurch agitatorisch viel gewonnen hätten.[1]) Auch Bebel trat 1895 in Breslau scharf gegen die Versicherungsgesetze auf. Anträge auf Arbeitslosenversicherung wurden als undurchführbar, als «verkapptes Recht auf Arbeit» zurückgewiesen (1894). Aber die Reaktion auf diese hoffnungslose Taktik, die nichts von der sozialen Gegenwartsarbeit und alles nur von der Verwirklichung des Endzieles erwartete, blieb nicht aus.

Im letzten Jahrfünft des vorigen Jahrhunderts, als die Gewerkschaften den grossen und entscheidenden Aufschwung erlebten, als sie sich grundsätzlich für die staatliche, soziale Arbeiterpolitik einsetzten, fing es auch innerhalb der Partei an zu gären. Die Gewerkschaften drängten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Partei, ihre Haltung gegenüber der Sozialpolitik zu revidieren. Dr. Quarck, Frankfurt a. M., warf in seinen Gewerkschaftsthesen die Frage eines sozialpolitischen Aktionsprogramms von Neuem auf. Eine andere Aktion forderte Parvus in der «Sächsischen Arbeiterzeitung»; auch er verlangte von der Partei eine direkte Förderung der Gewerkschaften durch eine grosszügige Aktion zur Verwirklichung des Achtstundentags.» Man solle das Endziel nicht zurückstellen, sondern die revolutionäre Energie durch Einsetzung für ein grosses, unmittelbares Ziel erhöhen.»[2]) So kam es, dass der Gothaer Parteitag 1896 sich eingehender mit der Verwirklichung der praktischen Arbeiterpolitik befasste. Noch war die Abneigung gegen die Sozialpolitik als Selbstzweck nicht gering. Bebel und Molkenbuhr vertraten den Standpunkt, es sei gewiss Aufgabe der Partei für Arbeiterschutz zu sorgen, aber man dürfe nicht ein Stück Sozialismus herausgreifen, sondern man müsste die ganze Aufgabe im Auge behalten. Die Führer der Gewerkschaften dagegen wurden nicht müde, immer wieder die Wichtigkeit und Bedeutung des Arbeiterschutzes für die Arbeiterbewegung zu betonen. So stellte Bömelburg fest, dass die Ge-

---

[1]) Parteitagsprotokoll 1895, S. 234.

[2]) P. Umbreit, a. a. O. S. 34.

werkschaften mit ihren praktischen Errungenschaften der Gesetzgebung bereits voraus seien, dass die Gewerkschaftsarbeit der Sozialpolitik vorausgehen müsse, dass sie erst die Grundlagen für das Wirken des Gesetzgebers schaffe. Legien hielt es für erforderlich, dass die Gewerkschaften, das ihnen so naheliegende Gebiet der Sozialpolitik behandeln, denn keine Körperschaft sei geeigneter dazu, und er verlangte Unterstützung seitens der Partei. Es wurde eine Resolution angenommen, die die Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz als eine der wichtigsten Aufgaben der Partei erklärte. Es ist deutlich zu erkennen, dass sich zu jener Zeit eine Umstellung innerhalb der Partei der Gegenwartsarbeit gegenüber bemerkbar machte. Zur selben Zeit entstand auch der Revisionismus, der an den Grundanschauungen der Partei rüttelte. Dieser theoretische Streit stand mit der sozialpolitischen Praxis in inniger Wechselwirkung. Die praktische Gegenwartspolitik bildete immer den Mittelpunkt der Erörterungen. Das Drängen nach praktischer Aktion wurde immer stärker. So wurde auf dem Parteitag zu Lübeck 1901 eine Resolution von Südekum einstimmig angenommen, die eine einschneidende, staatliche Wohnungsreform erheischte. Auf dem Parteitag zu München 1902, wurde eine Resolution, von Molkenbuhr begründet, angenommen, welche die weitere Ausgestaltung der Arbeiterversicherung forderte. Die Sozialdemokratie lehnte die Arbeiterversicherung im Prinzip nicht ab, sie versagte ihr die Zustimmung, weil sie eine wirkliche grosszügige Arbeiterversicherung forderte. Liebknecht rief im Reichstag bei der Verteidigung des Unfallversicherungsgesetzes folgendes aus: «Die Revolution können Sie nur vermeiden, indem Sie die Bahn der Reform, durchgreifender Reform, wandeln. Nehmen Sie das Gesetz an, mit denjenigen Amendements, welche wir gestellt haben, um es von den ihm anhaftenden Mängeln zu befreien, dann werden Sie einen bedeutsamen Schritt auf der Bahn der Reform getan haben.» [1]) Bereits 1904 konnte P. Kampfmeyer über die Taktik der Sozialdemokratie folgendes schreiben: «Der Grundgedanke einer staatlichen Arbeiterversicherung fand die ungeteilten Sympathien der deutschen Sozialdemokratie; aber die mangelhafte Durchführung dieses Gedankens hinderte diese Partei eine Zeitlang ihr Votum zugunsten

[1]) Zitiert bei P. Kampfmeyer. Wandlungen in Theorie und Taktik der Sozialdemokratie 1904, S. 68.

der Regierungsentwürfe abzugeben. Im Jahre 1899 trat nun eine Wandlung in der Taktik der Sozialdemokratie gegenüber der Arbeiterversicherung ein. Sie stimmte in diesem Jahr für die Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz.... Ein harter Kampf wurde innerhalb der Fraktion geführt und schliesslich wurde mit 14 zu 13 Stimmen die Annahme der Novelle beschlossen.... Die Anschauungen in der Sozialdemokratie über den Arbeiterschutz sind auseinandergegangen. Die Sozialdemokraten, die bereits die Morgenröte der sozialistischen Aera am Himmel aufleuchten sehen, dürfen dem Arbeiterschutz nur eine minimale sozialpolitische Bedeutung zuschreiben. Ganz andere Werturteile über den Arbeiterschutz muss sich dagegen die sozialdemokratische Richtung bilden, die eine zunehmende Regelung der gesamten Arbeitsbedingungen durch den vom Proletariat beeinflussten Staat annimmt.» [1]) Mit der Charakterisierung der zweiten Richtung innerhalb der Sozialdemokratie ist zweifelsohne der Reformismus gemeint. Die Rolle, die die Gewerkschaften bei diesen Wandlungen gespielt haben, ist nicht zu unterschätzen. Es ist zur Genüge ausgeführt worden, wie stark sich die Gewerkschaften für praktische Sozialpolitik einsetzten. Sie hatten auch nicht versäumt, innerhalb der Partei ihren Einfluss auszuüben. In den Verfechtern der reformistischen Richtung fanden sie ihre besten Wortführer. Der Einfluss der Gewerkschaften nahm immer mehr zu.

Um die Jahrhundertwende aber wurde die Bedeutung der Gewerkschaften ganz anders beurteilt. Zwischen Reformismus und Gewerkschaften bestand eine sogenannte stille Allianz. Der erstere war das Sprech- und Wunschrohr der letzteren innerhalb der Partei. Der Reformismus seinerseits fand in den Gewerkschaften Rückgrat und praktischen Ausdruck ; gehörten doch alle Gewerkschaftsführer fast ohne Ausnahme dem reformistischen Flügel an. Bei der Untersuchung über die Entwicklung der Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie hat sich folgendes ergeben: Der reformistische Flügel unterlag offiziell, gewann aber doch praktisch immer mehr an Boden ; dadurch entstand der viel berüchtigte Widerspruch zwischen Wort und Tat innerhalb der Partei. Dieser Erfolg des Reformismus wurde nur mit Hilfe der Gewerkschaften, dank ihres grossen Einflusses auf die Arbeitermassen, ermög-

[1]) P. Kampfmeyer, a. a. O. S. 68—74.

licht.[1]) Wenn die Gewerkschaften auch nicht offen in den grossen Streit zwischen Reformismus und Orthodoxie eingegriffen haben, so war es doch klar, auf welcher Seite ihre Sympathien waren. Die Gewerkschaften wollten von Revolution und Revolutionsromantik nichts wissen. «Im Wesen aller wirklich gewerkschaftlichen Arbeit liegt, dass sie jegliche Revolutionsromantik als eine Gefährdung der Gewerkschaften abweisen muss.»[2]) Die Gewerkschaften beschränken sich stets nur auf legale Aktionen. So schrieb das Zentralorgan der Gewerkschaften nach der Nürnberger Strassenschlacht: «Die Arbeiterschaft ist ehrlichen Willens, in friedlichem Ringen ihre Forderung zur Erfüllung zu bringen.»[3]) Im «Correspondenzblatt» wird die russische Revolution folgendermassen charakterisiert: «Der Zarismus hat jeden Versuch der legitimen Organisation der Arbeiter unterdrückt, er hat diejenigen, die die Arbeiter die friedliche Entwicklung ihrer Kräfte, Selbstvertrauen und Disziplin lehren wollten, gleich wilden Tieren gehetzt . . . Der Zarismus kann daher nur Revolution ernten, die seine Gewaltpolitik gesät hat.»[3]) Die eigenen Gewerkschaften dagegen werden gerühmt, dass sie sich als «staatserhaltend bewährt» hätten, und sie forderten daraufhin Anerkennung vom Staate.[4]) Aus dem allem ergibt sich deutlich, dass allmählich die Gesamtauffassung der Gewerkschaften derjenigen des Revisionismus völlig entsprach. Auerbach schildert den Charakter der gewerkschaftlichen Tätigkeit bis zum Kriege in nachstehenden Worten: «Die Umwandlung, der in Marx'schem Sinne klassenkämpferischen Gewerkschaften, die bewusst als Organe der revolutionären Arbeiterbewegung handeln, zu Berufsvereinigungen, die wohl die Gesamtheit der Arbeiter erfassen und deren Lage verbessern wollen, deren Tendenz sich aber (ausser den üblichen Schlagworten, von denen man sich aus verschiedenen Gründen nicht trennen mag) kaum von einer sozialreformerischen Organisation unterscheiden lässt, das bedeutet die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung von ca. 1895—

[1]) Vgl. S. 27.

[2]) Th. Cassau. Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Soziologie und ihr Kampf 1925, S. 166.

[3]) «C. Bl.» 1904, S. 594 und 1905, S. 93.

[4]) «C. Bl.» 1905, S. 100.

1914.» [1]) Auch Th. Cassau äussert sich über den Geist, der die Gewerkschaften beherrschte, in demselben Sinne: «Alles Wesentliche in der deutschen Gewerkschaftsbewegung beruht auf dem Berufszusammenhang . . . Trotz der nicht zu verkennenden Bedeutung des Klassenbewusstseins für die Entwicklungsrichtung in Deutschland, blieb das Massgebenste doch der Berufszusammenhang. Die Gewerkschaften waren Sozialisten, aber das Wichtigste für sie war nicht der Kampf für eine Umgestaltung der Wirtschaft, sondern die Gegenwartsarbeit. Sie waren durchaus gegenwartsgebunden.» [2])

Der Reformismus, gemäss seiner theoretischen Einstellung, schätzte die Bedeutung der Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung ganz anders ein, als es in dem letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts in den Reihen der Sozialdemokratie üblich war. «Die Staatshilfe erstarrt in dem Programm der Lassalleaner zu einem einzigen und unumstösslichen Glaubensartikel und fast mit blind fanatischem Hass verfolgen die Jünger Lassalles alle sich auf Selbsthilfe stützenden, sozialpolitischen Bestrebungen. Wie Gedanken aus einer fernen Sternenwelt muten uns heute die Ideengänge der Lassalleaner über das Wesen der Gewerkschaften und Genossenschaften an, und das mit Recht, denn eine totale Wandlung hat sich in den Auffassungen der Sozialdemokratie über die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung seit den Tagen Lassalles und seiner strenggläubigen Anhänger vollzogen . . . Die Gewerkschaften entstanden. Regte sich nicht da eine neue Welt der organisierten Produzenten, der Schöpfer des gesellschaftlichen Reichtums ? Wuchs da nicht ein Stück Zukunftsorganisation empor ? Diese und ähnliche Fragen stürmten auf die Arbeiter ein. Grossen Arbeitergruppen wurde die Gewissheit: In dem Umwälzungsprozess der Gesellschaft haben die Gewerkschaften eine besondere Rolle zu spielen.» [3]) In der reformistischen Literatur wird die Gewerkschaftsbewegung als die Meisterin der Praxis in der Arbeiterbewegung, als die Bahnbrecherin der geschichtlichen

[1]) N. Auerbach. Marx und die Gewerkschaften 1922, S. 122.

[2]) Th. Cassau. Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Soziologie und ihr Kampf 1925, S. 296/97.

[3]) P. Kampfmeyer, a. a. O. S. 88—90.

Mission des vierten Standes, bezeichnet.[1]) Der Einfluss der Gewerkschaften war es, welcher die grösste Wirkung auf die theoretische und praktische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie ausgeübt hatte.

Die Maifeierfrage, die soviel Staub aufwirbelte, ist als wichtige Etappe im Entwicklungsgang der Gewerkschaften zur Verselbständigung und als erster Versuch des direkten Einflusses auf die Partei, zu betrachten.

Der internationale Arbeiterkongress 1889 in Paris hatte den 1. Mai als internationalen Weltfeiertag erklärt und als würdigste Feier die völlige Arbeitsruhe. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands fasste einen dementsprechenden Beschluss. Die Gewerkschaftsführer waren aber dagegen.[2]) Sie wollten sich, in Anbetracht der Widerstände mit einer Abendfeier begnügen. Ein hartes, geistiges Ringen um die Maifeier setzte ein und damit auch um die immer mehr zur Entscheidung drängende Frage der Selbständigkeit der Gewerkschaften überhaupt. Der Konflikt lag vor allem darin, dass die Gewerkschaften für die Ausführung von Beschlüssen sorgen sollten, auf die sie materiell gar keinen Einfluss hatten. Immer zahlreicher wurden auf den Gewerkschaftskongressen die Anträge, die die Maifeier überhaupt abschaffen wollten. Nach einer Vereinbarung der Generalkommission u. dem Parteivorstand wurde die Durchführung der Maifeier den Gewerkschaftskartellen und örtlichen Parteiorganisationen übertragen.[3]) Der Standpunkt der Gewerkschaften setzte sich immer mehr durch und seit dem Hamburger Gewerkschaftskongress war von einer Verpflichtung zur Arbeitsruhe am 1. Mai keine Rede mehr. Man begnügte sich mit dem Verlangen nach einer würdigen Feier.

So hatte sich um die Jahrhundertswende eine Machtverschiebung zugunsten der Gewerkschaften vollzogen. Das Selbstbewusstsein gegenüber der Partei stieg, und die Differenzen gestalteten sich viel tiefgehender als die bisherigen. Es war die Zeit, wo seitens der Partei neue Kampfmethoden propagiert wurden, der Generalstreik und der politische Massenstreik.

[1]) Vgl. Bernstein. Vorwort zur Geschichte des Trade-Unionismus von Sidney und Beatrice Webb.

[2]) «C. Bl.» 1894, S. 62.

[3]) Protokoll d. 6. Gewerkschaftskongresses S. 35.

Seit dem Bestehen der zweiten Internationale war die Idee des Generalstreiks wie aus der Diskussion verschwunden. Von dem ersten Kongress, 1889, bis zum Amsterdamerkongress, 1904, bildete der Generalstreik einen mehr oder minder wichtigen Bestandteil der Verhandlungen, die gewöhnlich von französischer oder italienischer Seite angeregt wurden. Der Kampf gegen den Generalstreik wurde von den deutschen Partei- und Gewerkschaftsvertretern gemeinsam geführt. Ihrem Einflusse ist es hauptsächlich zuzuschreiben, dass in der Internationale statt des Massenstreiks immer mehr der Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen in den Vordergrund gerückt wurde.

Die politischen Streiks in Belgien von 1893 und 1902, die Wahlrechtsstreiks in Holland und Schweden von 1903, schliesslich die ununterbrochene Kette von ökonomischen und ökonomisch-sozialen Streiks in Russland 1905, gaben jedoch Anlass zu vielen Diskussionen auf den Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie. Verschiedene Meinungen offenbarten sich über Form und Ziel des Generalstreiks. Zwei extreme Gegensätze bildeten sich dabei heraus. Die Einen betrachteten den Generalstreik als blosse Demonstration, die nur eine moralische Wirkung auf die Regierung, zwecks Erlangung bestimmter, ganz abgegrenzter Ziele, beabsichtigte. Die Andern dagegen behaupteten, dass der möglichst spontane Ausdruck, das Herauswachsen aus einer revolutionären Situation eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen Massenstreik sei. Dabei müsse der Wille zur endgültigen Durchführung und zur Erorberung der politischen Macht vorhanden sein. Jedenfalls stand man innerhalb der deutschen Sozialdemokratie der Idee des Massenstreiks nicht so verneinend gegenüber wie bis 1905.

Die Anhängerschaft der Sozialdemokratie war von Wahl zu Wahl gestiegen, die Fraktion des Reichstages war dementsprechend gewachsen. Aber nicht gewachsen war der Einfluss der Partei innerhalb des Parlaments. Eher war durch Zusammenschluss der bürgerlichen Parteien das Gegenteil der Fall. «Es ist daher selbstverständlich», schreibt K. Zwing, «wenn die Partei trotz fortgesetzter Stimmenzunahme parlamentarisch machtlos geworden, nach ausserparlamentarischen Machtmitteln suchte. In solcher Situation musste die Revolutionsromantik blühen. Diese ausserparlamentarischen Machtmittel glaubte man in der neuen Kampfmethode des General- oder Massenstreiks gefunden zu

haben. Mit dieser neuen «Va-banque»-Taktik konnten sich aber die Gewerkschaften nicht befreunden, weil sie doch auf wirtschaftlichem, wie sozialem Gebiete schon Erfolge erzielt hatten, die sie für wertvoll genug hielten, um sie nicht durch Revolutionsromantik wieder aufs Spiel zu setzen.»[1])

Um sich nicht wieder, wie in der Frage der Maifeier, von der Partei vor fertige Beschlüsse stellen zu lassen, beeilten sich die Gewerkschaften, möglichst bald ihre Auffassung zum Generalstreik, wie zum politischen Massenstreik zu präzisieren. Da anzunehmen war, dass die Frage der neuen Taktik auf die Tagesordnung des Parteitages zu Jena 1905 gesetzt würde, so behandelte man auf dem im selben Jahr, aber vor dem Parteitag zu Köln tagenden Gewerkschaftskongress bereits die Frage des General- und Massenstreiks «weil man nicht Gefahr laufen wollte, sich später Beschlüssen fügen zu müssen, die einseitig an anderer Stelle gefasst würden.»[2]) Es wurde eine Resolution angenommen, wonach der Generalstreik vollständig abgelehnt wurde. Beim Massenstreik wurde die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten.

Auf dem Kölner Gewerkschaftskongress trat die Meinungsverschiedenheit zwischen Gewerkschaften und Partei am deutlichsten hervor. Während alle in der Partei übereinstimmten, dass man nicht mehr um das «Ob» eines Massenstreikes zu streiten habe, sondern nur um das «Wie» und «Wann», beharrten die Gewerkschaften bei der absoluten Ablehnung. So schrieb die Generalkommission schon vor dem Kongress folgendermassen: Die bisherige Erörterung des Generalstreiks in politischen Kreisen hat Stimmungen und Neigungen kund getan, die bewusst oder unbewusst darauf drängen, die in Jahrzehnten gesammelte Kraft der Organisation der Arbeiter für Massendemonstration von unübersehbarer Tragweite aufzuopfern . . . Noch haben sich diese Stimmungen nicht zu Beschlüssen verdichtet, die voraussichtlich die Agitation und ruhige Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung lähmen würden. Umso näher liegt es, für den Gewerkschaftskongress rechtzeitig zu warnen und eine Klärung darüber herbeizuführen, wo sich die Wege des, nach Organisationsgesetzen

[1]) K. Zwing, a. a. O. S. 89.
[2]) K. Zwing, a. a. O. S. 89.

geleiteten Klassenkampfes von denen unverantwortlicher Massenerhebungen scheiden. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, dass die warnenden Bedenken der Gewerkschaftsvertreter auf die fernere Stellungnahme der Vertreter der politischen Aktion von nachhaltigem Einfluss sein werden, da es sicher nicht ihr Wille sein kann, der jetzt so erfreulich aufblühenden Gewerkschaftsbewegung schwere, dauernde Nachteile zuzufügen».[1])

Später, in Köln, sei das Bestreben deutlich zutage getreteu, den Entscheidungen der Parteitage der Sozialdemokratie vorzugreifen, der deutschen Arbeiterbewegung, nicht nur in wirtschaftlichen, sondern auch in politischen Fragen eine gebundene Marschroute zu geben. Mit der Annahme der Kölner-Resolution war zum ersten Mal der Fall eingetroffen, dass der gewerkschaftliche Zweig der modernen Arbeiterbewegung zu einer grossen und brennenden Tagesfrage, die beide Teile anging, zuerst Stellung und damit die Führung an sich riss. So hatte sich die Lage gedreht. Jetzt stand die Partei, wie früher des öftern die Gewerkschaften, vor einem fertigen Beschluss. Bömelburg, der auf dem Parteitag 1905 zu Jena war, wo die neuen Kampfmethoden erörtert wurden, erklärte auch dort: «Der von der Gewerkschaft gefasste Beschluss ist für jeden Gewerkschaftler bindend.» Unter diesen Einflüssen stand der Jenaer Parteitag. Die dort gefasste Resolution zu dieser Taktiknahme wurde zweifelsohne unter dem Druck der Gewerkschaften angenommen.[2]) Nach dieser Resolution wird der Massenstreik nur als Mittel zur Abwehr von Angriffen auf wichtige, politische oder wirtschaftliche Grundrechte des Proletariats bezeichnet.

Hiermit erlangte die Gewerkschaft «de facto» Gleichberechti-

---

[1]) «C. Bl.» 1905, S. 306.

[2]) Protokoll d. Parteitages zu Jena 1905, S. 225. Auf der Konferenz der Gewerkschaftsverbände 1906 äusserte sich Bömelburg wie folgt: Heute, wo man über die Dinge ruhiger denkt, bin ich der Meinung, es war ein Segen für die Arbeiterbewegung, dass sie in Köln zum politischen Massenstreik Stellung genommen hat. Wenn in Jena ein ganz anderer Ton angeschlagen wurde — woher kam das? Das kam durch unsere Stellungnahme, man war sich mittlerweile bewusst geworden, dass die Gewerkschaften immer stärker geworden sind .... dass man nicht mehr wie früher, auf der einen Seite bestimmt, was die andere auszuführen hat. (Partei und Gewerkschaften. Wörtlicher Abdruck dieses Punktes aus dem Protokoll der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände v. 19.—23. Februar 1906, S. 41.)

gung mit der Partei. Und diese Gleichberechtigung ging parallel mit dem immer grösser werdenden Einfluss auf die Arbeiterbewegung im Allgemeinen. Immer mehr dominierten die Gewerkschaften die Partei. Robert Schmidt äusserte seine Freude darüber, dass das wissenschaftliche Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei so wenig gelesen würde, so würde es weniger Unheil anrichten können.[1]) Simon sprach sich offen über den Einfluss der Gewerkschaften auf die Partei aus, indem er auf der Konferenz der Verbandsvorstände ausrief: «Wenn wir mit irgend einem Beschlusse nicht einverstanden sind, so haben wir als Parteigenossen die Pflicht, in denjenigen Organisationen unsere divergierende Meinung zur Geltung zubringen, wohin wir hingehören. Wir sind in Wirklichkeit doch innerhalb der Partei die Majorität, wir befinden uns doch nicht in der Minderheit.»[2]) V. Elm versäumte nicht, gleich darauf in seiner Rede noch weiter zu gehen. Er sagte: «Simon hat in einem Punkte recht. Wenn sich die Gewerkschaftsmitglieder mehr um die Partei kümmern würden, dann würde diese Richtung (revolutionäre) auf einem einzigen Parteitag einfach hinweggefegt werden».[3]) Paeplow meinte, der Parteivorstand liesse sich von unverantwortlichen Schiebern leiten, und Müller verlangt die Erziehung der Partei durch die Gewerkschaft.[4]) Diese Ausbrüche zeigen zur Genüge, inwieweit man sich innerhalb der Gewerkschaften der eigenen Macht bewusst war. Man verlangte die offizielle Anerkennung der Gleichberechtigung mit der Partei. Dieselbe wurde auch erreicht auf dem Mannheimer Parteitag 1906. Es wurde beschlossen bei allen Aktionen eine Verständigung mit den Gewerkschaften herbeizuführen. Mit Stolz konstatiert K. Zwing, dass das Mannheimer Abkommen, das den Gewerkschaften die Gleichberechtigung mit der Partei brachte, sich im Laufe der folgenden Jahre durchaus bewährte und jeden Konflikt von vornherein aus dem Wege räumte. Tiefgehende Differenzen zeigten sich dann zwischen Gewerkschaft und Partei nicht mehr.[5])

[1]) Gewerkschaften und Partei, a. a. O. S. 9.
[2]) Gewerkschaften und Partei, a. a. O. S. 18.
[3]) Gewerkschaften und Partei, a. a. O. S. 22.
[4]) Gewerkschaften und Partei, a. a. O. S. 41 und 29.
[5]) K. Zwing, a. a. O. S. 91.

Auf dem Mannheimer Parteitag ging nun die Gewerkschaft als Siegerin aus dem langjährigen Streit hervor. Dies wurde durch ein Amendement von Kautsky noch bestätigt, dessen Schlusssatz lautete: «Es ist daher Pflicht jedes Parteigenossen, sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit, wie bei jeder öffentlichen Betätigung an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen.... Dies ist geboten, im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung selbst, denn die Sozialdemokratie ist die höchste und umfassendste Form des proletarischen Klassenkampfes und keine proletarische Organisation, keine proletarische Bewegung kann ihrer Aufgabe vollständig gerecht werden, die nicht vom Geist der Sozialdemokratie erfüllt ist.» [1]) Kautsky wollte das Prestige der Partei retten. Dies gelang ihm aber nicht. Die Gewerkschaftsvertreter fassten diesen Zusatz von Kautsky als Misstrauensvotum auf. So war der beabsichtigte Friedensschluss bedroht, bis Kautsky den Zusatz zurückzog.

Die errungene Gleichberechtigung mit der Partei war nur möglich, durch das Aufgeben der wichtigsten Ziele seitens derselben. Der Reformismus wucherte immer mehr. Natürlich konnte von ernstlichen Differenzen keine Rede mehr sein. Die Partei stellte sich ganz auf den Gewerkschaftsboden. Der Revisionismus ist nichts anderes, als die Anwendung der Gewerkschaftsideologie auf die politische Partei. Der Kampf zwischen Partei und Gewerkschaft war ein Kampf zweier Ideologien, und die Gewerkschaftsideologie siegte. [2]) Die Partei sollte lediglich als politische Vertretung der Gewerkschaft funktionieren. Die Gegenwartsarbeit der politischen Partei erstrebt in wirtschaftlicher Beziehung das Gleiche wie die Gewerkschaftsbewegung, nämlich den höchsten Grad der Besserstellung der Arbeiter innerhalb ihres Arbeitsverhältnisses und im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die politische Bewegung, ihre parlamentarische Vertretung, ihre Organisation, ihre Presse arbeiteten zum Vorteil der Gewerkschaftsbewegung, sorgten für die gesetzlichen Grundlagen einer gesunden Bewegung, für die Freiheit des Koalitionsrechtes, für Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern in allen Rechtsverhältnissen und

[1]) Zit. bei N. Auerbach a. a. O. S. 148.

[2]) Vgl. Heyde. Abriss d. Sozialpolitik II, Aufl. 1922. S. 62. Vgl. Buddeberg. T. D. soziolog. Problem d. Sozialdemokr. Arch. B. 49, S. 132.

sozialen Beziehungen, für Garantien gegen Klassenjustiz, für die Vertretung der Arbeiter in allen Vertretungskörpern zur Einwirkung auf die Gesetzgebung und zur Kontrolle der Verwaltung. Die Haltung der 90 sozialdemokratischen Zeitungen wird in hohem Masse bestimmt durch die gewerkschaftlichen Interessen. Einmal nannte K. Legien den «Vorwärts» das Blatt, aus dem man sich über die gewerkschaftliche Bewegung Deutschlands, wie des Auslandes am besten unterrichten könne.[1]) Inwieweit die Parteipresse von gewerkschaftlichen Interessen bestimmt wurde, berichtet ausführlicher Th. Cassau. Er schreibt u. a.: «Gerade die Bedeutung der grossen, sozialdemokratischen Tagespresse .... wird man für die Gewerkschaften nicht unterschätzen dürfen. Gewiss waren diese hie und da mit einzelnen Blättern unzufrieden, aber im Ganzen sind wohl 3/4 der Parteiredakteure aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen, und bei allen Meinungsverschiedenheiten waren die gesamten Redakteure immer von dem Gefühl beherrscht, dass Gewerkschaft und Partei Teile der einen Arbeiterbewegung seien.»[2])

Die politische Bewegung hat das Hauptziel dem Nebenziel unterordnet. Viel zu leicht dachte man sich die Erreichung des Hauptzieles; man dachte es sich rein politisch. Das Anwachsen der sozialdemokratischen Reichstagsvertreter führte zur Ansicht, dass der Tag nahe sei, wo die Sozialdemokratie die Mehrheit im Reichstag haben werde und dann fiele ihr die Staatsgewalt von selbst in die Hand. Die Entwicklung der parlamentarischen Tätigkeit der Sozialdemokratie brachte aber eine grosse Enttäuschung; denn nichts Nennenswertes wurde ausgerichtet. Während der Kampf um das Endziel keine Resultate zeitigte, so hatte die Gegenwartsarbeit seitens der Gewerkschaft die schönsten Erfolge zu verzeichnen. Die mittelbare, aber nicht minder wichtige Rolle die die Partei dabei spielte, sah der Arbeiter nicht recht ein. So kam es dazu, dass der Partei nichts anderes blieb, als sich auf Gegenwartsarbeit zu verlegen.[3]) Die Ideologie des Reformismus gipfelt in nichts anderem, als in der Unterordnung des End-

[1]) Vgl. A. Braun a. a. O. S. 120.

[2]) Th. Cassau a. a. O. S. 267.

[3]) Vgl. Troelstra, De Wereldoorlag en de Sozialdemokratie, besprochen von E. Bernstein. Arch. f. Soz. und Sozialpol. B. 41, S. 522.

zieles unter die Gegenwartsarbeit. «Die Praxis der aktiven Arbeiterschaft», meint P. Kampfmeyer, «färbte auch bereits auf die sozialistische Theorie ab. Der, dem radikalen Quietismus abholde, auf schaffende sozialistische Arbeit drängende Revisionismus suchte einen Zusammenhang zwischen der Praxis der Arbeiterklasse und der Theorie des Sozialismus herzustellen. Er wertete die selbsttätigen Aktionen der Arbeiterklasse auf dem Gebiet des Staats- und Kommunalsozialismus des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens ganz anders als die landläufige Theorie.» [1]) Der Reformismus will vom Ziel nichts wissen. Die Bewegung mit ihren alltäglichen Vorteilen ist ihm alles. (Bernstein). So charakterisiert O. Bauer den Revisionismus folgendermassen: «Der Revisionismus entspringt jener Abkehr von allen unpraktischen Prinzipien jener Opportunitätspolitik, die den alten Rationalismus verdrängt hat, jener Gesinnung, die ihr Handeln nicht mehr als Mittel zu einem theoretisch als richtig erkannten Zweck, sondern nur noch durch den unmittelbaren, sichtbaren, wenn auch noch so kleinen Erfolg rechtfertigen zu können glaubt.» [2]) Durch diese Grundeinstellung des Revisionismus ist auch seine Politik gegeben. Um gewisse ökonomische Vorteile für das Proletariat zu erreichen, scheut diese Politik keine Mittel und verharrt daher nicht mehr in Gegenstellung zum bürgerlichen Staate und allen bürgerlichen Parteien, sondern verbündet sich mit einem Teil der Parteien zwecks gemeinsamer Beherrschung des bürgerlichen Staates. So treibt die Politik des nationalen Revisionismus dazu, dass sich die Sozialdemokratie jeder Nation mit den bürgerlichen Parteien derselben zu gemeinsamen Machtkämpfen gegen die andern Nationen, womöglich zu gemeinsamer Herrschaft über die andern Nationen verbündet. [3])

Auf diese Weise führt der konsequente Reformismus zum Sozial-Patriotismus über. Der Klassengegensatz scheidet die Parteien innerhalb der Nation; aber die Gemeinschaft des Klassengegensatzes und der Klassenideologie vermochte einstweilen nicht, die Klassengenossen aller Nationen zu verbinden.

---

1) P. Kampfmeyer. «Was ist Sozialismus?» Soz. Monatshefte Januar 1927.

2) O. Bauer. Die Nationalitätenfrage S. 160.

3) Vgl. O. Bauer. Die Nationalitätenfrage S. 564.

Man genoss von den Vorteilen des Imperialismus, und als die grosse Auseinandersetzung, der Weltkrieg, eintrat, musste der eigene Imperialismus verteidigt werden, da man vom Sieg viele, ökonomische Vorteile erhoffte. Aus allen sozialdemokratischen Rechtfertigungen der Stellung der Sozialdemokratie zum Weltkrieg, klingt dies heraus. Auch hier waren es die Gewerkschaften, die sich offen zu dem grossen Interesse der Arbeiterklassen an dem Sieg Deutschlands bekannten. Die namhaftesten Gewerkschaftsführer äusserten sich in dem Sammelwerke «Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis» über das Produzenteninteresse der Arbeiter an der nationalen Industrie. Robert Schmidt führt u. a. folgendes an: «Ein siegreicher Abschluss des blutigen Ringens wird das Wirtschaftsleben bald wieder erstarken lassen. Anders, wenn bei einem militärischen Zusammenbruch die wirtschaftliche Entwicklung starke Hemmungen erfährt, die in ihrer Rückwirkung die Lage der Arbeiterklasse sehr ungünstig gestalten würden. Dann wäre für die Sozialpolitik für lange Zeit der Weg verlegt. .. Der Sieger wird geneigt sein, seine Ueberlegenheit auf wirtschaftspolitischem Gebiete zur Geltung zu bringen. Er kann uns ungünstige Handelsbedingungen aufzwingen. Ein Staat, dessen Handel auf die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen angewiesen ist, wird damit schwer getroffen.... Die Arbeiter haben mithin ein Interesse an der wirtschaftspolitischen Gestaltung Deutschlands. Es gibt Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung, die aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch die politische Neugestaltung erhoffen.... Die Gewerkschaftsbewegung kann in diese unfruchtbare Spekulation nicht verfallen. Es fragt sich, liegt ein solcher Zusammenbruch im Interesse der Arbeiter? Das müssen wir auf das Entschiedenste bestreiten.... Wir müssen für unsere Bevölkerung Lohn und Brot haben, das uns von einer niedergehenden Industrie nicht gegeben werden kann.»[1]) Rudolf Wissel versucht auf Grund klar sprechender Zahlen Nutzen und Vorteil der Arbeiterversicherung zu beweisen und schreibt über deren Ausbau nach dem Kriege: «Zu diesem Schritt wird es kommen, kommen müssen nach Beendigung des Krieges; es sei denn, dass er ungünstig für Deutschland verlaufen sollte.

[1]) R. Schmidt. Kapitalismus und Sozialpolitik. Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis S. 1—4.

In diesem Falle allerdings wird manches auch zusammenbrechen, was wir auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung als wertvolles Gut zugunsten der Arbeiterschaft buchen konnten, wenn nicht alles. Das würde eine derartige Umwälzung der innerpolitischen Verhältnisse mit sich bringen, dass niemand, der sich diese Verhältnisse vorzustellen versucht, auch nur den leisesten Zweifel an der absoluten Notwendigkeit des deutschen Sieges haben kann.... Wehe, den deutschen Arbeitern, wenn wir nicht Sieger blieben. Es geht um die Existenz der Arbeiterversicherung.»[1]) Dann folgen weitere Auseinandersetzungen der einzelnen Vorsteher der Zentralverbände, welche auf Grund von Zahlen und eingehenden Erörterungen beweisen, wie eng der deutsche Arbeiter mit seinem Industriezweig verbunden und wie nur der Sieg Deutschlands für die Arbeiterklasse zu erwünschen sei. Winnig spricht für das Baugewerbe und führt zum Schluss folgendes aus: «Wer als deutscher Bauarbeiter Einsicht genug hat, um die Wirkungen einer deutschen Niederlage zu erkennen, der muss im eigenen Interesse und im Interesse eines ganzen Gewerbes den Sieg Deutschlands aufs Innigste wünschen. Alle Phrasen von der Befreiermission der «Westmächte» und von der Verdammungswürdigkeit des deutschen Militarismus werden uns ungerührt lassen. In diesem Kriege geht es um die wirtschaftliche und kulturelle Zukunft des deutschen Volkes und zum deutschen Volke gehören auch die deutschen Bauarbeiter.»[2]) Die Bergwerks- und Hüttenindustrie vertritt H. Hue mit folgenden Worten: «Unsere industriellen Interessen weisen uns auf den Weltmarkt als stärker zu kultivierendes Absatzgebiet für unsern steigenden Warenüberschuss. Darum bedürfen wir des freien Handelsrechtes, auch des freien Meeres.... Deshalb tat auch die Arbeiterschaft Deutschlands recht daran, nachdem einmal die Kriegswürfel rollten, sich rückhaltslos für die Landesverteidigung einzusetzen.... Mag man darum zum Kriege stehen, wie man will, aber dass nun mit den Waffen auch über unermesslich grosse,

---

[1]) R. Wissel. Die Arbeiterversicherung. Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis, S. 22/27.

[2]) A. Winnig. Das Baugewerbe. Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis, S. 36.

wirtschaftliche Interessen der Arbeiterschaft Deutschlands entschieden wird, kann nur ein Ignorant bestreiten.» [1]) M. Kaiser versucht den Sieg Deutschlands auch für die Holzindustrie als Vorteil darzustellen indem er schreibt: «An der Blüte der deutschen Industrie sind nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter interessiert. Die klare Erkenntnis dieser Tatsache trägt wesentlich dazu bei, dass die deutschen Arbeiter rückhaltlos für die deutsche Sache eintreten und alles aufbieten, deren Sieg zu fördern. Mit der gesamten Arbeiterschaft stehen auch die Holzarbeiter in Reih und Glied, auch ihre Sache ist es, die auf den blutigen Schlachtfeldern entschieden wird.» [2]) Blum, die Interessen der Lederindustrie erörternd, ruft aus: «Gegenüber dem so oft recht drastisch zum Ausdruck gebrachten Willen der deutschfeindlichen Länder, den deutschen Handel zu vernichten, müssen wir streng an der Parole festhalten: Deutschland muss siegen. Wir müssen siegen, wollen wir in der Zukunft das besitzen, was uns die Vergangenheit durch unsern Fleiss und Strebsamkeit erworben hat. Der deutsche Arbeiter hat vieles zu verlieren.» [3]) Auch die Metallindustrie stand einem Siege Deutschlands nicht gleichgültig gegenüber. So führte Johann Scherm u. a. folgendes aus: «Mag nun am Ausbruch des Krieges Schuld sein wer will, niemand zweifelt daran, dass er früher oder später doch gekommen wäre. Die organisierte deutsche Arbeiterschaft hat die Kriegshetzerei und das Wettrüsten stets auf's Schärfste bekämpft. Niemand kann ihr nachsagen, dass sie nicht ihre Schuldigkeit getan habe. Das verpflichtet sie aber nicht sich abschlachten oder wirtschaftlich zugrunde richten zu lassen. Sie hatte bei ihrer Stellungnahme zum Kriege zwischen zwei Uebeln zu wählen. Indem sie dem Rufe zu den Waffen folgte und durch ihre Vertreter die Gelder zur Kriegsführung bewilligen liess, wählte sie klüglich das Kleinere. Sie konnte nicht anders wählen,

[1]) O. Hue. Die Bergwerks- und Hüttenindustrie. Arbeiterinteressen und Kriegsergebnisse S. 49/50.

[2]) M. Kaiser. Die Holzindustrie. Arbeiterinteresse und Kriegsergebnisse S. 79.

[3]) P. Blum. Die Lederindustrie. Arbeiterinteresse und Kriegsergebnisse, S. 104.

wenn sie sich nicht selbst preisgeben und auf ihre Errungenschaften verzichten wollte.» [1]) Gar zu offen spricht sich P. Müller für die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter aus: «Bei einer Gesamteinwohnerschaft von 62 Millionen Personen im deutschen Reiche (1907) wurden bereits im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe 3.447.600 Erwerbstätige gezählt. Dieses Riesenheer erwerbsmässiger Berufs- und Betriebsinteressenten hat sich schätzungsweise von 1907—1914 um 15—20 % verstärkt, und stellt zu 75 % direkte Lohnarbeiter und Arbeiterinnen dar. Also ein reines Proletarierheer von 2½—3 Millionen schaffender Menschen ist am Siege Deutschlands in diesem Weltkriege, so seltsam dies auch klingen mag im Ohre doktrinärer Illusionisten, in der denkbar stärksten Weise interessiert. Für unsern Gesamtberuf handelt es sich bei der Frage, Sieg oder Niederlage Deutschlands, in diesem, in der Weltgeschichte unvergleichlichen Weltkriege, nicht nur um ein Stück Zukunftsfrage, sondern um die Lebensfrage schlechtweg. Mit der Entwicklung des deutschen Handels und Verkehrs erweiterte sich natürlich auch der Kreis seiner erwerbsfähigen Interessenten, und diesen kann eben die Zukunft des deutschen Handels und Verkehrs nicht gleichgültig sein. Sie haben zu prüfen, welche Wirkungen das Gelingen der feindlichen Angriffe auf den deutschen Handel und Verkehr und wirtschaftlich für sie selbst auslösen muss. Hier gehen Unternehmer- und Arbeiterinteressen vollkommen conform, sich hier indifferent verhalten, hiesse wirtschaftlichen Selbstmord begehen. Der tiefempfundene Sebsterhaltungstrieb lässt uns in diesem Falle deutlich die Gefährlichkeit wertloser theoretischer Spintisiererei erkennen; ein gesunder, nationaler Egoismus dämpft den ungesunden, internationalen Illusionismus, wo es sich um reale, wirtschaftliche Interessenfragen handelt. Und wir haben wirklich allen Grund dazu.» [2])

---

[1]) J. Scherm. Die Metallindustrie. Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis, S. 107.

[2]) P. Müller. Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe. Arbeiterinteresse und Kriegsergebnis, S. 142 und 147.

Auch die Gewerkschaftsführer aller übrigen Industriezweige vertraten in mehr oder minder scharfer Weise denselben Standpunkt.

Auf Grund dieser Ausführungen fasste W. Jansson folgendes zusammen: «Die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914 löste in den deutschen Gewerkschaften einmütige Befriedigung aus. Nicht ein einziges Gewerkschaftsblatt machte Einwendungen dagegen, nicht eine einzige Organisation vertrat eine gegenteilige Meinung. «Die Politik des 4. August», wie die Bewilligung der Kriegskredite nachher kurz genannt wurde, war in den Gewerkschaftskreisen eine Selbstverständlichkeit. Entspricht die Politik des 4. August den gewerkschaftlichen Interessen? Das muss auf Grund der in diesem Buche von anerkannten Gewerkschaftsführern gemachten Ausführungen entschieden bejaht werden. Vom Standpunkt der Gewerkschaften wäre eine Politik im Sinne der Fraktionsminderheit geradezu Selbstmord gewesen.[1]) Es ist klar, dass für das Proletariat ein siegreiches Land vorteilhafter ist als ein besiegtes. Es sollte sich daher niemand über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Weltkrieg wundern, oder diese als eine plötzliche Abkehr von der ursprünglichen Ideologie betrachten. Der Reformismus ist schon vor dem Kriege, wenn auch latent, so doch zweifelsohne vorherrschend gewesen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie.[2])

Mit dem Ausbruch des Weltkrieges aber, da Farbe zu bekennen war, da der Staat seine Rechnung präsentierte, indem er auf den Patriotismus aller echten Deutschen pochte, gelangte er zu seiner offenen Anerkennung, zu seiner offiziellen Ratifikation. Der Sozialpatriotismus ist nichts anderes, als offener, konsequentester

[1]) W. Jansson. Gewerkschaftl. Randbemerkungen zum kommenden Frieden, S. 151.

[2]) «Der unselige Beschluss vom 3. August war nur die entscheidende Betätigung von Tendenzen, von denen man schon vorher mancherlei Anzeichen hatte beobachten können. Wenn sie (Sozialdemokraten) zugleich an ihrem Vaterland und dem Sozialismus zu Verrätern wurden, geschah es deshalb, weil sie es nach und nach und unmerklich schon seit langem gewesen waren. Aus ihren sozialistischen Phrasen war das Leben entwichen, das sie früher erfüllt hatte. Sie selbst hatten die halb befriedigte, halb resignierte Gleichgültigkeit ihrer Parteimitglieder und Gewerkschaften schon öfters festgestellt.» P. G. La Chesnais. «Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Kriegserklärung» 1918, S. 128.

Reformismus.[1]) Es zeigte sich, dass vorläufig mit Marxens Satz, das Proletariat habe kein Vaterland, nichts anzufangen war. Schon lange vor dem Kriege wurden die deutschen Sozialdemokraten aller Schattierungen nicht müde, (Bebel nicht ausgeschlossen) in ihrem Eifer zu betonen, dass sie die besten und treuesten Patrioten seien.

Der Sozialpatriotismus ist als Arbeitsgemeinschaft zwischen bürgerlicher und sozialistischer Geisteswelt aufzufassen. Es fehlte auch nicht an Versuchen, diese Arbeitsgemeinschaft aus der Kriegszeit in die Zeit des künftigen Friedens hinüberzuretten. Um die Möglichkeiten und Bedingungen dieses zukünftigen Zusammenarbeitens zu erörtern, ist die Schrift «Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland» (herausgegeben von Fr. Thimme und Carl Legien) entstanden. Von namhaften Gewerkschaftlern und Parteiführern wird darauf hingewiesen, dass die Arbeiterorganisationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versuchten, den Sieg Deutschlands herbeizuführen Es wurde darum eine Neuorientierung des Staates erwartet, vor allem auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Auch die Gleichberechtigung der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen mit denen der Unternehmer wurde erhofft. Auf das Ausdrücklichste wurde betont, wie sehr die Arbeiterinteressen mit denen der Unternehmer verknüpft seien. Auch das unmittelbare Interesse der Arbeiter am bestehenden kapitalistischen Staat wurde hervorgehoben. Als konsequente Folge sollte die Arbeiterschaft nichts unterlassen, um den Sieg des Vaterlandes herbeizuführen. «Die Masse des Volkes weiss und fühlt, dass das Schicksal der Nation und ihres organisatorischen Ausdrucks, des Staats, auch ihr Schicksal ist . . . Sie fühlt sich wirtschaftlich, politisch und kulturell an dieser durch den Staat ausgedrückten Gemeinschaft beteiligt und an sie gebunden. Ihr wirtschaftliches Wohlergehen hängt ab vom Stande der nationalen Volkswirtschaft, die der Bewegungsfreiheit be-

[1]) Der Fall Bernstein bildet eine Ausnahme und ist für unsere Betrachtungen nicht von Belang. Lenin antwortet auf die Frage «Was ist Sozialpatriotismus?» «Sozialpatriotismus ist die Begründung der Vaterlandsverteidigung in diesem Kriege. Aus dieser Idee ergibt sich der Verzicht auf d. Klassenkampf, während d. Krieges. (Bewilligung d. Kriegskredite usw.) Die Sozialpatrioten führen eine antiproletarische bürgerliche Politik.» Lenin. Sozialismus und Krieg, 1919, S. 8.

darf, um sich entwickeln zu können. Ihre gewerkschaftlichen Organisationen können nur dann Lohn und Arbeit günstig beeinflussen, wenn Handel und Wandel blühen. So ist die Masse der Arbeiterschaft an dem Schicksal der nationalen Volkswirtschaft und dadurch an der politischen Geltung der Staatsgemeinschaft interessiert, und so fühlt sie sich bei der Abwehr der Gefahren, die dieser von aussen drohen, mit der Gesamtheit des Volkes solidarisch verbunden. Aber um wieviel reiner und stärker würde sie diese Solidarität empfinden, wenn nicht in der inneren Politik so starke Hemmungsmomente gegeben wären . . . je mehr es gelingt, diese Hemmungen auszuschalten und je grösser der Anteil der Arbeiterklasse an der Verwaltung des öffentlichen Wesens wird, umso reiner und stärker wird die Solidarität des ganzen Volkes in der Abwehr äusserer Gefahren zum Ausdruck kommen: nicht als das Ergebnis politischer Berechnungen, sondern als soziologische Kausalität.» [1]) Hiermit bekennt sich Winnig offen zum Opportunismus und versucht den geschaffenen Burgfrieden als einen dauernden zu gestalten. Es wurde mit grösstem Nachdruck darauf hingewiesen, welch grosse Hilfe die Arbeiterorganisation bei der Landesverteidigung geleistet hätte. Zehntausende von sozialdemokratischen Männern und Frauen wurden in den Haupt- und Unterausschüssen der Kriegsfürsorge beschäftigt. Durch diese Mitarbeit nahmen die Parteimänner und Gewerkschaftler der Staats- und Gemeindeverwaltung einen Teil der Verantwortung, für getroffene Massnahmen, die nicht immer allgemeine Befriedigung auslösten, ab. Viel Unmut wurde dadurch eingedämmt und der Kritik oft nicht wenig an Schärfe genommen. [2]) Auch hatten die Gewerkschaften unmittelbar nach Kriegsbeginn beschlossen, die Streikunterstützung während der Kriegszeit aufzuheben und damit bekundet, dass von ihrer Seite eine Störung des Wirtschaftslebens nicht erfolgen sollte. [3]) Die gewerkschaftlichen Organisationen taten noch mehr. Sie verwendeten ihre grossen Mittel, um gärender Unzufriedenheit entgegenzuwirken, indem sie oft weit über die, in ihren Satzungen festgelegten Grenzen hinaus den Arbeitslosen

[1]) Winnig A. Der Krieg und die Arbeiterinternationale, b. Thimme und Legien, S. 37.

[2]) Vgl. A. Winnig. a. a. O. S. 18.

[3]) Vgl. K. Legien. Die Gewerkschaften. Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland Legien und Thimme, S. 97.

damit über die schwere Zeit der Arbeitslosigkeit hinweghalfen. Es wurde auf alle Vorteile, die sich die Arbeiter, dank ihrer Unentbehrlichkeit, erobern konnten, verzichtet. Umgekehrt, die Gewerkschaften stellten ihre Kenntnisse, ihre Erfahrungen, ihre Kraft in den Dienst der Aufrechterhaltung des deutschen Wirtschaftslebens. So schrieb der Präsident des Reichsversicherungsamtes 1918 folgendes: «Bei der Anpassung unseres Erwerbslebens an die Umwälzungen des Krieges leisteten auch die, unter Zurücksetzung früherer Gegensätze, zu gemeinsamer vaterländischer Arbeit zusammengeschlossenen Verbände der Arbeiter, in denen diese Beschränkung der eigenen Wünsche im Rahmen gegebener Möglichkeiten gelernt hatten, willkommene Hilfe und fachkundigen Rat. Namentlich bei der Fürsorge der Arbeitslosen, der Arbeitsvermittlung, Volksernährung und Kriegsbeschädigtenfürsorge. Die Kriegsunterstützung der drei grössten Gewerkschaftsverbände bezifferten sich bis Ende 1916 auf rund 55 Millionen Mark. Einträchtig sind Arbeiter mit Unternehmern und Behörden auf den verschiedenen Gebieten der Kriegswohlfahrtspflege tätig, vielfach in neu entstandenen Arbeitsgemeinschaften, die besonders für die Arbeitsschaffung und Arbeitervermittlung Erfreuliches geleistet haben. Aus dem Geiste vertrauensvoller, gegenseitiger Hilfsbereitschaft und eines neuen Staatsbewusstseins, das den Einzelnen in treuer Gemeinschaft aller Volksgenossen restlos aufgehen lässt, wurde jüngst das vaterländische Hilfsdienstgesetz geboren. Abgesehen von einem winzigen Häuflein Unbelehrbarer, die noch immer auf den Zukunftsstaat warten, wollen auch die Arbeiter ihre letzte Kraft für das bedrohte Vaterland aufbieten.[1])

Die Stellung der deutschen Reichstagsfraktion zum Kriege entsprach vollkommen den Wünschen der Gewerkschaften.[2]) Die erhoffte Neugestaltung auf dem Gebiete der inneren Politik blieb aber aus. So suchten die Gewerkschaften auf friedlichem Wege die

---

[1]) Dr. P. Kaufmann. Was dankt das kämpfende Deutschland seiner sozialen Fürsorge. S. 22/23.

[2]) Am 5. Juli 1915 fasste die Konferenz der Verbandsvorstände der Gewerkschaften folgenden Beschluss: «Die Konferenz hält die Stellung, die von der übergrossen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiausschusses, sowie von dem Parteivorstande eingenommen ist, für diejenige, die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiter-

Regierung zu beeinflussen. Sie protestierten im Reichstag gegen die fortgesetzten Eingriffe in das Versammlungsrecht und entsandten sogar eine Delegation ins grosse Hauptquartier sich darüber zu beschweren. Charakteristisch ist ein Auszug der Resolution vom 1. Februar 1918, die an die Reichsregierung seitens der Vorständekonferenz der Gewerkschaften abgesandt wurde.» Die Vertreter der Gewerkschaften werden nach wie vor ihre Kraft einsetzen, die Landesverteidigung zu sichern, und halten es deshalb für ihre Pflicht, in dieser Stunde nochmals die ernste Mahnung an die Regierung und die Militärbehörden zu richten, den Wünschen und Bedürfnissen der Arbeiterschaft in erforderlichem Umfange Rechnung zu tragen.»

Die Verknüpfung der Interessen der Arbeiter mit denen der Unternehmer ging so weit, dass im Verlauf des Krieges innerhalb der deutschen Sozialdemokratie Stimmen laut wurden, welche gegen die absolute Ablehnung aller Annexionen auftraten. Ueber die annexionistischen Strömungen in Deutschland schrieb S. Grumbach: «Wie steht es denn aber in Wirklichkeit um die Sozialdemokratie in dieser Hinsicht? Im Allgemeinen so, dass wir uns darüber freuen können. Ausnahmslos wenden sich alle Erklärungen, die öffentlich im Namen der Gesamtpartei oder der Gesamtfraktion abgegeben werden, gegen jede Annexionspolitik .... Aber daneben gibt es eine Menge beunruhigender Anzeichen, die beweisen, dass selbst dieses Prinzip nicht mehr für alle deutschen Sozialdemokraten unerschüttert dasteht. Paul Lensch hat schon in den ersten Monaten des Krieges gefunden, dass man das Selbstbestimmungsrecht unter allen Umständen zum alten Eisen werfen müsste und dass Bismarck ein Esel war, als er Belfort nicht annektierte. Der «grosse Marxist» Kolb aus Karlsruhe, der ebenfalls grosse Marxist und Reichstagsabgeordnete Geck aus Mannheim, die badischen Landtagsabgeordneten Adelung und Marun, der leitende Redakteur unseres Parteiblattes in Köln, Genosse Meerfeld, und andere, haben es laut hinausgerufen, dass es «un-

schaft und den Gewerkschaften im Besonderen dient. Die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten widersprechen dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften; ihre Durchsetzung wäre die Preisgabe alles dessen, was die Gewerkschaften geschaffen haben und erstreben.» Auf einer zweiten Konferenz 1916 wurde nochmals ein Entschluss in demselben Sinne angenommen.

marxistisch» wäre, bei dem Satz: «Gegen jede Annexion», stehen zu bleiben .... Als Antwerpen gefallen war, stand im offiziellen Organ einer der grössten deutschen Gewerkschaften, im «Courier» des Transportarbeiterverbandes, der über 1.000.000 Mitglieder zählt, zu lesen, «Nun weht die deutsche Fahne über Antwerpen, wir hoffen, dass sie nie mehr heruntergeholt wird.» Von einem der Hauptredner, dem Genossen Dr. Landsberg wissen wir, durch Ledebour, dass er in einer geschlossenen Fraktionssitzung die Frage stellte: Ja, und wenn es sich nun herausstellte, dass Annexionen im Osten, etwa bis zur Narewlinie im Interesse der Sicherheit unseres Landes notwendig sind, welcher Deutsche würde es wagen, sich dagegen auszusprechen? Und hat nicht Genosse Scheidemann selbst .... plötzlich im Reichstag dem Vorsitzenden, der damals eben neugegründeten Arbeitsgemeinschaft, dem Genossen Haase, der die Annexionsbestrebungen rücksichtslos an den Pranger stellte, unter dem stürmischen Beifall der Bürgerlichen zugerufen: Ein Kindskopf müsse derjenige sein, der da glaube, dieser Krieg müsse zu Ende gehen, ohne dass irgend ein Grenzstein, den vermoderte Diplomaten irgendeinmal gesetzt haben, verrückt werden dürfe.» [1])

Nach der ausführlichen Darstellung der ökonomischen Ursachen des Sozialpatriotismus ergibt sich die Unhaltbarkeit der Ansicht, die Ursachen desselben in der Beschränktheit der Führer suchen zu wollen. In den objektiven Bedingungen vielmehr, in denen die Arbeiterbewegung in den letzten 30—40 Jahren vor dem Krieg sich entwickelte, liegen die Faktoren des Reformismus, bzw. Sozialpatriotismus. Der Opportunismus entstand als Produkt der vorhergehenden friedlichen Epoche der Arbeiterbewegung.

---

[1]) S. Grumbach. Das annexionistische Deutschland, 1917, S. VI.

Schlussbetrachtungen.

Nach 1870/71 begann der Aufschwung des Kapitalismus auf der Grundlage des nationalen Staates. Die Arbeiterklasse fing an ihre Kräfte zu sammeln, sich organisatorisch zu gestalten. Zugleich aber verfiel die Arbeiterbewegung, dank der erhöhten Lebenshaltung und des demokratischen Wahlrechts, dem politischen Opportunismus. Der Kapitalismus führte zu einer Revolutionisierung des ökonomischen Lebens, aber zum Verzicht auf revolutionäre Methoden und Traditionen im politischen Leben. Die gesamte Tätigkeit der Sozialdemokratie wurde auf Erweckung der rückständigen Arbeiterschichten, mittelst eines Kampfes für ihre unmittelbaren Bedürfnisse gerichtet, die sich durch den Imperialismus erfolgreich gestaltete. Man konzentrierte die Hauptarbeit auf Anhäufung der Kräfte, Erhöhung der Mitgliederzahl, Füllung der Kassen, Entwicklung der Presse. Im weiteren hatte man sich an die nationale Industrie angepasst. So bildeten sich die Berufsverbände. Die deutsche Sozialdemokratie zählte eine Million Mitglieder, 4 Millionen Wähler, 91 Tageszeitungen, 65 Parteidruckereien. Das alles war von Opportunismus erfüllt. Der Revisionismus ergab sich aus dem Widerspruch von Theorie und Praxis. Wenn er aber theoretisch dem Revolutionarismus auch unterlag, in der Praxis lebte er weiter. Die Parlamentarier, die Gewerkschaften, die Genossenschaften lebten und wirkten in der Atmosphäre allseitigen Opportunismus, praktischer Spezialisierung und nationaler Beschränktheit fort. Die Sozialdemokratie lebte sich allmählich, dank dem ökonomischen Umstande in den Mechanismus des nationalen Staates ein.

Die Grundlage für diesen Opportunismus bildete die Abhängigkeit der ökonomischen Kämpfe von dem Umfang und den Erfolgen der imperialistischen Politik des Staates.[1]) Das Proletariat ist an der Entwicklung der Produktivkräfte interessiert; es trug bei zur Entwicklung derselben auf nationaler Grundlage. Es unterstützte das Bürgertum in seinem Kampfe für die nationale Befreiung. Es nahm den Kampf gegen die Ueberbleibsel der feudalen Ordnung, gegen masslosen Militarismus, gegen Agrarzölle, gegen indirekte Steuern auf. Jede Hemmung in der Ent-

[1]) Vgl. K. Haenisch. «Krieg und Internationale.»

wicklung der Produktivkräfte berührt die gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats. In dem Masse, wie der Kapitalismus vom nationalen Boden auf einen international imperialistischen überging, geriet die nationale Produktion und mit ihr der ökonomische Kampf des Proletariats in Abhängigkeit jener Bedingungen des Weltmarktes, die mit Hilfe des Militarismus gesichert werden sollen, mit andern Worten: Im Gegensatz zu den elementaren Interessen des Proletariats in vollem historischen Umfang genommen, gerieten seine unmittelbaren, ökonomischen Interessen in direkte Abhängigkeit von den Erfolgen oder Misserfolgen der äusseren Politik des bürgerlichen Staates. Das deutsche Proletariat, das auf den nationalen Staat eingestellt war, konnte dem Imperialismus keine Opposition entgegensetzen. Es wurde von demselben abhängig, indem es sich ständig an die Bewegung des Marktes, nicht nur materiell, sondern auch ideell anpasste. [1]) Dieser innere Widerspruch konnte mit der Unterordnung der Gegenwarts- unter die Zukunftsinteressen, oder umgekehrt, aus der Welt geschafft werden. Die ökonomischen Verhältnisse begünstigten den Sieg der ersteren. Das Endziel wurde verschoben, die Allianz mit dem bürgerlichen Staat gutgeheissen, und der Sozialpatriotismus war da.

Die Massen-Partei, die ursprünglich ausgezogen war, den «Ausgebeuteten und Enterbten die Schätze der Welt zu erobern», begnügte sich mit alltäglichen ökonomischen Vorteilen und beschränkte sich auf die Wahrung der ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung. So verlor sie ihren ursprünglich revolutionären Charakter. Sie unterschied sich durch nichts von den andern politischen Parteien, die als Zweck die Verteidigung der Interessen der Klassen des bürgerlichen Staates hatten.

Aus Mangel an revolutionären Aktionen, wie auch an realen, reformistischen Möglichkeiten grösseren Stils, richtete sich die ganze Energie der deutschen Arbeiterbewegung auf ihren automatischen, organisatorischen Ausbau. Neue Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, neue Zeitungen, neue Abonnenten. Die Partei schuf den Organisationskult als Selbstzweck. Es unterliegt keinem

[1]) Vgl. W. Heine. «Gegen die Quertreiber.» S. 27. Trotzki. «Der Krieg und die Internationale.»

Zweifel, dass die Frage der Erhaltung der Organisation, Kassen, Volkshäuser, Druckereien etc. bei der Stellung der Reichstagsfraktion zum Kriege eine gar wichtige Rolle spielte.[1]) So schreibt O. Bauer darüber folgendermassen: «Die sozialistischen Parteien hatten sich, teils unter dem Druck dieser Massenstimmung (Kriegspatriotismus) teils aus Furcht vor der Gewalt des Kriegsabsolutismus, der die in jahrzehntelangen Mühen, mit Opfern von Generationen aufgebauten Organisationen zu zertrümmern drohte, dem Kriege gebeugt. Die Grundsätze des internationalen Sozialismus wurden verleugnet, zu widernatürlicher Unzucht mit dem Kriegspatriotismus gepresst, in den Dienst des Krieges gestellt.» [2])

Der Reformismus siegte auf der ganzen Linie. Durch den Krieg wurde nur die Entwicklung beschleunigt, indem er den Reformismus in den Sozialpatriotismus, den latenten Zusammenhang der Arbeiterinteressen mit denen der Bourgeoisie in einen offenen verwandelte. Die Klassenmitarbeit wurde anstelle des Klassenkampfes gesetzt. Auf revolutionäre Kampfmittel wurde ein für alle Mal verzichtet. Umgekehrt, es wurde die Unterstützung der eigenen Regierung in ihrer schwierigen Lage betrieben, anstelle ihrer Ausnutzung für die Revolution, wie die alte konsequente Taktik erforderte. [3]) Der «Vorwärts» erschien auf Grundlage eines neuen Programms «Suspension des Klassenkampfes bis auf weiteres». Man hegte die Hoffnung, dass die patriotische Haltung der Arbeiterklasse, ihr nach dem Kriege die Wohlgeneigtheit der besitzenden Klassen, und diese zu Reformen bringen

[1]) «Und noch eine andere Ursache warf die Parteiführer der Staatsregierung, einerlei, wes Geistes Kind sie war, an den Hals, die Liebe zur Partei, deren Gedeih und Verderb mit dem des Kriegsglückes des Staates zusammen zuhängen schien.» R. Michels. Die Soziologie des Parteiwesens, S. 22.

«Und vor allem dachten sie, (die Sozialdemokraten) sie müssten durch ihre Stimmabgabe die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen retten. Denn es scheint ziemlich klar, dass diese Sorge um die Rettung der Organisationen, einer der entscheidenden Beweggründe gewesen ist. Die Leiter der Arbeitersyndikate haben einen grossen Einfluss ausgeübt.» P. G. La Chesnais. «Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Kriegserklärung», 1918, S. 124.

[2]) O. Bauer. «Vor 10 Jahren.» Okt. 1926.

[3]) Vgl. Lütkens. Das Kriegsproblem und die marxistische Theorie. Arch. f. Sozw. und Sozialpol. B. 49, S. 476.

müsse. Als ob dem erfolgreichen Kriege von 1870/71 nicht das Sozialistengesetz gefolgt wäre.

Wie sich der Sozialpatriotismus weiter ausgewirkt hat, gehört nicht in den Rahmen dieser Untersuchung. Dies sollte lediglich die ökonomischen Zusammenhänge aufzudecken suchen, die zur Entstehung und Entwicklung desselben geführt haben. Soviel ist festgestellt, dass die Entwicklung des Sozialpatriotismus zu einer Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung führte. Der linke intransigente Flügel hat sich inzwischen der in Russland zur Macht gelangten kommunistischen Partei angeschlossen. Die Sozialdemokratie ist dagegen ganz auf reformistischem Boden verblieben. Von Einigkeit ist nichts zu merken. Die Zerfleischung innerhalb der Arbeiterbewegung ist gross. Durch die Ereignisse, die Deutschland heimgesucht haben, sind die Dinge auf die Spitze getrieben worden, und von einem Gedeihen, bei solcher Uneinigkeit kann keine Rede sein. Max Hirschberg charakterisiert den ewigen Kampf der beiden Richtungen folgendermassen: «Der immanente Widerspruch des marxistischen Sozialismus, der eine Resultante aus evolutionistischer und revolutionärer Einstellung ist, führt zu einem fortgesetzten Fluktuieren der beiden Tendenzen gegeneinander und zu einer fortgesetzten Verschiebung des Schwergewichtes der Richtung und der ihr anhängenden Massen. Beide Tendenzen sind notwendig. Und es wird alles davon abhängen, ob sie sich befruchten oder gegenseitig aufheben.

Die Wahrheit liegt niemals im Extrem ; Die Wahrheit liegt niemals in der Mitte; Die Wahrheit liegt immer in der Synthese.» [1])

[1]) M. Hirschberg. Arch. f. Sozw. und Sozialpolitik. Bd. 48, S. 42. «Bolschewismus».

Literatur-Verzeichnis.

Adler, F.: Die Sozialdemokratie in Deutschland und der Krieg. Kampf, Jan. 1915. Weltgeschichtliche Bewegung oder politisches Gewebe. Neue Zeit, November 1915.

Adler, M.: Prinzip oder Romantik, 1915.
Die Staatsauffassung des Marxismus. Marxstudien, 4 Bd. 1922.

Ashley, W. J.: Das Aufsteigen der arbeitenden Klassen Deutschlands im letzten Vierteljahrhundert, 1906.

Auerbach, N.: Marx und die Gewerkschaften, 1922.

Bauer, O.: Die Nationalitätenfragen und die Sozialdemokratie, Marxstudien 1923. Vor zehn Jahren. Kampf, Okt. 1926.

Bebel, A.: Aus meinem Leben 2 Bde. 1911.

Bernstein, E.: Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus. 1898.
Der Wert der Internationale. Neue Zeit. Okt. 1915.
Brauchen wir eine andere Internationale? Neue Zeit, Nov. 1915.
Patriotismus und Klassenkampf. «Vorwärts» 19. März 1916.
Die Internationale und der Krieg. Arch. für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Bd. 40.
Sozialdemokratische Völkerpolitik, 1917.
Aus den Jahren meines Exils, 1918.
Die Briefe von Friedr. Engels an Ed. Bernstein, 1925.

Bloch, J.: Der Krieg und die Sozialdemokratie. Soz. Monatshefte, Aug. 1914.

Blum, P.: Die Lederindustrie. Arbeiterinteresse und Kriegsergebnis, 1915.

Borchard, J.: Vor und nach dem 4. August, 1915.

Bauer, St.: Arbeiterschutzgesetzgebung. Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 4. Auflage, Bd. 1.

Braun, Ad.: Die Gewerkschaften vor dem Kriege, 2. Aufl. 1921. Gewerkschaften, Betrachtungen und Ueberlegungen während des Weltkrieges, 1915.

Brentano, L.: Zur Geschichte der englischen Gewerkvereine, 1871.

Brunhuber, R.: Die heutige Sozialdemokratie, 1906.

Buddeberg, T.: Das Sozialogische Problem der Sozialdemokratie. Arch. für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 49.

Cassau, Th.: Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Soziologie und ihr Kampf. 1925.

Coen, M.: War es Parteiverrat? «Chemnitzer Volksstimme», 16. Jan. 1915.

Cunow, H.: Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie. 2 Bde. 1920.
Parteizusammenbruch ? 1915.

David, E.: Sozialdemokratie und Vaterlandsverteidigung, 1915.
Die Sozialdemokratie im Weltkrieg, 1915.

Diehl, K.: Kommunismus, Sozialismus, Anarchismus, 1923.

Enderle, A.: Die Gewerkschaftsbewegung. Elementarbücher d. proletarischen Klassenkampfes, Bd. 1. 1926.

Erdmann, L.: Gewerkschaften und Sozialismus. «Die Arbeit».

Fendrich, A.: Der Krieg und die Sozialdemokratie 1915.

Francke, E.: Weltpolitik und Sozialreform. Handels- und Machtpolitik Bd. 1. 1900. Die Mitwirkung der Arbeiter an den öffentlichen Aufgaben in Deutschand. Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, herausgegeben von F. Thimme und C. Legien, 1915.

Gafner, M.: Weltwirtschaft und Krieg, 1916.

Girbig, E.: Die Keramin industrie. Arbeiterinteresse und Kriegsergebnis. 1915.

Grünberg, K.: Die Internationale und der Weltkrieg, 1915.

Günther, E.: Die revisionistische Bewegung, Jahrb. für Gesetzgebung, 30. Jahrg. Heft 1.

Grumbach, S.: Das annexionistische Deutschland, 1917.
Das Misstrauen, 1918.

Haenisch: Der deutsche Arbeiter und sein Vaterland 1915.
Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg. 1916.

Heinemann, H.: Vom Arbeiterrecht nach dem Kriege. Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, her. v. F. Thimme und C. Legien.

Hervé, G.: Das Vaterland der Reichen. 1908.

Herkner, H.: Die Arbeiterfrage, 2 Bde. 1921.

Hilferding, R.: Das Finanzkapital. Marx-Studien, Bd. 3, 1910.
Historische Notwendigkeit und notwendige Politik, Kampf, Mai 1915.
Ein neutraler Sozialist über sozialistische Neutralität, Kampf, Juli 1915.
Der Konflikt in der deutschen Sozialdemokratie, Kampf, Jan. 1916.

Hirschberg, M.: Bolchevismus. Arch. für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Bd. 48.

Heyde, L.: Abriss der Sozialpolitik, 2. Aufl. 1922.

Hué, O.: Bergwerk- und Hüttenindustrie. Arbeiterinteresse und Kriegsergebnis, 1915.

Jansson, W.: Gewerkschaftliche Randbemerkungen zum kommenden Frieden. Arbeiterinteresse und Kriegsergebnis, 1915.

Joos, J.: Die Krisis in der Sozialdemokratie. 1915.

Junius: Die Krise der Sozialdemokratie. 1916.

Kaiser, M.: Die Holzindustrie. Arbeiterinteresse und Kriegsergebnis. 1915.

Kaufmann, P.: Was dankt das kämpfende Deutschland seiner sozialen Fürsorge? 1918.
Soziale Fürsorge und deutscher Siegeswille, 1918.

Kautskky: Die soziale Revolution, 1907.
Der Weg zur Macht, 1909.
Wie der Weltkrieg entstand, 1914.
Ueber Budgetbewilligung. Neue Zeit, 1914.
Der Imperialismus. Neue Zeit, Sept. 1914.
Die Sozialdemokratie im Kriege. Neue Zeit, Okt. 1914.
Die Internationalität und der Krieg. Neue Zeit, Nov. 1914.
Zwei Schriften zum Umlernen. Neue Zeit, April 1915.
Der Imperialismus in der Sozialdemokratie, Neue Zeit, Okt. 1915.
Kriegsmarxismus, 1918.
Die Marx'sche Staatsauffassung im Lichte eines Marxisten beleuchtet, 1919.

Kampfmeyer, P.: Wandlungen in der Theorie und Taktik der Sozialdemokratie, 1904.
Weltanschauung und Sozialdemokratie, 1911.
Nationenkampf und Klassenfortschritt. Soz. Monatshefte, April 1915.
Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie, 1919.
Was ist Sozialismus? Soz. Monatshefte, Jan. 1927.

Kelsen, H.: Sozialismus und Staat, 2. Aufl. 1923.

Kloth, E.: Die graphische Industrie. Arbeiterinteresse und Kriegsergebnis. 1915.

Kolb, W.: Die Sozialdemokratie am Scheidewege. 1915.
Sekte oder Partei? Neue Zeit, Okt. 1915.

Lederer, E.: Zur Soziologie des Weltkrieges. Arch. für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Bd. 40.
Die Gewerkschaftsbewegung und die Entfaltung der Ideologie der Arbeiterklasse.

Legien, C.: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. 1914.
Die Gewerkschaften. Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, her. v. F. Thimme und C. Legien.

Lenin: Staat und Revolution, 1918.
Krieg und Revolution, 1918.
Sozialismus und Krieg, 1919.
Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus, 1921.

Lensch, P.: Das Ende und das Glück der Sozialdemokratie, 1915.
Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg, 1915.

Lenz, F.: Staat und Marxismus, 1921.
Ist Deutschlands Krieg ein Wirtschaftskrieg? 1915.
Die deutsche Sozialdemokratie.

Lütkens, G.: Das Kriegsproblem und die Marx'sche Theorie, Arch. für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 49.

Luxemburg, R.: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, 1906.

Macdonald, R.: Sozialismus und Regierung. 1912.

Marx, Karl: Sämtliche Werke, ausschliesslich «Das Kapital».

Mayer, G.: Der deutsche Marxismus und der Krieg. Arch. für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 43.

Mehring, F.: Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 1897.

Mises, L.: Antimarxismus. Weltwirtschaftl. Archiv, Bd. 21.

Michels, R.: Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbande. Arch, f. Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 1907.
Patriotismus. Arch. f. Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 36.
Beitrag zur Lehre von der Klassenbildung. Arch. f. Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 49.
Sozialismus und Fascismus, 2 Bde. 1924.
Die Soziologie des Parteiwesens. 2. Aufl. 1924.
Cenni su alcuni aspetti delle condizioni operaie in Germania durante la guerra mondiale. La Riforma soziale. Febbr. 1919.

Müller, P.: Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe. Arbeitsinteresse und Kriegsergebnis, 1915.

Nauman, F.: Neudeutschlands Wirtschaftspolitik, 1911.

Nachimson, M.: Imperialismus und Handelskrise, 1917.

Nestripke: Die Gewerkschaftsbewegung, 1919.

Nieuwenhuis, D.: Der staatssozialistische Charakter der Sozialdemokratie. Arch. f. Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 28.

Noske, G.: Der Krieg und die Sozialdemokratie. Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, her. v. F. Thimme und C. Legien, 1915.

Peus, H.: Ueber die Schlagworte von Klassenkampf und Klassenstaat. Soz. Monatshefte, Febr. 1916.

Pornerstorfer: Nationalismus und Internationalismus. Kampf, März 1916.

Potthoff, H.: Krieg und Sozialpolitik, 1915.

Plenge, J.: Zur Vertiefung des Sozialismus, 1919.

Pribam, K.: Deutscher Nationalismus und deutscher Sozialismus. Arch. für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 49.

Radeck, K.: Marxismus und Kriegsproblem. «Lichtstrahl» 1915.
Die grundsätzliche und taktische Streitfrage der deutschen Opposition, «Vorbote» Jan. 1916.
In den Reihen der deutschen Revolution. 1920.

Radloff, L.: Vaterland und Sozialdemokratie, 1915.

Rappoport, Ch.: Die soziale Frage und die Ethik, 1895.

Rjasanoff: Die auswärtige Politik der alten Internationale und der Krieg, Neue Zeit, 1915.

Renner, K.: Die Nation als Rechtsidee, 1914.
Sozialistischer Imperialismus oder internationaler Sozialismus. Kampf August 1915.
Der Krieg und die Internationale, Kampf, Febr. 1915.
Zur Krise des Sozialismus, Kampf, März 1916.
Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus.
Der Krieg und die Wandlung des nationalen Gedankens, Kampf, Jan. 1915.
Was ist Klassenkampf?
Marxismus, Krieg und Internationale, 1918.

Sachs, M.: Der Kampf gegen den Imperialismus, Kampf, Juli, August 1915.

Sartorius von Waltershausen: Deutsche Wirtschaftsgeschichte von 1815—1914. 2. Aufl. 1923.

Seitz, K.: Imperialistische oder proletarische Weltpolitik, Kampf, März 1916.

Sering, M.: Die Handelspolitik der Grosstaaten und die Kriegsflotte. Handels- und Machtpolitik, Bd. 2, 1900.

Sombart, Werner: Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert.
Der Sozialismus und die Soziale Bewegung 1905.
Warum gibt es in England keinen Sozialismus, 1906.
Der proletarische Marxismus, 1924.
Händler und Helden. 1915.
Die Idee des Klassenkampfes. Weltwirtschaftl. Archiv, Bd. 21.

Staudinger, A.: Steinindustrie. Arbeiterinteresse und Kriegsergebnis, 1915.

Stühmer, H.: Schneiderei, Confection- und Wäscheindustrie. Arbeiterinteresse und Kriegsergebnis, 1915.

Stresemann, G.: Englands Wirtschaftskrieg gegen Deutschland. Der deutsche Krieg, Nr. 35. 1915.

Scheidemann, P.: Zur Neuorientierung der inneren Politik. Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland 1915.

Schmoller, G.: Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands und die Flottenvorlage, Handels- und Machtpolitik, Bd. 1900.

Scherm, J.: Die Metallindustrie. Arbeiterinteresse und Kriegsergebnis. 1915.

Schmidt, R.: Kapitalismus und Sozialpolitik. Arbeiterinteresse und Kriegsergebnis. 1915.

Schneider, H.: Die Chemische Industrie. Arbeiterinteresse und Kriegsergebnis. 1915.

Schumpeter, J.: Zur Soziologie des Imperialismus, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 46.

Timm, J.: Aus dem Entwicklungsgang der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 1902.

Thimme, F.: Gemeinsame Arbeit, der Weg zum innern Frieden. Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, her. v. F. Thimme, und C. Legien. 1915.

Trotzki, L.: Der Krieg und die Internationale, 1915.
Krieg und Revolution, 1918.

Umbreit,P.: Die Arbeitslosenfürsorge und der Krieg. Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. 1915.
25 Jahre deutsche Gewerkschaftsbewegung, 1915.
Soziale Arbeiterpolitik und Gewerkschaften, 1916.
Sozialpolitische Arbeiterforderungen der deutschen Gewerkschaften, 1918.

Weidler, A.: Die Nahrungsmittelindustrie. Arbeiterinteresse und Kriegsergebnis. 1915.

Winnig, A.: Das Baugewerbe, Arbeitsinteresse und Kriegsergebnis 1915.
Der Krieg und die Arbeiterinternationale. Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, 1915.

Wissel, R.: Die Arbeiterversicherung. Arbeiterinteresse und Kriegsergebnis, 1915.

Wiese, L.: Einführung in die Sozialpolitik, 2. Aufl. 1921.

Zeppler, V.: Ueber den Internationalismus der Sozialdemokratie. Soz. Monatshefte, März, 1915.

Zimmermann, W.: Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft, 1915.

Zwing, K.: Die Geschichte der deutschen, freien Gewerkschaften, 1922.
Die Soziologie der Gewerkschaftsbewegung, 1925.

Protokolle, Zeitschriften, Sammelwerke.

Protokolle der Sozialdemokratischen Parteitage bis 1914.

Handbuch der Sozialdemokratischen Parteitage, 2 Bde. 1914.

Protokolle der Internationalen, Sozialistischen Arbeiterkongresse bis 1912.

Die «Neue-Zeit» Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie.

«Sozialistische Monatshefte»

Der «Kampf» sozialdemokratische Monatsschrift. Wien.

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Auflage III.

Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 21.

Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, her. v. F. Thimme und C. Legien. 1915.

Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis, her. v. W. Jansson, 1915.

Handels- und Machtpolitik, Bd. 1 und 2, 1900.

Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften.

Die Soziale Versicherung 1924/25. Denkschrift des deutschen Reichsarbeitsministeriums.

Curriculum vitae.

Ich bin am 3. März 1902 als Sohn des Kaufmanns Jehuda Zarchi und der Etel Rubinski in Wilkomir (Litauen) geboren. 1908 trat ich in das russische Gymnasium zu Wilkomir ein und blieb dort bis zum Jahre 1915. Durch die Okkupation Litauens wurde mein Studium unterbrochen. 1919 nahm ich meine Ausbildung wieder auf und trat 1921 in das jüdische Gymnasium zu Kowno ein. 1922 bestand ich daselbst meine Maturitätsprüfung. Im selben Jahre kam ich auf die Universität Giessen als freier Hörer. 1923 wurde ich an der Universität Jena immatrikuliert, wo ich Nationalökonomie studierte. Von 1924 an studierte ich an der Universität Basel.

Die vorliegende Dissertation ist unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. R. Michels entstanden.

MAUSA ZARCHI.

Basel, den 20. August 1928.